Die dogmenhistorische Stellung von James Mill in der englischen Volkswirtschaftslehre

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultät

der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt a. M.

vorgelegt von

Walter Seikritt

aus Frankfurt a. M.

Limburg a. d. Lahn 1936

Druck der Limburger Vereinsdruckerei G. m. b. H.

Die dogmenhistorische Stellung von James Mill in der englischen Volkswirtschaftslehre

---

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

der Philosophischen Fakultät

der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt a. M.

vorgelegt von

Walter Seikritt

aus Frankfurt a. M.

Limburg a. d. Lahn 1936

Druck der Limburger Vereinsdruckerei G. m. b. H.

Referent: Professor Dr. Paul Arndt

Korreferent: Professor Dr. Walter Fischer

Tag der mündlichen Prüfung: 6. November 1935

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meinen lieben Eltern
in Dankbarkeit gewidmet

Inhaltsverzeichnis

Seite

A. Einleitung 7

B. Die dogmenhistorische Stellung von James Mill in der englischen Volkswirtschaftslehre.

I. Die Persönlichkeit Mills.

1. Sein Leben 17
2. Sein Charakter 20
3. Seine allgemeinen wirtschaftspolitischen Anschauungen 22

II. Mills Wirkungskreis.

1. Seine Freunde und der „Political Economy Club" . 23
2. Die sonstigen zeitgenössischen Volkswirte . . . 30
3. Der Einfluß Mills und seiner Anhänger auf das wirtschaftspolitische Leben Englands 32

III. Die Lehre Mills.

1. Produktion (Erzeugung).
   a) Arbeit 36
   b) Kapital 37
2. Distribution (Verteilung).
   a) Grundrente 39
   b) Lohn- und Bevölkerungsproblem 42
   c) Kapitalgewinn 51
3. Zirkulation (Verkehr).
   a) Güteraustausch im allgemeinen 56
   b) Freihandel.
      aa) Handel mit fremden Ländern 60
      bb) Handel mit den Kolonien 68
   c) Geldwirtschaft.
      aa) Metall- und Papiergeld 72
      bb) Bankwesen 74
      cc) Geldkurs 76
4. Konsumtion (Verbrauch).
   a) Wesen und Arten der Konsumtion 81
   b) Steuern.
      aa) Bodenreform 84
      bb) Sonstige Besteuerungsarten 88

C. Schluß 93

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41552326_0059

Einleitung.

Hand in Hand mit der grundlegenden Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse Englands in der zweiten Hälfte des 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die durch die sogenannte „Industrielle Revolution" eingeleitet wurde und das bis dahin vorwiegende Agrarland in einen Industriestaat verwandelte, vollzog sich die Entwicklung zum Individualismus und Liberalismus. Trotz der zahlreichen Vorbedingungen, die diesen Wechsel begünstigten, ging dieser Umschwung nicht in dem raschen Maße vonstatten, wie es vielleicht bei einem normalen Verlauf der Dinge der Fall gewesen wäre. Schon lange zwar wurden die mannigfachen schützenden Schranken, die seit der Regierung Cromwells die Landwirtschaft, den Handel und die Industrie umgaben, als hindernd empfunden und die aus der Zeit der Königin Elisabeth stammenden Bestimmungen der Lehrlings- und Zunftgesetzgebung als veraltet betrachtet. Auch sah man ein, daß die früher von der Landwirtschaft durchgesetzten Kornzölle den Handel behinderten, und zahlreiche Führer der breiten Masse des Volkes waren sich längst darüber klar, daß eine neue Ära des Wirtschaftslebens im Anmarsch sei. Dennoch konnte sich die neue Entwicklung nur verhältnismäßig langsam ihren Weg bahnen, und sie hatte noch bis tief ins 19. Jahrhundert hinein mit Rückschlägen zu kämpfen, bis ihr Sieg ein endgültiger wurde.

Es wäre abwegig, hierfür in erster Linie die Mentalität des englischen Volkes und seinen weltbekannten Konservatismus verantwortlich zu machen, obgleich solche Faktoren, die ja schließlich bei jeder Umwälzung mehr oder weniger stark in Erscheinung treten, auch hierbei in Rechnung zu stellen sind.

Einige der stärksten retardierenden Momente in der Entwicklung des Liberalismus waren die Verfassung Englands und die politischen Verhältnisse der damaligen Zeit. Seit der Vertreibung der Stuarts vom englischen Thron im Jahre 1688, der sogenannten „glorreichen" Revolution, wurde das Land praktisch von einer Oligarchie, einer relativ kleinen Zahl von

Grundbesitzern, der Aristokratie, beherrscht, die die Regierung in ihren Händen hielt, die Gesetzgebung in ihrem Sonderinteresse ausgestaltete und die zu besetzenden Stellen des öffentlichen Lebens vergab. Diese Kreise stellten das Hauptkontingent für das englische Oberhaus, welches seinerseits wieder das Unterhaus, in dem der Schwerpunkt der englischen Politik lag, ernannte.

Die Aristokratie selbst zerfiel in zwei Parteien, von denen sich die eine aus denjenigen zusammensetzte, die mit den herrschenden Verhältnissen zufrieden waren oder glaubten, auch bei einer Änderung im Kurs der Regierung für sich keine größeren Vorteile erringen zu können, während die Opposition sich eine Verbesserung der Lage nur von einem Regierungswechsel versprach. Zu diesem Zwecke galt es zunächst, die Regierung im Unterhaus in die Minderheit zu bringen: die Maßnahmen des Ministeriums mußten also kritisiert, die Minister selbst diskreditiert und die öffentliche Meinung für eine Änderung in der Regierung gewonnen werden. Hierbei ging man nicht immer mit den lautersten Mitteln vor, zumal ja auch versucht werden mußte, Anhänger des gegnerischen Lagers in das eigene herüberzuziehen, und es war ein öffentliches Geheimnis, daß zum Teil mit Bestechungsgeldern gearbeitet und Abgeordnete gekauft wurden. Andererseits mußte sich die Opposition, um Anhänger zu gewinnen, zu Konzessionen der öffentlichen Meinung gegenüber bereitfinden. An diesem Punkte setzte der zähe und unaufhaltsame Kampf des Volkes und seiner Führer ein, im Unterhaus ihren Einfluß immer mehr zur Geltung zu bringen und schließlich das Parlament zu einer wahren Volksvertretung zu machen, die die Interessen der Gesamtheit in wirklich demokratischem Sinne wahrnahm. Zweifellos war das alte Staatsgefüge gegenüber den neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen um die Jahrhundertwende unhaltbar geworden, und die politisch nicht privilegierten Schichten der Bevölkerung hatten ein gewisses natürliches Recht, sich gegen die regierenden Kreise aufzulehnen, da diese ihre Herrschaft teilweise im eigenen wirtschaftlichen Interesse mißbrauchten. Auf alle Fälle mußte der Kampf nach Lage der Dinge ein schwerer und langwieriger sein, denn der Oppositionspartei war die öffentliche Meinung des Volkes nur Mittel zum Zweck, um die Regierung zu stürzen und selbst zur Macht zu gelangen. Sobald dies erreicht war, verhielt man sich den gemachten Zusagen und Versprechungen gegenüber gleich kühl und ablehnend wie die

frühere Regierung. Damit konnte zwar der langsam fortschreitende Prozeß der Demokratisierung des Parlaments nicht aufgehalten, geschweige denn unterdrückt werden; immerhin aber stellte das alte System ein gewaltiges Hindernis dar, das schließlich nur durch unermüdliche und immer stärker werdende Angriffe fortgeräumt werden konnte.

Als ein weiterer Faktor, der für die Behinderung der Entwicklung zum Liberalismus in Betracht gezogen werden muß, ist die außenpolitische Lage Englands um die Jahrhundertwende und diese wieder in ihrer Rückwirkung auf die inneren Verhältnisse anzusehen.

Seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges, d. h. seit dem Pariser Frieden von 1763, befand sich England in einem wirtschaftlichen Aufschwung, nachdem es seinen Außenhandel von feindlichen Bedrohungen befreit hatte. Aber schon brachte im Jahre 1783 der für England ungünstige Ausgang des Unabhängigkeitskrieges der nordamerikanischen Kolonien einen Rückschlag, trotzdem zu Beginn dieses Krieges ein großer Teil des englischen Volkes im Gegensatz zur Regierung mit den freiheitlichen Ideen der nordamerikanischen Kolonien sympathisierte. Die in Amerika durchgeführte Freizügigkeit, Gewerbe-, Einwanderungs- und Verehelichungsfreiheit, der freie Arbeitsvertrag und die Sicherung des Privateigentums am Boden konnten nicht ohne nachhaltige Wirkung auf das Mutterland bleiben; sie erzeugten aber eine um so stärkere Reaktion bei den führenden und besitzenden Kreisen, weil diese von dem mit der Unabhängigkeitserklärung verknüpften Zusammenbruch der Kolonialpolitik und dem damit verbundenen Prestigeverlust am stärksten betroffen wurden.

Die französische Revolution des Jahres 1789 brachte alsdann den freiheitlichen Prinzipien einen neuen, mächtigen Aufschwung. Hinzu kam, daß seit dem Jahre 1783 die Zügel der Regierung in den Händen von William Pitt „dem Jüngeren" lagen, der von Georg III. zum Premierminister und Schatzkanzler ernannt worden war. Pitt selbst zählte sich offen zu den Schülern Ad. Smiths, und er erkannte als erster Minister, daß Freiheit und Ausbau des Handels und Verkehrs die beste Voraussetzung für ein friedliches Zusammenarbeiten der Völker sind. Seine Ideen vermochte er jedoch nur solange durchzuführen, als es ihm die politische Lage gestattete. Bereits kurze Zeit nach dem Ausbruch des Krieges mit Frankreich im Jahre 1793 sah er sich genötigt, von seinem, mit wirklich guten

Vorsätzen eingeschlagenen Weg abzugehen. Jetzt war sein Hauptaugenmerk zunächst auf die Finanzierung des Krieges gerichtet, in welchem England neben seinen eigenen Ausgaben noch die mit ihm verbündeten Kontinentalmächte Österreich, Rußland und Preußen unterstützte. War die bei seinem Regierungsantritt vorhandene Staatsschuld schon beträchtlich, so wuchs sie durch den immer steigenden Finanzbedarf, den er durch fortwährend neue Anleihen zu decken versuchte, ins Unermeßliche. Auch half es nichts, daß Pitt sich redlich bemühte, die inneren Ausgaben zu beschränken, und daß er sich nicht scheute, in beispielloser Weise immer wieder neue Steuern seinem Lande aufzubürden. Durch die Abwanderung des Geldes nach dem Ausland, die sich infolge einer im Jahre 1795 eingetretenen Mißernte und einer aus diesem Grunde verstärkten Einfuhr noch erheblich steigerte, verringerte sich die Edelmetallreserve der Bank von England in immer bedenklicherem Maße, so daß sich die Regierung schließlich im Jahre 1797 genötigt sah, die Bank von ihrer Verpflichtung zur Einlösung der Noten zu entbinden. Die darauf folgende Entwertung und dadurch bedingte ständige Vermehrung der Noten, deren Kurs sich nur in den kurzen Friedenspausen der Jahre 1799 und 1802 vorübergehend erholen konnte, führte zu der bekannten großen englischen Finanzkrise, die erst im Jahre 1816 mit der Wiedereinführung der Einlösbarkeit der Noten, um die sich besonders Ricardo verdient gemacht hat, ihren Abschluß fand.

Wohl konnte England die Folgen der durch Napoleon im Jahre 1806 verhängten Kontinentalsperre durch Ausdehnung seines Überseehandels zum Teil mildern — bekanntlich wirkte sich diese Maßnahme in der Folge in der Weise aus, daß England sich dadurch einen großen Vorsprung auf dem Weltmarkt vor allen übrigen Ländern sicherte — die politische Lage Englands seit Ausbruch des Krieges mit Frankreich war aber im allgemeinen nicht geeignet, den Fortschritt des Liberalismus zu begünstigen.

Der Krieg mit dem revolutionären Frankreich hatte ferner zur Folge, daß alsbald weite Schichten der englischen Bevölkerung sich wieder von den von der Revolution von 1789 ausgehenden freiheitlichen Ideen, die ursprünglich als Fortschritt begrüßt worden waren, abkehrten. Hierdurch gelangten die der konservativen Aristokratie nahestehenden Kreise, die unter der Führung von Männern wie Fox, Burke, Francis bereits den im Jahre 1786 mit Frankreich abgeschlossenen Meistbe-

günstigungsvertrag aufs heftigste bekämpft hatten, weil sie ihn als allein für Frankreich nutzbringend ansahen, wieder zu stärkerem Einfluß.

In Verbindung mit der besonders durch die Kriege mit Frankreich hervorgerufenen Währungskrise und den damit verbundenen Krediterschütterungen sowie den Preissteigerungen, denen die Löhne kaum oder nur in weitem Abstand folgten, verschlechterten sich auch die Verhältnisse auf dem Gebiete der Agrarpolitik, die schließlich die Bewegung der Bodenreformer auslösten.

Die Entwicklung auf wirtschaftlichem Gebiete seit der „Industriellen Revolution" war also keineswegs eine einheitliche. Es ist deshalb verständlich, daß auch der Ausbau der Sozialpolitik, zu der die wirtschaftliche Revolution den Anstoß gab, nur schrittweise vor sich gehen konnte und mit mannigfachen Rückschlägen zu rechnen hatte. Diese letzteren gingen nicht — wie man vielleicht annehmen möchte — nur von den besitzenden Klassen aus, vielmehr begegneten die sozialpolitischen Strömungen oft zum Teil bei den Arbeitern selbst einem für die damalige Zeit allerdings verständlichen Widerstand. Der Übergang vom Agrarstaat mit seiner Hausindustrie und dem Zunftwesen zum Industriestaat und damit zum Fabriksystem vollzog sich dank der zahlreichen Erfindungen und der Einführung der Maschinen[1]) in so raschem Tempo, daß man die Auswirkungen der neuen Arbeitsformen zunächst gar nicht überblicken konnte. Der größte Teil der bisher selbständigen Handwerker und Hausindustriellen trat nunmehr als Lohnarbeiter in die Fabriken ein, in denen selbstverständlich nur ein nach bestimmten Richtlinien — besonders in bezug auf Arbeitsteilung und Arbeitszeit — geordneter Betrieb

[1]) 1740 erfand Huntsman den Tiegelgußstahl;
1766 wurde der erste Hochofen in England errichtet;
1767 erfand Hargreave die Spinnmaschine (spinning-jenny),
1768 J. Watt die Dampfmaschine,
1769 Arkwright die durch Wasserkraft bewegte Spinnmaschine;
1783—85 wurden erstmalig Dampfschiffe gebaut;
1780 wurde das Puddle-Verfahren in der englischen Eisenindustrie eingeführt;
1785 führte Crompton die Dampfmaschine in der Spinnindustrie ein;
1786 erfand Cartwright den mechanischen Webstuhl;
1799 arbeitete die Papierindustrie in England zum ersten Male mit Maschinen;
1799 erfand Davy die Sicherheitslampe (gegen schlagende Wetter) für Bergleute.

möglich war. Wollten sich die Arbeiter in ihrem Lohn nicht schlechter stellen als früher, so waren sie genötigt, auch ihre Frauen und Kinder, die selbstverständlich auch in der Hausindustrie zur Arbeit herangezogen worden waren, in den Fabriken unterzubringen. Dabei ließ es sich allerdings nicht vermeiden, daß sich in einer Fabrik Menschen zusammenfanden, deren Fähigkeiten und Wünsche, Gedanken und Empfindungen oft sehr voneinander verschieden waren. Auch ist es durchaus verständlich, daß die Unternehmer nicht sofort in der Lage waren, bei der raschen Umstellung die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß sie von vornherein in bezug auf Hygiene, Einheitlichkeit und Disziplin allen Anforderungen entsprachen, die wir heutzutage an einen modernen Fabrikbetrieb zu stellen gewohnt sind. Hinzu kam, daß man noch nicht gelernt hatte oder es überhaupt nicht möglich war, die Absatzverhältnisse des Marktes auf längere Sicht zu überblicken. Hierbei sind vor allem auch die damals noch recht primitiven Zustände im Verkehrs- und Nachrichtenwesen zu berücksichtigen. Jedenfalls aber müssen diese verschiedenen Momente in Rechnung gestellt werden, wenn man den zu der damaligen Zeit auf dem Gebiete der Sozialpolitik herrschenden Verhältnissen gerecht werden will. Unter den geschilderten Umständen erscheint es uns daher durchaus begreiflich, wenn selbst die Arbeiter sich sozialpolitischen Maßnahmen, wie Kinder- und Frauenschutz, wovon sie eine Einbuße ihrer Löhne befürchteten, widersetzten, wenn breite Schichten der Arbeiter sich nach der Gesetzgebung der Königin Elisabeth mit ihrem Zunftzwang und der Regulierung des Gewerbes zurücksehnten und wenn es zeitweilig zu Zerstörungen von Maschinen und Brandstiftungen, zu Zusammenrottungen und Widerständen gegen die Staatsgewalt kam. Dies führte freilich wieder zu erheblichen Störungen der Produktion, deren Ausdehnungsfähigkeit damals noch vielfach verkannt wurde.

Die Verfechter des Smith'schen Liberalismus, an ihrer Spitze vor allem Malthus und Ricardo sowie der große Kreis von Volkswirten, die sich den Ideen der Klassiker anschlossen, sahen sich also vor die Aufgabe gestellt, einerseits im Kampfe gegen das Feudalsystem mit aller Macht für die Durchführung der wirtschaftlichen Freiheit einzutreten, andererseits aber die breiten Massen der Arbeiter zur Mäßigung zu ermahnen, damit ihnen nicht die in jahrelanger, mühevoller Arbeit errungenen Früchte wieder entrissen wurden. Es hat sich im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung zu ver-

schiedenen Malen das gleiche Spiel wiederholt, daß, sobald die Arbeiter mit Gewaltmaßnahmen, wie Streiks, Zusammenrottungen und dergl., drohten oder gar zu solchen griffen, die Regierung sich schließlich zur Durchführung von strengen Gegenmaßregeln genötigt sah, durch die die Arbeiter der errungenen Vorteile wieder verlustig gingen. So veranlaßten die tiefen politischen Gährungen unter den großstädtischen Arbeitern um die Jahrhundertwende das Parlament, in den Jahren von 1794—1801 und von 1817—1824 Gesetze anzunehmen und durchzuführen, durch die alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter verboten wurden.

Unter den Vertretern des wirtschaftlichen Liberalismus, der in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts zur vollen Blüte gelangte, nimmt als Anhänger der von Ricardo und seinem Kreise verfochtenen Lehre eine bedeutende Stellung ein der Vater von John Stuart Mill, James Mill, auf dessen Bedeutung für die englische Volkswirtschaftslehre hier des näheren eingegangen werden soll. Gerade die Zeit seines Wirkens, also etwa die Jahre von 1800—1835, brachte in Fortführung der im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts eingeleiteten „Industriellen Revolution" tiefgehende Umwälzungen und Ereignisse mit sich, die von grundlegender Bedeutung für die Errichtung des klassischen Freihandelsstaates waren.

Nachdem bereits im 18. Jahrhundert Teile der Elisabethanischen Gesetzgebung abgebröckelt waren — 1794 fiel das Heimats- und Niederlassungsgesetz, 1799 das Gesetz über die Hörigkeit der schottischen Bergleute — wurden sämtliche weiteren gesetzlichen Bestimmungen aus der Zeit der Königin Elisabeth in den beiden ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts beseitigt: 1813 und 1814 fielen als letzte Überreste die Bestimmungen über das Lehrlingswesen und die behördlichen Lohnregulierungen. Daneben wurden gleichzeitig zahlreiche neue Gesetze und Bestimmungen herausgebracht, die den Aufbau des Industriestaates kennzeichnen. So wurde im Jahre 1802 ein erstes Gesetz „Morals and Health Act" zum Schutze der in den Fabriken beschäftigten Kinder erlassen; 1819 beschränkte ein zweites Fabrikgesetz den Arbeitstag der geschützten Personen auf 12 Stunden. Das Jahr 1814 sah die Gründung der ersten Gewerkvereine; im nächsten Jahre eröffnete Owen seinen Musterbetrieb in New Lanark. 1824 fielen die Koalitionsverbote, die allerdings im darauffolgenden

Jahre wieder unter die Bestimmungen des gemeinen Rechts über Verschwörungen und Beschränkung des Gewerbebetriebes gestellt wurden. Das gleiche Jahr brachte eine Zolltarifreform (Huskisson), aufgrund deren u. a. die Ausfuhr von Wolle erlaubt wurde. 1830 fielen die Zölle auf Bier und Leder. 3 Jahre später wurde der Handel mit Ostindien freigegeben und gleichzeitig das bekannte Fabrikgesetz erlassen, durch das u. a. Fabrikinspektionen eingeführt wurden. Es folgten im nächsten Jahre ein neues Armengesetz, die Reform des Erbrechts, durch welches die Anerkennung des Individuums als Wirtschaftseinheit — im Gegensatz zur Familie — im Erbrecht durchgeführt wurde, ferner die vollständige Abschaffung der Sklaverei, nachdem bereits im Jahre 1807 der Sklavenhandel aufgehoben worden war.

Auf finanzpolitischem Gebiet ist für die genannte Periode von Bedeutung, daß im Jahre 1799 erstmalig durch Pitt die Einkommensteuer zur Einführung gelangte; sie wurde allerdings unter dem Ministerium Addington, welches von 1801 bis 1804 im Amte war, wieder beseitigt, jedoch unter dem 2. Ministerium Pitt (1804—1806)[2]) wieder eingeführt. Im Jahre 1816 wurde abermals unter dem Tory-Ministerium Liverpool (1812—1827) die Einkommensteuer abgeschafft, und erst unter Peel wurde sie alsdann im Jahre 1842 zu einer dauernden Einrichtung; 1816 fand die seit 1797 dauernde Währungskrise ihr Ende. Die Jahre 1820 und 1826 brachten alsdann eine Reform der Gesetzgebung über die Provinzialbanken und das Jahr 1834 die Abschaffung der Haussteuer.

Zahlreich waren auch in jener Periode die weiteren wichtigen Erfindungen auf dem Gebiete der Technik und die Fortschritte im Verkehrswesen. Im Jahre 1805 erfand der Engländer Bramah die hydraulische Presse; 1814 wurde in London die Straßenbeleuchtung mit Gas eingeführt; 1819 begann man, Chausseen nach den Plänen des Engländers Mac Adam zu bauen. Der Engländer Aspdin erfand 1818 den Portlandzement. 1830 fuhr die erste Dampfeisenbahn von Liverpool nach Manchester, nachdem bereits 1814 die Lokomotive von Stephenson konstruiert worden war. Im folgenden Jahre traf als erster Ozeandampfer die „Savannah" in Liverpool ein.

Die ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts sicherten Großbritannien (im Jahre 1801 wurde Irland der englisch-

[2]) Pitt führte die Geschäfte der englischen Regierung von 1783 bis 1801 und von 1804 bis zu seinem Tode im Jahre 1806.

schottischen Union einverleibt) in Industrie, Handel und Schiffahrt einen gewaltigen Vorsprung vor allen übrigen Ländern, den es mit Hilfe des technischen Fortschritts, durch Kapitalansammlung sowie durch seine Macht- und Wirtschaftspolitik zu behaupten und zu verstärken wußte. Im Jahre 1814 und 1815 kamen zu seinem schon bisher bestehenden Kolonialreich noch Kapstadt, Ceylon, Helgoland, Malta, Seychellen, Mauritius, Guayana, Trinidad, 1819 Singapore und 1826 Birma hinzu, wodurch es seine Seeherrschaft noch weiter befestigte.

Schließlich fällt in die Wirkungsperiode von James Mill die innerpolitische Reformbewegung, deren erste bedeutende Etappe dank der unermüdlichen Agitation der Gruppe um Mill mit dem Reformparlament des Jahres 1832 ihren Abschluß fand.

Charakteristisch für die damalige Zeit war das Fehlen einer scharfen Trennungslinie zwischen den Parteien. Auch gab es keine Klasse mit derart ausgeprägten aristokratischen Vorrechten wie z. B. in Frankreich, die dort zur Revolution von 1789 geführt hatten. Auf der einen Seite standen lediglich die im Parlament vertretenen Kreise (Großgrundbesitzer und Fabrikanten), während sich auf der anderen Seite die gesamte übrige Bevölkerung befand, die noch keine Vertreter im Parlament hatte. Im großen und ganzen verfolgten somit zunächst die nichtvertretenen Schichten, zu denen vor allem Handwerker und Lohnarbeiter gehörten, das gleiche Ziel, d. h. sie strebten nach wirtschaftlicher Freiheit und nach einem auf breitere Basis gestellten Wahlrecht, das ihnen gestattete, ihre eigenen Vertreter in das Unterhaus zu entsenden. Solange diese Ziele nicht oder wenigstens nicht bis zu einem gewissen Grade erreicht waren, nannte man die Bevölkerung, die noch keinen ausschlaggebenden Einfluß im Parlament besaß, und ihre Führer „radikal", weil sie ja mit aller Macht danach strebten, eine Regierungsänderung zu ihren Gunsten zu erreichen. Es kann also nicht wundernehmen und darf nicht mißverstanden werden, wenn auch James Mill und der große Kreis von Volkswirten seiner Richtung zu den „Radikalen" gezählt wurden und wenn diese zuweilen im Interesse der Arbeiter Forderungen aufstellten, die wir heute als sozialistisch bezeichnen würden. J. Mill und seine Anhänger bildeten die sogenannten „Bürgerlichen Radikalen". Wohl befanden sich unter den Arbeitern bereits seit der „Industriellen Revolution" Elemente, die die Unzufriedenheit der Arbeiter-

massen auszunutzen suchten, um sie ihren demagogischen Zwecken und kommunistischen Zielen dienstbar zu machen. Im allgemeinen aber ging auch das Streben der Arbeiter zunächst dahin, im Unterhaus Einfluß zu gewinnen. Erst nach dem Reformparlament des Jahres 1832, das den Arbeitern nicht die volle Erfüllung ihrer Wünsche brachte und nach den damaligen Verhältnissen nicht bringen konnte, erfolgte eine Abtrennung der Arbeiter von den Bürgerlichen und setzte eine schärfere Radikalisierung — eine syndikalistische Phase — ein, die zu dem „Chartismus" führte.

Die dogmenhistorische Stellung von James Mill in der englischen Volkswirtschaftslehre.

I. Die Persönlichkeit Mills.

1. Sein Leben.

Die Eigenart des Menschen James Mill erfordert zum Verständnis seiner Bedeutung und Stellung in der englischen Volkswirtschaftslehre eine nähere Betrachtung seines Lebens, seiner Charaktereigenschaften und seiner Zeitgenossen.

Wir besitzen über James Mill eine ausführliche englische Biographie von A. Bain[1]), ehemals Professor der Logik an der Universität zu Aberdeen, der mit Mills Sohn, John Stuart, befreundet war.

James Mill wurde am 6. April 1773 zu Northwater Bridge in der Grafschaft Angus in Schottland als Sohn des Schuhmachers James Mill geboren, der neben seinem Handwerk eine kleine Landwirtschaft betrieb, in der er zuweilen zwei bis drei Leute beschäftigte. Seine Mutter war Isabel Fenton, Tochter eines Landwirtes aus Kirriemuir. Sie wird als eine stolze Frau von starkem Selbstbewußtsein geschildert, die ihren ganzen Ehrgeiz dareinsetzte, daß ihr ältester Sohn James etwas Besseres werden sollte. James besuchte zuerst die Pfarrschule des Ortes und zeigte schon in früheren Jahren eine besondere Begabung, vor allem für Mathematik und fremde Sprachen, so daß seine Mutter beschloß, ihn einen Gelehrten werden zu lassen. Während der jüngere Bruder seinem Vater zur Hand gehen und die Schwester im Haushalt helfen mußte, hielt die Mutter ihren Sohn James mit Vorbedacht von jeder häuslichen Arbeit fern, so daß er sich ganz seiner geistigen Ausbildung widmen konnte. Nachdem er während seines Besuchs der Pfarrschule bereits Eltern und Lehrer durch seine Fähigkeiten in Erstaunen gesetzt hatte, schickte man ihn auf die „Montrose Academy", eine der bekanntesten Bürgerschulen in Schottland, die er bis zu seinem achtzehnten Lebensjahr besuchte. Während dieser Zeit

[1]) Vgl. A. Bain, James Mill, London, 1882.

wohnte Mill bei einem Krämer, in dessen Haus oft die Lehrer der „Montrose Academy" zu Besuch weilten. Diese waren voll des Lobes über seine Fähigkeiten und seine Ausdauer, und während der ganzen Zeit, die Mill in Montrose verbrachte, war er ein mustergültiger Schüler. Er genoß zu dieser Zeit die väterliche Unterstützung des Pfarrers von Montrose, Mr. Peters, der ihm mit seinem Rat zur Seite stand, ihm Bücher lieh und ihn in seinen Bestrebungen förderte und ermutigte. Peters war es auch, der seinen Eltern nahelegte, ihren Sohn auf die Universität zu schicken. Die Mittel zu seiner Ausbildung und seinen Studien wurden ihm aus einem Fonds zur Verfügung gestellt, den die Gattin des schottischen Barons Sir John Stuart zu Fettercairn zusammen mit anderen Damen der schottischen Gesellschaft zur Ausbildung talentierter Knaben gegründet hatte; dem Baron Sir John Stuart war der junge Mill durch Peters empfohlen worden. In dankbarer Erinnerung an den Baron zu Fettercairn hat später James Mill seinem ältesten Sohn die Vornamen „John Stuart" gegeben. In der Familie des Barons, die im Winter in Edinburgh wohnte, war James Mill Hauslehrer der einzigen Tochter Wilhelmina. Im Jahre 1790 konnte er die dortige Universität beziehen. James Mill empfand für Miß Stuart eine tiefe Zuneigung, ohne ihr jemals eine Erklärung gemacht zu haben; aber er erinnerte sich ihrer auch in späteren Jahren stets mit großer Herzenswärme, indem er ihr freundliches Wesen, das sie ihm gegenüber zeigte, hervorhob[2]).

Auf der Universität zu Edinburgh widmete sich Mill zunächst dem Studium der griechischen und lateinischen Sprache, späterhin der Philosophie und Theologie, wobei er u. a. Dugald Stewart zum Lehrer hatte, und erhielt 1798 die Lizenz zum Predigen; es gelang ihm jedoch nicht, eine Anstellung als Pfarrer zu erhalten. Deshalb entschloß sich Mill im Jahre 1802, nach London überzusiedeln, in der Absicht, sich dort literarisch zu betätigen. Er begleitete dorthin seinen Freund und Gönner Sir John Stuart, der damals Parlamentsmitglied war und ihm Zutritt zu den Sitzungen des Unter-

[2]) In diesem Zusammenhang sei noch bemerkt, daß Miß Stuart auf einen berühmten Zeitgenossen von James Mill einen noch tieferen Eindruck machte. Es war dies der um 2 Jahre ältere Walter Scott, dessen erste Liebe Miß Stuart war, welcher der große Dichter seine ersten Liebesgedichte widmete. Miß Stuart heiratete jedoch, 21jährig, den Sohn des reichen Bankiers Sir William Forbes. (Vgl. J. S. Stuart-Glennie, Mill, James and John Stuart: Traditional and personal Memorials, Macmillan's Magazine, April 1882).

hauses verschaffte. Mill wurde bald, angeregt durch die Parlamentsdebatten, ein glühender Politiker und lieferte zunächst einige Beiträge zur „Anti-Jacobin-Review". Im Jahre 1802 gab er das „Literary Journal" heraus, das er etwa 3 Jahre lang führte, und von 1805 bis etwa 1807 die Zeitschrift „St. James's Chronicle". 1804 veröffentlichte er seine erste volkswirtschaftliche Schrift „An Essay of the Impolicy of a Bounty on the Exportation of Grain, and on the Principles which ought to regulate the Commerce of Grain", 1805 eine Übersetzung von Villers's „Spirit and Influence of the Reformation of Luther". Im gleichen Jahre heiratete er Harriet Burrow aus Hoxton bei London. Dieser Ehe entsprossen 9 Kinder, von denen das älteste John Stuart war. Mills Einkünfte aus den Beiträgen für verschiedene Zeitschriften waren sehr bescheiden, so daß er hart zu kämpfen hatte; erst durch die Herausgabe seines größten Werkes „History of India", das er 1806 begann, jedoch erst 1818 vollendete, konnte er seine wirtschaftliche Lage verbessern. Im darauffolgenden Jahre veröffentlichte er als Erwiderung auf die Schrift von W. Spence: „Britain, Independent of Commerce" seine zweite bedeutende volkswirtschaftliche Abhandlung „Commerce defended: An Answer to the Arguments by which Mr. Spence, Mr. Cobbett, and others have attempted to prove that Commerce is not a Source of National Wealth". Bemerkenswerte Beiträge lieferte er dann in den Jahren von 1808 bis 1813 der „Edinburgh Review". Auf Grund seines Buches „History of India", das bald in weiten Kreisen als „standard work" Eingang fand, wurde James Mill in das „India House" berufen, dessen oberste Leitung er im Jahre 1830 mit einem Jahresgehalt von £ 2000.— erhielt.

Im Jahre 1821 veröffentlichte er sein volkswirtschaftliches Hauptwerk „Elements of Political Economy", von dem 3 Auflagen erschienen. Mill war auch eines der eifrigsten Mitglieder des Komitees, das die Gründung der Londoner Universität vorbereitete[3]).

Für das „Supplement" der „Encyclopaedia Britannica" lieferte James Mill in den Jahren 1816 bis 1823 eine größere Anzahl von Abhandlungen, nämlich „Government", „Colony", „Economists", „Beggar", „Caste", „Banks for Savings", „Li-

[3]) John Austin und J. R. Mc'Culloch, die beide der Bentham-Mill-Gruppe angehörten (der letztere hat die Werke von Ricardo herausgegeben), waren an der neugegründeten Universität die ersten Professoren für Jurisprudenz und Nationalökonomie.

berty of the Press", „Education", „Prisons and Prison Discipline", „Benefit Societies", „Jurisprudence" und „Law of Nations". Von Bedeutung sind ferner noch seine Beiträge zur „Westminster Review" und „London Review" sowie seine philosophische Schrift „Analysis of the Human Mind" (1829) und „Fragment on Mackintosh" (1835), in der er u. a. zu einem gegen seine Abhandlung „Government" gerichteten Artikel Macaulays Stellung nimmt. — James Mill starb am 23. Juni 1836 in seinem Hause in Kensington.

2. Sein Charakter.

Nach J. St. Mill[4]) trug die Persönlichkeit seines Vaters den Stempel des Stoikers; in seinen Lebensanschauungen huldigte er der Lehre des Epikur, jedoch nur insoweit, als diese das Nützlichkeitsprinzip verfolgt und Gut und Böse aus den Handlungen entspringen läßt. Die materiellen Sorgen vor seiner Anstellung im „India House" in seinem 46. Lebensjahr brachten es wohl mit sich, daß er das Leben vom Standpunkt des Zynikers aus betrachtete; in seiner Arbeit aber, besonders im Kampf gegen die herrschenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zustände, entwickelte er das Temperament des Sanguinikers, das er bis an sein Lebensende bewahrte.

Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe, Mäßigkeit und eine Ausdauer, die vor keiner Mühe und Entbehrung haltmachte, Beurteilung der Dinge nach ihrem inneren Wert und der Personen nach ihrem Verdienst, Ablehnung jeder Verweichlichung und Trägheit, unnachsichtige Strenge in der Erziehung, das waren die moralischen Grundsätze, denen Mill huldigte und denen er stets treu zu bleiben sich bemühte. Allerdings ging er in der Verfolgung dieser Prinzipien oft so weit, daß ein Außenstehender ihm jedes Gemüt hätte absprechen können; in dieser Hinsicht aber war er vielleicht nur ein typischer Brite, der es eines Mannes nicht für würdig hält, seine Gefühle offen zur Schau zu tragen. Auf alle Fälle aber haben seine Art und seine Charaktereigenschaften, die zum Teil im Gegensatz zu denjenigen seines ältesten Sohnes John Stuart standen, dazu beigetragen, daß John Stuart stets nur Pflichtgefühl gegenüber seinem Vater empfand. Trotzdem aber verbarg sich hinter der rauhen Schale, die er nach außen hin zur Schau trug, ein empfindsames Gemüt.

[4]) Vgl. J. St. Mill, Autobiography, London, 1873, S. 47.

Die Macht seiner Persönlichkeit kam besonders in seinen anregenden und belehrenden Diskussionen zur Geltung. Hierbei verstand er es, bei seinen Zuhörern stets das Wichtigste, das er ihnen sagen wollte, in dem Augenblick vorzubringen, in dem sie für die Aufnahme am empfänglichsten waren, und sie, wenn sie zunächst gegensätzlicher Meinung waren, allmählich zu seinen Ideen zu bekehren. Seine umfassenden Kenntnisse auf dem Gebiet der Philosophie, der Nationalökonomie, der Politik, der Rechtswissenschaft, der Religion und der Ethik, seine Redegewandtheit und der Ernst der Überzeugung, mit der er seine Thesen vortrug, verschafften ihm in den weitesten Kreisen der Öffentlichkeit selbst auf seiten der Gegner ein hohes Ansehen, und er errang bald die Stelle eines geistigen Führers unter denjenigen, die gleich ihm um die Verwirklichung der Ideen des Liberalismus kämpften.

In der Beurteilung der herrschenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse war er einer der rücksichtslosesten Kritiker, wie sie nötig sind in einer Zeit der Gährung, in der es gilt, nach einem Stadium der Erstarrung neue Bewegungen anzufachen und in Fluß zu halten. Seine politischen Gegner griff er in der heftigsten Weise an, ohne jedoch die Persönlichkeit selbst in den Kampf hineinzuziehen. In seinen ethischen Anschauungen zeigte er zwar eine gewisse Starrheit und betrachtete strenge Selbstzucht als einen der wichtigsten Faktoren der Geistesbildung. Trotzdem war er keineswegs Asket; aber er lehnte alles dem Natürlichen Zuwiderlaufende als Übertreibung und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit ab.

Das vornehmste und oberste Ziel war für ihn die geistige Ertüchtigung des Menschen und die Heranbildung von Charakteren, und in dieser Beziehung hielt er die Menschen für am meisten besserungsbedürftig. Alle menschlichen Schwächen, allen Haß, alle Ungerechtigkeit und Ungleichheit der sozialen Lage und daraus folgend alles Unglück des einzelnen führte er auf den Mangel an psychologischer Bildung der Menschen zurück, und von der Beseitigung dieser Fehlerquellen versprach er sich eine Gesundung der Verhältnisse des Menschengeschlechts auf allen Gebieten.

Nach dem Urteil seiner Zeit war er in einer kritischen Periode der englischen Geschichte, wie Bain wohl etwas übertreibend sagt, „a born leader, a king of men".

3. Seine allgemeinen wirtschaftspolitischen Anschauungen.

Die Grundzüge seiner wirtschaftspolitischen Anschauungen gipfelten in der persönlichen Freiheit des Individuums, vor allem der freien Meinungsäußerung und dem Gemeingeist, der das Allgemeinwohl allem voransetzt.

Zur Erreichung dieser Ziele mußte nach seiner Ansicht vor allem die Leitung des Staates in den Händen einer wirklich guten Regierung liegen. In seinem Artikel „Government“[5]), der nach J. St. Mill ein „masterpiece of political wisdom“ war, stellt Mill, ausgehend von der von ihm verfochtenen Nützlichkeitslehre, die Forderung auf, daß das Ziel jeder Regierung „the greatest possible happiness of society“ sein muß. Dieses ist nur dadurch zu erreichen, daß jedem Individuum die größtmögliche Menge der verfügbaren Güter gesichert wird. „The end to be obtained, through government as the means, would be to make that distribution of the scanty materials of happiness which would insure the greatest sum of it in the members of the community taken altogether and to prevent every individual, or combination of individuals, from interfering with that distribution, or making any man to have less than his share[6]).“ — Hierbei kommt es vor allem darauf an, die geeignetsten Mittel zu finden, um diejenigen, die die Regierung ausüben, daran zu hindern, die ihnen übertragene Macht zu ihrem eigenen Vorteil oder demjenigen einer Minderheit zu mißbrauchen.

Mill baut darauf, daß durch Belehrung und Unterricht die Vernunft sich immer mehr und mehr durchsetzen werde, daß, wenn das Volk eine genügende Bildung erhalte, es reif genug sei, um sich zu Führern die Männer zu erwählen, die den Staat im wahren Sinne nach den Richtlinien des Allgemeinwohls leiten[7]). Wenn einmal die Leitung des Staates nicht mehr in den Händen einer einzigen Klasse, sondern in denjenigen der Vertretung des ganzen Volkes liegt, werde sich eine liberale Regierung aufrichten lassen, der das gesamte Volk absolut vertraue und die dann die Interessen der Gesamtheit in wirksamster Weise zu vertreten vermöge.

---

[5]) „Supplement to the Encyclopaedia Britannica“, Vol. IV.

[6]) ebenda, S. 491.

[7]) Vgl. ebenda, S. 504.

Aus diesem Grunde lehnte Mill das monarchische und aristokratische Regime ab, welche Form es auch immer annehme, und trat ein für eine parlamentarische Regierung auf der Grundlage eines rein demokratischen Wahlsystems. Hierbei machte er auch Front gegen irgendwelche Bevormundung, die sich die Kirche — sei es direkt oder indirekt — gegenüber ihren Anhängern in politischer Hinsicht anmaße. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß Mill auch das Frauenstimmrecht ablehnte, weil „the interests of most of them are involved either in that of their fathers or in that of their husbands." Obwohl seit etwa 1808 selbst Atheist, war er nicht so fanatisch, um nicht den Fähigkeiten führender Personen der Geistlichkeit seine Achtung und objektive Bewunderung zu zollen, und mit verschiedenen Geistlichen stand er selbst auf freundschaftlichem Fuße; so vor allem mit dem Quäker und Philanthropen William Allen, der zuerst mit Robert Owen in New Lanark zusammen arbeitete, aber später an Owens unkirchlichen und religiös indifferenten Einrichtungen Anstoß nahm und diesen schließlich bewog, New Lanark zu verlassen.

II. Mills Wirkungskreis.

1. Seine Freunde und der „Political Economy Club".

Von den Zeitgenossen Mills, die gleich ihm um die wirtschaftliche Freiheit kämpften, verdienen zunächst die Personen, mit denen er während seines Lebens in engerer Verbindung stand, eine nähere Betrachtung.

Hierbei ist in erster Linie von Bedeutung seine jahrelange Freundschaft, die ihn sowohl mit J. Bentham als auch mit D. Ricardo verband. Es liegt auf der Hand, daß bei einem geistig so regen Menschen, wie es James Mill war, der Einfluß zweier so bedeutender Persönlichkeiten wie Bentham und Ricardo von nachhaltiger Wirkung auf seine Weltanschauung und besonders seine Einstellung zu den wirtschaftspolitischen Fragen der damaligen Zeit sein mußte. Es wäre aber nun durchaus irrig anzunehmen, daß dieser Einfluß lediglich einseitig von den beiden bedeutenderen Männern, Bentham und Ricardo, ausgegangen wäre. Bei dem um 25 Jahre älteren Bentham, in dem Mill gewissermaßen einen väterlichen Freund sah, mag dies wohl auch in überwiegendem Maße der

Fall gewesen sein. In seinem Verhältnis zu Ricardo jedoch, der nur 1 Jahr älter war als James Mill, war der Einfluß ein durchaus wechselseitiger. Man muß sogar annehmen, daß in diesem Falle der größere Teil an Initiative bei James Mill lag.

Nach 6jährigem Aufenthalt in London lernte James Mill im Jahre 1808 Jeremias Bentham (1748—1832) kennen, mit dem ihn eine innige Freundschaft bis zu dessen Tode im Jahre 1832 verband. Mill wurde bald Benthams eifrigster Schüler und Verfechter der von Bentham vertretenen Nützlichkeitslehre. Stephen[1]) nennt Mill „Bentham's Lieutenant". Wir wissen, daß James Mill, obwohl er Theologie studiert und die Lizenz zum Predigen erhalten hatte, sich bald von der Kirche abwandte. Ob hierbei ihm widerfahrene Enttäuschungen oder seine kärglichen Lebensverhältnisse, denen er sich in London ausgesetzt sah, oder sonst ein besonderes Ereignis oder Erlebnis den Ausschlag gaben, ist nicht ganz geklärt. „The turning point of his mind was — lt. J. St. Mill[2]) — reading Butler's ‚Analogy'." Zweifellos war aber für seine Abkehr von der Kirche auch seine Verbindung mit Bentham, dessen allgemeine Ansichten über Ethik und Politik er sich in der Hauptsache zu eigen machte, von Bedeutung[3]).

Das Zusammenwohnen mit Bentham brachte Mill neben pekuniären Vorteilen engste geistige Verbundenheit mit seinem väterlichen Freund, dessen Schriften er redigierte und mit dem er täglich in Gedankenaustausch stand.

Bentham, „the Father of Democracy", den Held[4]) — übertreibend — neben Kant und Rousseau stellt, wenn man die nationalen Philosophen nennt, die ihre Völker in die neueste

[1]) Vgl. L. Stephen, The English Utilitarians, London, 1900.

[2]) Vgl. J. St. Mill, Autobiography, London, 1873, S. 38.

[3]) 2 Jahre nach seiner Bekanntschaft mit Bentham stellte ihm dieser das frühere Haus Miltons in London, das Bentham gehörte, als Wohnung zur Verfügung. Da das Haus jedoch ungesund war, überließ Bentham ihm, nachdem Mill einige Jahre eine Mietswohnung innegehabt hatte, ein anderes Haus, 1 Queen Square, wofür Mill jährlich eine Miete von £ 50 bezahlte, die er später, als sich seine Finanzlage besserte, auf £ 100 erhöhte. Hier waren Bentham und Mill unmittelbare Nachbarn. Im Sommer 1809 und in den späteren Jahren verbrachte Mill zwei oder drei Monate mit seiner Familie in Barrow Green House in Surrey, welches Bentham für einige Zeit gemietet hatte, und von 1814 bis 1818 wohnte die Familie Mills zusammen mit Bentham in Ford Abbey bei Chard in Somerset.

[4]) A. Held, 2 Bücher zur sozialen Geschichte Englands, Leipzig, 1881.

Zeit einführten, war der eifrigste Vorkämpfer der utilitarischen Lehre. — Das Wesen des Utilitarismus besteht darin, daß man das dem isolierten Individuum Nützliche zur Richtschnur nimmt und jede Einrichtung der Gesellschaft und jede Gesetzgebung auf ihren Nutzen und ihren Einfluß auf die Glückseligkeit des einzelnen Menschen prüft. Alles Tun und Handeln wird dabei in den Dienst der reinen Zweckmäßigkeit gestellt, und der wahre Utilitarismus läßt nur diejenigen Faktoren gelten, die der aufgestellten Grundtendenz nicht zuwiderlaufen. — Diese Anschauung, die auch heute noch als Charakteristikum der englischen Mentalität betrachtet werden kann, machten sich James Mill und der ganze Kreis von Philosophen und Volkswirten um Bentham zu eigen. Dem Wesen dieser Auffassung entsprach es durchaus, daß ihre Anhänger sich in ihrer Wissenschaftsforschung der rein deduktiven Methode bedienten, um derentwillen sie so oft bekämpft worden sind. War Bentham der Gelehrte, der seine Ideen meist nur dem Papier anvertraute, so war Mill der Verbreiter und Verfechter der Lehre in der Öffentlichkeit. „Mill (James) expounded", wie Stephen bemerkt[5]), „in the tersest form the doctrines which in Bentham's hands spread into endless ramifications and lost themselves in minute details. Mill became the leader of Bentham's bodyguard, or, rather the mediator between the prophet in his hermitage and the missionaries who where actively engaged on the hustings and in committee-rooms. The special characteristics of English Utilitarianism in the period of its greatest activity were thus more affected by Mill than by any other leader of opinion". Lag in bezug auf die philosophischen Anschauungen die Führung in den Händen von Bentham, so ließ er sich andererseits in den Dogmen der Volkswirtschaft von seinen Anhängern und Schülern beeinflussen und leiten. „The political economists", schreibt Fay[6]), „were Benthamites, but in matters economic the venerable Jeremy (Bentham) was the disciple of Malthus and the elder Mill (James)."

Lt. Bain[7]) charakterisiert Bentham selbst seine Stellung gegenüber Mill und dessen Einfluß auf Ricardo mit den Worten: „I was the spiritual father of Mill, and Mill the spiritual father of Ricardo", wobei jedoch, wie Bain richtig bemerkt,

[5]) L. Stephen, The English Utilitarians, London, 1900, Bd. 1, S. 1.
[6]) C. R. Fay, Great Britain from Adam Smith to the Present Day, London, 1928, S. 368.
[7]) A. Bain, James Mill, London, 1882, S. 74.

der Grad der Abhängigkeit in den beiden Fällen ein sehr verschiedener war. Immerhin aber ist ein solcher Ausspruch außerordentlich bemerkenswert, und er zeigt jedenfalls deutlich, in welch innigem geistigen Verhältnis Mill einerseits zu Bentham und andererseits zu Ricardo stand.

Ricardo und Mill lernten sich im Jahre 1811, wahrscheinlich durch Bentham, kennen, und J. St. Mill rühmt ihre „intimacy and mutual attachment", die beide bis zum Tode Ricardos im Jahre 1823 miteinander verband. Wenn wir den Angaben von J. St. Mill Glauben schenken wollen, so muß tatsächlich der persönliche Einfluß von James Mill auf Ricardo außerordentlich groß gewesen sein. Nach J. St. Mill[8]) wäre Ricardos Werk „Principles of Political Economy" nie veröffentlicht oder überhaupt geschrieben worden ohne das beständige Drängen von James Mill. Jedenfalls bewog Mill im Jahre 1816 Ricardo, der an sich ein ruhiger, zurückhaltender, ja oft geradezu schüchterner Mensch war, dazu, sein Werk zu veröffentlichen und ins Unterhaus einzutreten, wo Ricardo seinen und Mills Ansichten über staatswissenschaftliche und volkswirtschaftliche Probleme in ganz England Anerkennung verschaffte. In bezug auf Rat und Aufmunterung verließ sich Ricardo in weitestgehendem Maße auf seinen Freund James Mill. Eine Schilderung von J. St. Mill beleuchtet das Verhältnis der beiden in treffender Weise[9]). „During this first period of my life, the habitual frequenters of my father's house were limited to a very few persons, most of them little known to the world, but whose personal worth, and more or less of congeniality with at least his political opinions (not so frequently to be met with then as since) inclined him to cultivate; and his conversations with them I listened to with interest and instruction. My being an habitual inmate of my father's study made me acquainted with the dearest of his friends, David Ricardo, who by his benevolent countenance, and kindliness of manner, was very attractive to young persons, and who, after I became a student of political economy, invited me to his house and to walk with him in order to converse on the subject." Während seiner ersten Jahre im „India House" verbrachte Mill alljährlich zwei oder drei Wochen bei Ricardo auf dessen Landhaus[10]).

[8]) Vgl. J. St. Mill, Autobiography, London, 1873, S. 27.

[9]) J. St. Mill, Autobiography, London, 1873, S. 53/54.

[10]) A. Bain, James Mill, London, 1882, S. 75.

Auf das Verhältnis zwischen James Mill und Ricardo in den Fragen der Nationalökonomie wird noch im Laufe dieser Untersuchung näher eingegangen werden.

Zu Mills engerem Freundeskreis zählten weiter einige Mitglieder des von ihm im Jahre 1821 mitgegründeten „Political Economy Club", nach dessen Vorbild im Jahre 1842 die „Société d'économie politique" in Paris ins Leben gerufen wurde und dem neben Ricardo und Bentham u. a. auch J. St. Mill angehörte. Der Urheber des Planes zur Gründung eines solchen Klubs war Thomas Tooke (1774 bis 1858), gleichfalls ein rühriger Verfechter des Freihandels. Tooke hatte auch im Mai des Jahres 1820 die von den Londoner Kaufleuten an das Parlament gerichtete Freihandelspetition entworfen. Den Kern des Klubs bildete neben den oben Genannten eine kleine Gruppe von Nationalökonomen, die einige Zeit lang in Ricardos Haus abendliche Zusammenkünfte abgehalten hatten, um über volkswirtschaftliche Fragen zu diskutieren. Zum Hauptziel hatte sich der Klub die Forderung der Freihandelsbewegung gesetzt. James Mill entwarf die Statuten dieses Klubs und fügte in Übereinstimmung mit den übrigen Mitgliedern noch folgende bemerkenswerte Richtlinien an[11]).

„The Members of this Society will regard their mutual instruction, and the diffusion amongst others of first principles of Political Economy, as a real and important obligation."

„As the Press is the grand instrument for the diffusion of knowledge or of error, all the Members of this Society will regard it as incumbent upon them to watch carefully the proceedings of the Press, and to ascertain if any doctrines hostile to sound views on Political Economy have been propagated; to contribute whatever may be in their power to refute such erroneous doctrines, and controvert their influence; and to avail themselves of every favourable opportunity for the publication of seasonable truths within the province of this Science."

„It shall be considered the duty of the Society, individually and collectively, to aid the circulation of all publications which they deem useful to the Science, by making the merits of them known as widely as possible, and to limit the influence of hurtful publications by the same means."

Der Klub umfaßte bald eine größere Anzahl von Persönlichkeiten, einschließlich der hervorragendsten Nationalökono-

[11]) Vgl. A. Bain, James Mill, London, 1882, S. 198.

men und Politiker, und nach A. Bain sind alle Männer von politischer Bedeutung und sämtliche Finanzminister des Britischen Reiches Mitglieder des Klubs gewesen. Für lange Zeit war er die einzige Gesellschaft, die J. St. Mill besuchte.

Auch Malthus gehörte ihm an, doch scheinen die Beziehungen zwischen ihm und Mill nicht allzu freundschaftlicher Natur gewesen zu sein; im übrigen wurde die Bedeutung von Malthus für die Nationalökonomie von den Mitgliedern des Klubs zur damaligen Zeit noch nicht in vollem Maße erkannt und seine Lehre zum Teil von ihnen heftig angegriffen.

Von den engsten Freunden und Anhängern Mills verdienen noch erwähnt zu werden: Joseph Hume, George Grote, die Brüder John und Charles Austin, Francis Place, John Ramsay Mc'Culloch, William Molesworth, John Arthur Roebuck, Robert Torrens, Henry Warburton, William Allen, Edward Strutt, John Lefevre, Southwood Smith und Edwin Chadwick.

Joseph Hume (1777—1855) war ein jüngerer Mitschüler Mills auf der „Montrose Academy" gewesen und hatte sich dem Studium der Medizin gewidmet. 1797 ging er als Arzt nach Indien. Nach seiner Rückkehr nach England im Jahre 1808 wandte er sich der Politik zu und erhielt 1812 als Tory-Anhänger einen Sitz im Parlament. Sechs Jahre später schloß er sich jedoch dem Kreis um Bentham und Mill an und erneuerte seine Bekanntschaft mit diesem. Von jener Zeit an verband ihn eine unzertrennliche Freundschaft mit Mill bis zu dessen Tode. Im Dienste der Reform-Bewegung trat er alsdann, nachdem er im Jahre 1818 wieder einen Sitz im Parlament erhalten hatte, als begeisterter Anhänger für die Lehre der „bürgerlichen Radikalen" oder, wie sie später genannt wurden, der „philosophischen Radikalen" ein.

An Jahren erheblich jünger als Mill war der Historiker George Grote (1794—1871), von Beruf Bankier, der sich mit Eifer dem Studium der Klassiker, der Geschichte, der Metaphysik und der Nationalökonomie widmete. Mit Mill war er im Jahre 1819 durch Ricardo bekannt geworden. Zwei Jahre später trat er mit seiner Schrift „Statement of the Question of Parliamentary Reform" hervor und setzte sich ein für eine Volksvertretung, die wirklich von der Allgemeinheit ausgeht, sowie für das geheime Wahlrecht.

Enge Freundschaft verband Mill auch mit dem Juristen John Austin (1790—1859), den er gleichfalls durch Ricardo

kennengelernt hatte. Im Jahre 1818 wurde Austin Advokat und gehörte später der 1833 gegründeten „Royal Commission" an, deren Aufgabe es war, ein neues Strafgesetzbuch zu entwerfen. Nach Mills Tode schloß er sich an John Stuart Mill an und veröffentlichte im Jahre 1842 eine Schrift gegen Lists „Das nationale System der Politischen Ökonomie". Auch sein Bruder Charles (1799—1874), der ebenfalls als Advokat einen großen Ruf hatte, war mit Mill befreundet.

Sir Francis Place (1770—1854) war ursprünglich Schneider und hatte regen Anteil an den Fragen des politischen und wirtschaftlichen Lebens genommen. Er war Mill besonders zugetan und ordnete dessen finanzielle Angelegenheiten. Das Haus von Place war oft der Treffpunkt der liberalen Politiker, und bald war Place als „the Radical Tailor of Charing Cross" bekannt. Zusammen mit Mill, Lord Cochrane und Burdett trat er nach Auflösung des Parlaments im Juni 1818 an die Spitze des „Radical Committee".

J. R. Mc'Culloch (1779—1864), der Herausgeber des „Wealth of Nations" von Ad. Smith und der Werke von Ricardo, gehörte ebenfalls diesem Kreise an und kritisierte die damals geltende volkswirtschaftliche Gesetzgebung in einer großen Anzahl von Schriften und Aufsätzen im Sinne der Freihandelsbewegung. Sein bekanntestes Werk ist „Principles of Political Economy", das 1825 erschien.

Mit dem Politiker Sir William Molesworth (1810—1855) wurde Mill erst in späteren Jahren bekannt. Molesworth war ebenfalls Mitglied des Parlaments als Vertreter der „philosophischen Radikalen" und gab 1834 die „London Review" heraus, für die Mill eine Reihe von Beiträgen lieferte.

Ein sehr fruchtbarer Schriftsteller und eifriger Verfechter des Freihandels war der Colonel Robert Torrens (1780—1864), der sowohl dem „Political Economy Club" als auch der bereits erwähnten „Royal Society" angehörte. Er befaßte sich mit den Fragen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzpolitik, und nahezu das ganze, der Gesetzgebung Peels zugrunde liegende Programm ist im wesentlichen in seinen Schriften niedergelegt. In seiner Abhandlung „Essay on the External Corn Trade", auf die sich Ricardo in seinem Werke „Principles of Political Economy and Taxation" bezieht, folgt er den Gedankengängen Mills in dessen Schrift „An Essay of the Impolicy of a Bounty . . .".

Dem „Political Economy Club" gehörte ebenfalls noch das Parlamentsmitglied Henry Warburton (1784—1858) an,

der besonders mit Ricardo befreundet war, sowie der Politiker und Advokat John Arthur Roebuck (1801—1879); dieser schloß sich später enger an John Stuart Mill an.

Im Zusammenhang mit der Gründung der Londoner Universität im Jahre 1825 riefen Mill, Tooke, Grote, Warburton und Lefevre ein Komitee ins Leben, das einen Lehrstuhl für Volkswirtschaft zu Ehren Ricardos errichten sollte.

Auch mit verschiedenen bedeutenden Staatsmännern und Politikern seiner Zeit stand Mill in engster Verbindung, so vor allem mit seinem früheren Studienkollegen Lord Henry Brougham (1778—1868), dem „Lord-Chancellor" im Grey-Ministerium (1830—1834), den er im Jahre 1803 wieder in London bei einem Bekannten von Bentham getroffen hatte und mit dem er bis an sein Lebensende ein inniges Freundschaftsverhältnis unterhielt. Brougham trat ein für die Negerbefreiung und Handelsfreiheit sowie die Parlamentsreform und war gleichfalls Mitbegründer der Londoner Universität. — Weiter sind in diesem Zusammenhang noch zu erwähnen: Der englische Staatsmann Lord John Russell (1792—1878), ebenfalls Anhänger der Reform-Bewegung, sowie Sir Samuel Romilly (1757—1818), der bekannte englische Gesetzesreformer, mit denen Mill gleichfalls in engerer Verbindung stand.

2. Die sonstigen zeitgenössischen Volkswirte.

Von den Anhängern des Freihandels sind unter den zeitgenössischen Volkswirten vor allem noch zu nennen: Richard Cobden (1804—1865), der als Führer der Manchester-Bewegung (Anti-Corn-Law-League) bekannt ist, sowie sein Mitarbeiter John Bright (1811—1889), der ebenfalls eine bedeutende Rolle in dieser Bewegung spielte und energisch für Wahlreform, Abschaffung der Kornzölle und alle liberalen Maßnahmen eintrat.

Mitherausgeber der von Mill und Bentham im Jahre 1823 ins Leben gerufenen „Westminster Review" als „radikales" Organ war Perronet Thomson, der aber noch schärfer als Ricardo und Mill die Gegensätze zwischen Grundbesitzern einerseits und Unternehmern und Arbeitern andererseits betonte. Redakteur der „Westminster Review" war Sir John Bowring; er gab die Werke Benthams heraus und trat ebenfalls als nationalökonomischer Schriftsteller hervor. Auch der bekannte Geschichtschreiber Thomas Babington Macaulay

(1800—1859) ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Obwohl er mit Mill zuerst eng befreundet war, griff er seinen Artikel „Government", der nach Bain „the starting point of the Radical Reformers" war, im whigistischen Sinne heftig an; ebenso kritisierte er in der „Edinburgh Review" die Lehre Mills vom Utilitarismus. Die Beziehungen zwischen Mill und Macaulay besserten sich jedoch wieder, nachdem sich Macaulay ebenfalls der Reform-Bewegung angeschlossen hatte.

Robert Owen (1771—1858) stand längere Zeit mit den „philosophischen Radikalen", besonders mit James Mill, Ricardo und Malthus in regem Gedankenaustausch; doch trennten sich die Wege bald, nachdem Owen in seiner Musterfabrik in New Lanark einen Ausgangspunkt für die vollständige Umgestaltung der sozialen und politischen Verhältnisse gefunden zu haben glaubte. In seinen Ideen folgte ihm William Thompson (1785—1833), der ursprünglich ein Freund von Bentham und Mill und Anhänger der utilitarischen Lehre war, später jedoch ein konsequenter Kommunist und Verfechter der Lehren Owens wurde. Thompson trat Mill, der das Frauenwahlrecht ablehnte, im Jahre 1825 mit seiner Schrift entgegen: „An appeal of one half of the human race, women, against the pretensions of the other half, men, to retain them in political and thence in civil and domestic slavery; in reply to a paragraph of Mill's celebrated ‚Article on Government'." Auch Sir Francis Burdett (1770—1844) betätigte sich zunächst als liberaler Politiker und war — wie bereits erwähnt — Mitglied des „Radical Committee" von 1818, dem auch Mill und Place angehörten; ebenso bekannte sich William Cobbett (1762 bis 1835), der englische Publizist und Verfasser des seit 1801 erscheinenden „Weekly Political Register" ursprünglich zu der Bentham-Mill-Gruppe. Sie schlossen sich jedoch bald den extrem-radikalen Arbeiterführern Thomas Attwood (1783 bis 1856) an, dem Haupt der Birminghamer Union, und John Cartwright (1740—1824), der vor allem für die amerikanische Unabhängigkeit sowie für das allgemeine und geheime Wahlrecht kämpfte. Für rein kommunistische Ideen und anarchische Ziele traten u. a. William Godwin (1756—1836) und William Spence (1783—1860) ein, während zu den gemäßigten Arbeiterführern Anthony Ashley (1801—1868), der spätere Lord Shaftesbury, zu rechnen ist.

Als wissenschaftlicher Gegner Mills ist Michael Thomas Sadler (1780—1835) anzusehen. Obwohl ein Freund der Arbeiter und der Armen, bekämpfte er doch heftig den Frei-

handel und hatte in dieser Hinsicht viele Berührungspunkte mit Thomas Chalmers (1780—1847), Professor der Moralphilosophie und Theologie, der jedwede gesetzliche Armenpflege ablehnte, aber die grundsätzliche Bedeutung der Sittlichkeit, des Fleißes und der Sparsamkeit für den Volkswohlstand hervorhob. Auch James Maitland Lauderdale (1759—1839) ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Er war Advokat, Mitglied des Unterhauses und als solches ein eifriger Anhänger von Fox bzw. der Whigs. In volkswirtschaftlicher Hinsicht trat er gegen die klassische Nationalökonomie, besonders gegen die Lehre Smiths und seiner Anhänger, auf. Für die Reform der englischen Armengesetzgebung setzte sich in besonderem Maße noch Nassau Senior (1790—1864), Professor der Nationalökonomie in Oxford, ein. In zahlreichen Schriften befaßte er sich mit den von den Klassikern aufgeworfenen Fragen über die Grundrente, die Produktion und ihren Einfluß auf den Preis, über das Lohn- und Kapitalgewinnproblem und geriet hierbei oft in scharfem Widerspruch zu ihren Ansichten.

3. Der Einfluß Mills und seiner Anhänger auf das wirtschaftspolitische Leben Englands.

An den folgenden Beispielen soll noch gezeigt werden, inwieweit die Tätigkeit Mills und seiner Anhänger von maßgebendem Einfluß auf das wirtschaftspolitische Leben Englands war.

An dem Zustandekommen des Fabrikgesetzes von 1833, das die durch die Reform-Bill zur Macht gelangte liberale Regierung erließ, hatte die Gruppe um Bentham und James Mill einen hervorragenden Anteil. Wohl waren schon vorher verschiedene Maßnahmen zum Schutze der Kinder in den Fabriken ergriffen worden; sie waren aber alle mehr oder weniger unwirksam geblieben.

Für die Arbeiterschutzgesetzgebung kämpfte auf seiten der Arbeiter vor allem Richard Oastler. Als ihr Fürsprecher fungierte im Parlament zunächst Sadler, der jedoch als Vertreter des Kreises Leeds im Reformparlament von 1833 seinen Platz dem jüngeren Macaulay, dem bereits genannten Anhänger der Bentham-Mill-Gruppe, abtreten mußte. In dem neuen Parlament wurde alsdann für die Sache der Arbeiter Anthony Ashley, der spätere Lord Shaftesbury, gewonnen.

Nach dem Gesetz, wie es von Sadler bzw. Ashley entworfen worden war, sollte für die gesamte Textilindustrie die

Nachtarbeit für alle Personen unter 18 Jahren sowie die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren überhaupt verboten und die Arbeitszeit der Kinder von 9—18 Jahren auf zehn Stunden festgesetzt werden; ferner sah der Entwurf gewisse hygienische Maßnahmen und solche der Sicherheit für die Arbeiter vor und setzte Gefängnisstrafe bei Nichtbefolgung der Bestimmungen im Wiederholungsfalle fest[12]). Die daraufhin einberufene Untersuchungskommission (Royal Commission) setzte sich aus drei Mitgliedern zusammen, von denen zwei, Southwood Smith und Edwin Chadwick, Schüler und persönliche Freunde von Bentham und James Mill waren. Auch der Sekretär des „Central Board of Commissioners", John Wilson, gehörte dem Bentham-Kreise an.

Die Kommission stellte dem Gesetzentwurf von Ashley einen auf anderer Basis aufgebauten Vorschlag entgegen. Man warf — nach Halévy[13]) — dem Entwurf vor: „d'être un bill hypocrite: présenté comme un bill pour la protection des enfants, il visait en réalité la limitation de travail des adultes." Die Beschränkung der Arbeitszeit in dem angedeuteten Maße war nach Ansicht der Liberalen unpraktisch und verwerflich; überhaupt wollte man in erster Linie zunächst einen Kinderschutz erzielen und diesen bis auf das dreizehnte Jahr ausgedehnt wissen. Auch empfand man eine Arbeitszeit von zehn Stunden täglich für Kinder von zehn und elf Jahren als zu hoch. Man schlug daher für Kinder unter dreizehn Jahren eine Maximalarbeitszeit von acht Stunden täglich vor. Für die Jugendlichen bis achtzehn Jahren waren in dem Gesetzentwurf zwölf Stunden vorgesehen, und die Nachtarbeit für alle Personen unter achtzehn Jahren sollte überhaupt verboten werden, womit man dem Entwurf von Ashley entgegenkam.

Weiter bemängelte man an dem Entwurf, daß er keine Maßnahme für die Beschäftigung der Kinder nach ihrer Arbeitszeit vorsah. Bisher war diese Frage nicht aktuell geworden, da sich ja die Kinder während der ganzen Arbeitszeit der Eltern unter deren Obhut oder wenigstens doch in ihrer unmittelbaren Nähe befanden. Wer aber sollte sich nun mit der Aufsicht der Kinder in ihrer freien Zeit befassen, wenn sie nur noch acht Stunden beschäftigt werden durften? Hier forderte die Kommission, daß die arbeitenden Kinder während

[12]) Vgl. E. Halévy, Comment fut votée la loi anglaise des fabriques de 1833 (Revue d'Histoire Economique et Sociale, Paris, 1922).

[13]) a. a. O .

ihrer Freizeit in einer Schule untergebracht werden sollten. Diese Maßnahme war, wie Halévy richtig bemerkt, „boiteuse. L'Etat ne fournissait aucun fonds pour pourvoir à l'éducation des enfants. Il s'en remettait, pour créer les écoles, aux manufacturiers qui prélèveraient l'argent nécessaire sur le salaire des enfants employés par eux." Die Mittel für die Erziehung wurden also durch den Unternehmer vom Lohn, den die Kinder bezogen, einbehalten. Obwohl sich die Anhänger von Bentham und James Mill, insbesondere Roebuck, im Unterhaus mit allen Kräften dafür einsetzten, den Staat für die Bereitstellung dieser Mittel heranzuziehen, gelang es nicht, das Gesetz in dieser Form zur Annahme zu bringen[14]).

In einem weiteren Punkt ging der Vorschlag der Kommission vorbildlich über den Entwurf von Ashley hinaus. Die bisher erlassenen Fabrikgesetze ermangelten sämtlich einer Bestimmung, durch die auch ihre Durchführung gewährleistet wurde. Selbst eine Strafbestimmung konnte — nach den bisherigen Erfahrungen — hier nicht den gewollten Zweck im Hinblick auf die Schwierigkeiten der Feststellung der Übertretungen erfüllen. Deshalb schlug die Kommission die Schaffung von Fabrikinspektionen, wie sie später auch von Preußen eingeführt wurden, vor: „c'était", wie Halévy bemerkt, „un triomphe pour un des principes essentiels de la philosophie politique de Bentham, le principe de la centralisation administrative."

Mit den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen — mit Ausnahme der Bereitstellung von Mitteln durch den Staat für die Kindererziehung — wurde alsdann das Fabrikgesetz, das laut Beer[15]) den wirklichen Beginn der Arbeiterschutzgesetzgebung in England bedeutete, am 18. Juli 1833 von dem Reformparlament mit großer Stimmenmehrheit angenommen.

Weiter kann die Gruppe um James Mill den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, im Rahmen der großen Freihandelsbewegung bahnbrechend vorangegangen zu sein. Im Jahre 1836, d. h. im Todesjahr von James Mill, traten persönliche Freunde und Anhänger von Mill zusammen und gründeten die „Anti-Corn-Law-Association"[16]); es waren dies George Grote, Joseph Hume, William Molesworth und John Arthur Roebuck.

[14]) Vgl. „Westminster Review", Oktober 1836, Art. VIII. The Factories, Vol. 26, S. 205—6.

[15]) M. Beer, Geschichte des Sozialismus in England, Stuttgart, 1913, S. 252.

[16]) ebenda, S. 323.

Wie schon aus dem Titel dieser Vereinigung hervorgeht, hatte sie sich die Abschaffung der Kornzölle zum Ziele gesetzt.

Die Ursache dafür, daß diese „Anti-Corn-Law-Association" trotz ihrer befähigten Mitglieder nicht den endgültigen Erfolg für sich verbuchen konnte, lag wohl in der Hauptsache darin, daß London, wo diese Vereinigung ihren Sitz hatte, damals nicht mehr der wirtschaftliche Mittelpunkt des jungen Industriestaates war. Das Schwergewicht des politischen und wirtschaftlichen Lebens hatte sich mehr und mehr nach dem nördlichen England verschoben, wo sich besonders die Städte Liverpool und Manchester im Zuge der zunehmenden Industrialisierung im Aufschwung befanden. Während London im wesentlichen eine führende Rolle in verwaltungstechnischer, handelspolitischer, finanzieller und geistiger Hinsicht übernahm, wurden die Stätten der aufblühenden Großindustrie, begünstigt durch den starken Zuzug an Arbeitern, mehr und mehr zum Brennpunkt der sozialen Bewegungen. Es hatte sich gezeigt, daß in der Gruppe von Städten, die bereits damals London bildeten, eine Vereinheitlichung der Bestrebungen der Arbeiter nicht durchführbar war. Auch begegnete man in den Kreisen der Arbeiter, die das allgemeine Wahlrecht verlangten, den „Bürgerlichen Radikalen" in London mit Mißtrauen, weil diese, aus der Erkenntnis heraus, daß die Einführung dieses Wahlrechts in dem damaligen Augenblick zu einer verhängnisvollen Radikalisierung des Parlaments führen müßte, für eine stufenweise Entwicklung zu diesem Ziele hin plädierten, in deren Verlauf zunächst eine Verbesserung der sozialen Verhältnisse der Arbeiter und im Zusammenhang damit eine Beruhigung der politischen Lage angestrebt werden sollte.

Somit gelang es der Londoner „Anti-Corn-Law-Association" nicht, sich eine genügend große Anhängerschaft zu sichern, um ihre Bestrebungen zum Ziele führen zu können. Zwei Jahre später wurde dann in Manchester eine Vereinigung gleichen Namens gegründet, deren Führung alsbald Richard Cobden übernahm und die im Jahre darauf, 1839, als „Anti-Corn-Law-League" weltbekannt wurde. Cobdens Petition an das Parlament leitete alsdann die von Peel durchgeführte Reform ein, die zur Aufhebung der Kornzölle im Jahre 1846 — dem Höhepunkt der Freihandelsbewegung — führte.

Wenn auch der Londoner „Anti-Corn-Law-Association" der Erfolg versagt blieb, so muß doch Mill und seinen Anhängern die geistige Urheberschaft der Bewegung zuerkannt werden.

III. Die Lehre Mills.

1. Produktion (Erzeugung).

a) Arbeit.

Die Bedeutung Mills für die englische Volkswirtschaftslehre liegt vor allem darin, daß er als eifrigster Verfechter der von Ricardo aufgestellten Dogmen dessen Lehre in einer auch für Laien verständlichen Form der weitesten Öffentlichkeit zugängig gemacht hat. So muß selbst Ingram, der zwar sonst Ricardo scharf bekämpft und seine Lehre in vielen Punkten ablehnt, zugeben[1]), daß James Mill in seinem Hauptwerk[2]) „das System Ricardos mit einer durchgängigen Genauigkeit, einer Gedrängtheit der Darstellung und einer Gewandtheit in der Anordnung des Stoffes wiedergibt, daß es gewissermaßen als Kunstwerk gelten kann. Die aprioristische Volkswirtschaftslehre wird hier auf ihren einfachsten Ausdruck zurückgeführt."

Die nachstehende Betrachtung soll daher auch neben der Würdigung von James Mill und seiner dogmenhistorischen Stellung in der englischen Volkswirtschaftslehre zur Vertiefung und zum weiteren Verständnis der Lehre des Klassikers Ricardo beitragen.

Mill teilt die Volkswirtschaft ein in Produktion, Distribution, Zirkulation, die er den Austausch (interchange) der Güter nennt, und Consumtion.

Der Produktion widmet er in seinem Werk den kleinsten Raum. Dies entspricht durchaus der Anschauungsweise seiner Zeit. Nachdem sich das 18. Jahrhundert unter der Führung von Adam Smith hauptsächlich mit Fragen der Produktion beschäftigt hatte, begann man im Anfang des 19. Jahrhunderts, sich vor allem mit den Fragen der Verteilung zu befassen.

Als Produktionsfaktor sieht Mill lediglich die Arbeit und das Kapital an. Die Natur als ersten Produktionsfaktor läßt

---

[1]) J. K. Ingram, Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Übersetzung von E. Roschlau, Tübingen, 1890, S. 187.

[2]) Mills Hauptwerk „Elements of Political Economy" entstand, wie Bain in seiner Mill-Biographie S. 198 berichtet, durch Verbalinstruktionen, die Mill seinem Sohn John Stuart auf Spaziergängen gab. Jeden Tag, wenn sie zu Hause angekommen waren, brachte John Stuart zu Papier, was der Vater gesagt hatte, und auf diese Weise wurde das Werk allmählich zusammengestellt. Auch die Unterhaltungen mit Ricardo mögen in Mill den Plan haben reifen lassen, ein solches Werk zu schreiben.

er zwar nicht unberücksichtigt, zieht sie aber nicht besonders in den Kreis seiner Betrachtungen, da sie ja gewissermaßen etwas Gegebenes sei; denn er argumentiert so, daß es keinen für die Konsumtion bestimmten Gegenstand gibt, der nicht durch Arbeit — im Verein mit der Natur — produziert wird. „Had every thing, desired for consumption, existed without human labour, there would have been no place for Political Economy[3])."

Arbeit ist nach ihm lediglich Bewegung, d. h. Ortsveränderung der Dinge; Mill vertritt somit die rein mechanistische Arbeitstheorie. Die zur Produktion erforderliche Arbeit setzt eine gewisse Menge von Nahrungsmitteln und von anderen, für die Produktion erforderlichen Dingen, den Rohstoffen und Werkzeugen, voraus, die das Kapital bilden.

Die Arbeit erfolgt bei Mill im Sinne Ad. Smiths nach den Prinzipien der Arbeitsteilung und der Arbeitsgemeinschaft, je nachdem die Operationen, die einander hinderlich sein können, von einzelnen ausgeführt werden, oder solche Operationen, die sich in irgend einer Weise ergänzen, miteinander vereinigt werden. Bei der Arbeitsteilung schwebt ihm lediglich der Gedanke der Arbeitszerlegung vor, indem er dafür eintritt, jedem Arbeiter so wenig Operationen wie möglich im Interesse einer höchsten Geschicklichkeit zuzuweisen; gleichzeitig redet er der Massen- und Spezialproduktion als der rentabelsten das Wort. Die Arbeit an sich bezeichnet er als „unmittelbare" Arbeit (immediate, or primary labour)[4]), während er das Ergebnis früherer Arbeit, das zum Begriff „Kapital" überleitet, „angesammelte" Arbeit (hoarded, or secondary labour)[5]) nennt. — Wir würden heute „vorgetane" Arbeit oder „produzierte Produktionsmittel" sagen.

b) Kapital.

Kapital sind nach Mill zunächst die Werkzeuge und Mittel, deren sich die Arbeiter zur Erzeugung von Gütern bedienen. Weiter stellen die durch Arbeit und Werkzeuge hervorgebrachten Güter Kapital dar; hierunter fällt auch der Lohn. — Wenn Mill es auch nicht direkt ausspricht, so will er doch offenbar damit sagen, daß der Lohn in dem erzeugten

[3]) J. Mill, Elements of Political Economy, London, 1826, S. 2.
[4]) ebenda, S. 105.
[5]) ebenda, S. 101, 105.

Gut bzw. Produktionsmittel enthalten ist, d. h. den Anteil des Arbeiters an dem Ergebnis der Güterproduktion darstellt. Aus seinen späteren Ausführungen geht dies im übrigen deutlicher hervor. In gewissem Sinne fällt nach Mill somit die Arbeit selbst unter den Begriff des Kapitals. — Da Kapital im allgemeinen etwas zum Zwecke späterer Verwendung Produziertes darstellt, so verbindet sich mit ihm ohne weiteres der Begriff des Sparens; es gibt also kein Kapital ohne Sparen.

Arbeit und Kapital können nun entweder in der Hand eines einzelnen vereinigt sein, oder der eine (capitalist) liefert das Kapital und der zweite die Arbeit, womit die Begriffe des „Kapitalisten" bzw. Unternehmers und des „Arbeiters" gegeben sind. Hierbei verkauft der letztere seine Arbeit an den Kapitalisten um den Preis des Lohnes.

Die Trennung zwischen „Kapitalisten" und „Arbeitern" ist hier aber offenbar zu scharf vorgenommen, da der Begriff des gleichfalls arbeitenden Kapitalisten nicht in Betracht gezogen ist. Andererseits darf der Begriff „Kapitalist" nicht zu eng aufgefaßt werden, und es entspricht durchaus der Denkweise Mills, wenn man das von ihm stets gebrauchte Wort „capitalist" mit „Unternehmer" übersetzt.

Solche Güter, die für längere Zeit ohne merkliche Abnutzung dem Zwecke der Produktion dienen, wie Werkzeuge, Maschinenhäuser, Fabrikanlagen usw., nennt Mill „festgelegtes" Kapital („fixed" capital)[6]); diejenigen Güter aber, die während des Produktionsprozesses verbraucht oder irgendwie verwandelt werden, bilden nach Mill das umlaufende Kapital („circulating" capital)[7]). Mill hält es aber für richtiger, solche Güter reproduziertes Kapital („reproduced" capital)[7]) zu nennen.

Das Kapital steht in ursächlichem Zusammenhang mit dem produktiven Fleiß eines Landes; wenn dieser zunimmt, wächst das Kapital, und es vermindert sich, wenn der Fleiß abnimmt.

Im allgemeinen beteiligen sich also zwei Klassen von Menschen an der Produktion, die Arbeiter und die Kapitalisten (Unternehmer). Sobald aber der Boden noch als Werkzeug der Produktion in Frage kommt, tritt zu den beiden produzierenden Klassen noch eine dritte hinzu, und zwar die-

[6]) „Elements", S. 22.
[7]) ebenda, S. 23.

jenige der Grundbesitzer. Sämtliche drei Klassen haben ihren Anteil an den Erzeugnissen des Bodens bzw. der Produktion überhaupt; der den Grundbesitzern hierbei zufallende Anteil ist die Grundrente.

2. Distribution (Verteilung).

a) Grundrente.

Mit der Untersuchung des Begriffs „Grundrente" leitet Mill den zweiten Hauptabschnitt, die Distribution, ein und geht zunächst im Sinne Ricardos davon aus, daß man ursprünglich nur die fruchtbarsten Böden zur Bebauung herangezogen hat, die als Grundstücke erster Güte bezeichnet werden mögen, unter der Voraussetzung, daß sie bei Aufwendung eines bestimmten Kapitals alle den gleichen Ertrag liefern. Wenn in einem Boden mehr Kapital angelegt wird, so liefert er auch höhere Erträge, doch ist die Ertragssteigerung nur bis zu einem gewissen Punkte möglich, nach dessen Erreichung jedes weitere, in dem Boden investierte Kapital ohne besonderen Vorteil verwendet werden würde.

Wir erkennen hier die Grundzüge des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag und die Feststellung, daß es ein wirtschaftliches Optimum, d. h. einen Punkt gibt, an dem es sich nicht mehr verlohnt, noch mehr Kapital in dem Boden anzulegen.

Solange nur Böden erster Qualität zur Bebauung herangezogen werden, gibt es noch keine Grundrente; auch der bei Verpachtung an den Eigentümer zu entrichtende Pachtzins stellt keine Grundrente dar, sondern ist Kapitalzins.

Mill geht dann dazu über, die Bebauung weniger fruchtbarer Böden, die sich etwa infolge zunehmender Bevölkerung oder Verringerung der Nahrungsmittel als notwendig erweist, in Betracht zu ziehen. Hierbei stellt er zunächst die These auf, daß Grundstücke, die nichts hervorbringen, auch nicht als Eigentum begehrt werden. — Dieser Standpunkt, bei dem die in dem Fortschritt der Technik liegenden Möglichkeiten, aus bisher unergiebigen Böden Erträge zu erzielen, unberücksichtigt sind, wird in neuerer Zeit wohl nicht mehr anerkannt, denn wir sehen, wie sich Nationen bemühen, selbst Einöden, Wüsten und Polargegenden ihrem Reiche als Kolonialbesitz einzuverleiben.

Sobald Böden zweiter Qualität herangezogen werden, entsteht die Frage, ob es rentabler ist, auf Böden erster Qualität neues Kapital weniger produktiv oder dieses Kapital auf Böden zweiter Güte anzulegen. Zum Begriff der Grundrente kommt Mill nun wie folgt: Einem Pächter, der die Möglichkeit hat, ein bestimmtes Kapital entweder für die Bebauung eines Bodens zweiter Qualität, das ihm beispielsweise einen Ertrag von 100 Zentnern Getreide liefert, oder auf einem Boden erster Qualität, das 120 Zentner liefert, anzulegen, wird es gleichgültig sein, wenn er im zweiten Falle den Überschuß von 20 Ztr. an den Grundbesitzer abführen muß. Diese Abgabe ist die Grundrente, und sie stellt somit den Unterschied zwischen dem Ertrag der Böden zweiter Qualität und demjenigen erster Qualität dar.

Eine Grundrente wird ferner erzielt, sobald auf einem Boden verschiedene Kapitalien angelegt werden; der ursprüngliche, mit dem ersten Kapital erzielte Ertrag wird alsdann für den Grundbesitzer die Basis für die Berechnung der Grundrente bilden, und zwar wird sie jeweils die Differenz betragen zwischen dem ersten und jedem weiteren, infolge eines neu angelegten Kapitals erzielten Ertrag. Da die Erträge bei jedem auf dem gleichen Boden neu angelegten Kapital — im Sinne des Gesetzes vom abnehmenden Bodenertrag — immer geringer werden, steigt die Grundrente in dem Verhältnis, als die Wirksamkeit (productive power) der auf einem Boden angelegten verschiedenen Kapitalien geringer wird.

Werden nun Böden dritter Qualität herangezogen, die einen noch geringeren Ertrag liefern als die Böden zweiter und besonders als diejenigen erster Qualität, so erzielen die Böden zweiter Qualität, die bisher keine Grundrente abwarfen, nunmehr eine solche, und die Grundrente der Böden erster Qualität erhöht sich entsprechend.

Grundrente, ganz allgemein, ist also der Unterschied zwischen dem Ertrag des mit der größten Wirksamkeit und demjenigen des mit der geringsten Rentabilität auf Böden angelegten Kapitals.

Wenn Mill sich auch zum Teil — wie bereits angedeutet — an die Gedankengänge Ricardos anlehnt, so unterscheidet sich seine Version des Rentenbegriffes doch insofern von derjenigen Ricardos, als dieser die Definition der Rente von vornherein so gefaßt wissen möchte, daß sie den Teil der Bodenerzeugnisse darstellt, der dem Grundbesitzer für die Be-

nutzung der ursprünglichen und unzerstörbaren Kräfte des Bodens bezahlt wird[8]). Erst bei Erörterung des Falles, in dem die Frage der Investierung eines neuen Kapitals auf Böden erster Qualität oder die Inangriffnahme bisher unbebauter Böden zur Diskussion steht, wobei Ricardo als Rente den Unterschied zwischen den Reinerträgen gleicher Mengen von Kapital und Arbeit in ihrer Anwendung auf den Boden bezeichnet, nähert sich seine Definition der später von Mill aufgestellten Fassung. Im übrigen ist bei Mill besonders beachtenswert, wie sich zwangsläufig aus den Betrachtungen des Problems von den verschiedenen Gesichtspunkten aus die oben angegebene endgültige Definition scharf herauskristallisiert.

Mill sowohl als auch Ricardo stehen jedenfalls in ihrer Ansicht über die Grundrente im Gegensatz zu Smith, der sich auf den Standpunkt stellt, daß jeder Boden eine Grundrente abwirft und diese in direkter Beziehung zu dem Ertrag und den Preisen der Erzeugnisse des Bodens steht bzw. diese Faktoren von der Rente beeinflußt werden.

Ludwig Heinrich von Jakob (1759—1827) hat zu der ersten Ausgabe von Mills „Elements of Political Economy" aus dem Jahre 1821, die sein Sohn Adolf Ludwig von Jakob 1824 ins Deutsche übersetzt hat[9]), Zusätze geliefert, die der erwähnten Übersetzung angefügt sind und in denen er zu einzelnen Thesen Mills kritisch Stellung nimmt.

In dem obigen Zusammenhang bestreitet L. H. von Jakob (Zusätze I) u. a., daß ein Kapital, das entweder auf ein schlechtes Stück Land oder als zweites Kapital auf ein Land erster Güte angelegt wird, weniger Produkte hervorbringe; es könne zwar eine geringere Ernte liefern, brauche deshalb aber nicht ein geringeres Produkt abzuwerfen, vielmehr könne dies sogar größer sein.

[8]) Vergl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London, 1911, S. 44 und 46.

[9]) In dem Handwörterbuch der Staatswissenschaften (s. 4. Aufl., S. 582) ist angegeben, daß diese deutsche Übersetzung, die übrigens die einzige ist, von Hans v. Jakob stammt. Gemeint ist hiermit offenbar der bekannte Philosoph und Anhänger Kants, der Staatsrat L. H. von Jakob, Professor an der Universität zu Halle. Tatsächlich hat aber sein Sohn, Adolf Ludwig von Jakob, Mills Hauptwerk übersetzt. — Der vorliegenden Abhandlung wurde die 3. Ausgabe (1826) Mills, d. h. die letzte, von der keine deutsche Übersetzung vorhanden ist und die z. T. erheblich von den beiden ersten Ausgaben abweicht bzw. stark ergänzt ist, zugrunde gelegt.

Es mag zugegeben werden, daß dies vielleicht bei Aufwendung eines zweiten oder gar auch noch eines dritten Kapitals zutrifft. Schließlich aber wird nach dem Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag einmal ein Punkt erreicht, über den hinaus eine Steigerung der Produktion nicht mehr möglich ist, und nach Erreichung dieses wirtschaftlichen Optimums müssen alle weiteren in dem Boden angelegten Kapitalien geringere Erträge liefern. In diesem Sinne ist die These Mills aufzufassen, und sie kann daher durchaus als richtig angesehen werden.

b) Lohn- und Bevölkerungsproblem.

Mill geht dann über auf den Anteil, den der Arbeiter an der Produktion hat, d. h. den Arbeitslohn.

Auf der höheren Stufe der Zivilisation sind, wie Mill bemerkt, Arbeiter und Eigentümer des Kapitals meist verschiedene Personen. Dem Arbeiter werden die Rohstoffe und Werkzeuge von dem Kapitalisten (i. e. Unternehmer) zur Verfügung gestellt. Das Erzeugnis der Arbeit gehört an sich dem Unternehmer und dem Arbeiter gemeinsam und muß entweder selbst — was in den seltensten Fällen möglich oder angängig ist — oder seinem Werte nach unter beiden verteilt werden. Mill bringt hier bereits den Begriff des Wertes, auf den jedoch später noch des näheren eingegangen werden wird. In der Praxis verhält es sich nach Mill im allgemeinen so, daß der Arbeiter, wie bereits oben bei der Betrachtung des Kapitalbegriffes angedeutet, den ihm an dem Erzeugnis gebührenden Anteil in Form des Arbeitslohnes im voraus erhält; er ist damit gleichzeitig jeden Risikos (delay and uncertainties) enthoben. Nachdem der Arbeiter seinen Lohn erhalten hat, gehört das erzeugte Gut ausschließlich dem Unternehmer, der den Anteil des Arbeiters gekauft und im voraus bezahlt hat.

Wovon hängt nun der Lohn des Arbeiters ab bzw. nach welchem Verhältnis werden die Güter oder deren Wert unter ihm und dem Unternehmer geteilt? Hier stellt Mill folgende These auf: Der Arbeitslohn wird einmal durch das Verhältnis zwischen der Masse der Arbeiter und dem Umfang ihrer Beschäftigung oder mit anderen Worten durch das Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem vorhandenen Kapital bestimmt.

Ferner sagt Mill: So groß der Anteil des Arbeiters an dem erzeugten Gut ist, so groß ist sein Arbeitslohn und umgekehrt,

wobei die Regulierung des Anteils des Arbeiters und des Unternehmers an dem erzeugten Gut der Verständigung der beiden Parteien untereinander überlassen bleibt. Die Bedingungen hierfür werden jedoch nach Mill, sofern Handelsfreiheit besteht, durch die Konkurrenz, d. h. durch das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, bestimmt.

Wenn nun bei gleichbleibendem Kapital und gleichbleibender Güterproduktion die Zahl der Arbeiter — also das Arbeitsangebot — steigt, so wird der Lohn — wie Mill folgert — sinken, weil die bislang nicht beschäftigten Arbeiter, um ebenfalls Beschäftigung zu erlangen, ihre Arbeitskraft zu billigeren Preisen anbieten. Vergrößert sich hingegen das Kapital, d. h. haben die Unternehmer einen Überfluß an diesem, das sie nutzbar anlegen möchten, besitzen sie also mehr Mittel, um Arbeiter zu beschäftigen, so bedürfen sie hierzu einer größeren Anzahl von Arbeitern; sie müssen daher, um diese anzulocken, bzw. um die bei ihnen bereits Beschäftigten festzuhalten, höhere Löhne bezahlen.

„It thus appears that, if population increases, without an increase of capital, wages fall; and that, if capital increases, without an increase of population, wages rise[10])."

In der Betrachtung des Lohnproblems stimmen Mill und Ricardo zunächst insofern überein, als sie beide der Ansicht sind, daß der Lohn von dem Angebot und der Nachfrage der Arbeit — in Verbindung mit der Bevölkerung — bestimmt wird. Ricardo geht aber hier noch einen Schritt weiter als Mill, indem er sowohl den natürlichen als auch den Marktpreis der Arbeit in Betracht zieht. Unter dem erstgenannten versteht Ricardo den Lohn, der dem Arbeiter gerade das Existenzminimum sichert, während der Marktpreis derjenige ist, der nach der Wirksamkeit des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage tatsächlich bezahlt wird. Ist der Marktpreis höher als der natürliche, so ist dies ein Zeichen des Wohlstandes und umgekehrt[11]). Mill kennt diese beiden Begriffe nicht, sondern reduziert die Gestaltung des Lohnes auf die einfachere Formel, daß sie nämlich von der Vereinbarung zwischen Unternehmer und Arbeiter abhängig ist.

Während weiter Mill den zweiten ins Gewicht fallenden Faktor, das Kapital — ebenfalls im Zusammenhang mit der

[10]) „Elements", S. 43.
[11]) Vgl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London, 1911, S. 71.

Bevölkerung — für ein Steigen oder Fallen des Lohnes verantwortlich macht, ist Ricardo der Ansicht, daß auch noch der Preis der Güter den Lohn beeinflußt. Wenn die Bevölkerung zunimmt, so steigen nach Ricardo die Preise für die Lebensbedürfnisse, weil zu ihrer Hervorbringung mehr Arbeit erforderlich ist. Als Folge davon wird zwar auch eine gewisse Lohnsteigerung eintreten, doch nicht eine solche, die hoch genug wäre, um den Arbeiter in den Stand zu setzen, sich ebensoviel Güter zu beschaffen wie vorher, so daß also bei zunehmender Bevölkerung die Löhne sinken. — Mill hält jedenfalls, ohne auf die Frage der Preisgestaltung der Güter in diesem Zusammenhang näher einzugehen, streng daran fest, daß ausschließlich die Kapitalbildung von maßgebendem Einfluß auf den Lohn ist.

Mit der Lohnfrage rollt Mill das Bevölkerungsproblem auf, das Malthus in seinem „Essay on Population" (1798) eingehend behandelt hat. Mill stellt hierbei die These auf, daß die Bevölkerung die Tendenz habe, sich schneller zu vermehren als das Kapital, und zwar als das zur Produktion erforderliche Kapital. Hier tritt also ein beachtenswerter Unterschied zu der Lehre von Malthus zutage. Malthus sagt bekanntlich, daß die Bevölkerung in geometrischer Reihe (1, 2, 4, 8, 16 u. s. f.) wächst, während die Unterhaltsmittel, d. h. die Mittel, durch die sich die Bevölkerung erhält, also die Güter, sich nur in arithmetischer Reihe (1, 2, 3, 4, 5 u. s. f.) vermehren. Nach Mill kommt es aber nicht auf die produzierten Güter an, sondern, wie er ausdrücklich sagt und wie es auch aus seiner vorher entwickelten Lohntheorie folgt, auf das Kapital, also auf die Produktionsmittel, die erst die Möglichkeit für die Beschäftigung der Arbeiter und damit für die Schaffung des Lohnes geben. Wenn das Kapital fehlt, können auch keine Leute beschäftigt und keine Güter produziert werden, weil das Kapital die Voraussetzung für die Produktion ist; andererseits aber ist das Kapital auch Ergebnis der Produktion, das den Lohn liefert.

Die Gedankengänge Mills bewegen sich also in folgender Richtung: Die Frage der Beschaffung von Gütern ist an sich nicht das Ausschlaggebende, sondern es kommt vielmehr darauf an, die Kapitalmasse im gleichen Verhältnis zur Bevölkerungszunahme zu vergrößern, damit der Lohn (Lohnfond) nicht verringert wird und die Arbeiter im gleichen Umfange wie bisher in der Lage sind, sich mit ihrem Lohn die zu ihrer Erhaltung nötigen Güter zu beschaffen.

Mill und Malthus kommen somit praktisch zwar zu dem gleichen Resultat, immerhin ist der Unterschied in den Gedankengängen Mills sehr bemerkenswert, zumal er konsequent an seinen Überlegungen festhält[12]).

Bei der weiteren Kritik des Bevölkerungsproblems untersucht Mill nun, wieso die Bevölkerung die Tendenz habe, schneller anzuwachsen als das Kapital, und ob eine entsprechende Vergrößerung der Kapitalmassen durch irgendwelche Umstände verhindert wird. Hier kommt er zu dem Schluß, daß die Volksmenge aus rein biologischen Gründen, d. h. der natürlichen Beschaffenheit der Frau, zu einer schnelleren Vermehrung neigt. Bei Annahme einer Geburtsfähigkeit von etwa 20 Jahren der Frau, wobei alle Behinderungen irgendwelcher Art in Rechnung gestellt sind, und unter Berücksichtigung der Kindersterblichkeit rechnet Mill mit 5 Nachkommen aus jeder Familie; er folgert daraus, daß sich die Bevölkerung innerhalb kurzer Zeit verdoppelt. Wenn sich nun das Kapital im gleichen Verhältnis vermehrt, so müßten für jeden Menschen, sobald er als Arbeiter in den Produktionskreis eingeschaltet wird, sogleich die Mittel, ihn zu beschäftigen und zu ernähren, geschaffen werden. Dies ist aber, wenn man die Quellen einer jeden Kapitalsvergrößerung untersucht, nicht anzunehmen.

Eine Vergrößerung des Kapitals wird nach Mill außer durch Arbeit noch durch „saving", also Sparen, erzielt.

Mill untersucht nun im einzelnen die Möglichkeiten des Sparens bei den verschiedenen Volksschichten: den Reichen, den Mittelbegüterten und den Arbeitern. Hier kommt er allerdings zu einem Schluß, der nicht ganz einleuchten kann. Er ist nämlich der Ansicht, daß die Reichen keinen starken Antrieb zum Sparen zeigen, sondern daß der Besitz eines großen Vermögens im allgemeinen zu unmittelbarem Verbrauch anreizt. Wenn dies vielleicht auch bei einer größeren Anzahl von Reichen zutreffen mag, so muß man im Gegensatz zu Mills Ansicht doch annehmen, daß auch bei den Reichen die Tendenz zum Sparen besteht; andererseits ist reich auch ein sehr relativer Begriff.

---

[12]) In seinen im „Supplement to the Encyclopaedia Britannica" veröffentlichten Artikeln „Banks for Savings" (Vol. II, S. 93) und „Colony" (Vol. III, S. 260) sowie in seiner Schrift „An Essay of the Impolicy of a Bounty...", S. 23, die er vor seinem Hauptwerk schrieb, vertritt er noch ausschließlich die Ansicht von Malthus, indem er sich auf dessen These bezieht.

Schon eher kann man seiner Behauptung, die jedoch v. Jakob in seinen Zusätzen ablehnt, beipflichten, daß bei den Volksschichten, die gerade ihren Unterhalt bestreiten können, die Möglichkeit zum Sparen recht gering ist. Immerhin aber unterscheidet Mill auch hier zwei Klassen, von denen die eine aufgrund ihrer Vernunft fähig ist, einem gegenwärtigen Genuß im Hinblick auf einen zukünftigen zu entsagen, während die zweite selten dem Reiz des unmittelbaren Genusses widerstehen kann.

Bei den mittelbegüterten Schichten sind nach Mill im allgemeinen zwei Beweggründe zum Sparen vorhanden, nämlich der Wunsch, durch Ansammlung von Reichtum zu Ansehen und somit zu Einfluß auf die Mitmenschen zu gelangen und ferner, für die Kinder zu sorgen. Der erste Beweggrund darf aber trotzdem nicht als zu hoch veranschlagt werden. Was nun den Wunsch betrifft, Ersparnisse für die Versorgung der Kinder zu machen, so ist Mill der Ansicht, daß jemand, der für sich selbst mit mäßigen Glücksumständen zufrieden ist, auch für seine Kinder nicht mehr verlangen wird; das Vermögen, welches er für sie wünscht, braucht daher nicht beträchtlicher zu sein als das seinige.

Wenn man dieser Ansicht vielleicht auch nicht ganz zustimmen kann, da im allgemeinen gerade bei den Mittelbegüterten der Wunsch vorherrscht, daß es die Kinder einmal besser haben sollen, so spricht — rein theoretisch genommen — die Annahme Mills doch für eine Kapitalvermehrung; denn er geht ja von der Voraussetzung aus, daß eine Familie im Durchschnitt 5 Kinder hat, denen allen die Eltern mindestens die gleichen Lebensbedingungen, unter denen sie leben, zu verschaffen bestrebt sind. Daß auf diese Weise wenigstens eine gewisse Kapitalvermehrung stattfindet, muß er schließlich doch zugeben: „To this extent the desire of making a provision for children might be expected to be very general, and it would ensure a certain moderate increase of capital[13])."

L. H. von Jakob rügt in seinen Zusätzen (II) die Ansicht Mills, daß Kapital nur durch Sparen entsteht. Er weist dabei darauf hin, daß z. B. Großhändler mit ihrem Kapital noch Hunderttausende gewinnen und daß Kaufleute und Fabrikanten das, was sie jährlich über ihren Aufwand hinaus erzielen, nicht als Ersparnisse ansehen. Dergleichen „Überflüsse" werden in der Regel hauptsächlich zur Erweiterung der Geschäfte

[13]) „Elements", S. 55.

und zur Vergrößerung der Handels- und Fabrikhäuser verwendet. — Damit geht v. Jakob aber schon über das Ziel hinaus. Die „Überflüsse" sind eben nichts anderes als im volkswirtschaftlichen Sinne „Erspartes". Eine andere Frage ist es allerdings, ob diese Ersparnisse bzw. diese Überschüsse sofort zur Vergrößerung von Fabrikanlagen und dergleichen verwendet, also zur Bildung von neuem Kapital gebraucht werden oder ob man sie zunächst „spart", um sie später solchen Zwecken zuzuführen. Davon spricht Mill aber gar nicht, sondern er untersucht hier lediglich die Möglichkeit des Sparens. Abgesehen hiervon behauptet Mill ja gar nicht, daß Kapital nur durch Sparen entsteht.

Zu dem Sparproblem an sich nimmt Mill noch weiter ausführlich Stellung in seinem in dem „Supplement to the Encyclopaedia Britannica" abgedruckten Artikel „Banks for Savings", in dem er die Vorzüge der Sparkassen schildert.

Während nach Mill die Tendenz der Volksmenge zur Vermehrung jederzeit — unter Voraussetzung ebenso günstiger Umstände — gleichförmig ist, wird das Anwachsen des Kapitals immer schwieriger, bis am Ende jede weitere Vergrößerung unmöglich wird. Zum Beweis hierfür führt Mill wieder das Gesetz der Grundrente an, nach dem jedes weitere in gleichen Böden oder jedes neue in schlechteren Böden angelegte Kapital notwendigerweise ein geringeres Produkt liefern und somit die Möglichkeit zum Sparen sich fortwährend verringern muß, bis sie am Ende ganz verschwindet.

Auch diese Folgerungen bestreitet L. H. von Jakob in seinen Zusätzen (II) mit der Begründung, daß, sofern eine Verminderung der Kapitalgewinne durch ihre rasche Vermehrung eintritt, zwar prozentual nicht mehr soviel gespart werden kann, daß aber dieser Sparverlust reichlich wettgemacht wird durch den erzielten Kapitalzuwachs. In Ergänzung seines gegen die Rententheorie Mills erhobenen Einwandes, daß zwar die Rente sich bei weiterer Anlage von Kapital auf gleich gute oder schlechtere Böden verringert, das Produkt aber trotzdem größer sein und einer größeren Bevölkerung Existenzmittel geben könne, macht er Mill dann weiter den Vorwurf, den Begriff der Rente überhaupt falsch definiert zu haben.

„Rente definiert der Verfasser (Mill)", so sagt v. Jakob[14]), „als denjenigen Teil des Produktes eines Grundstückes, der

[14]) Zusätze II, S. 411.

nach Abzug der Erzeugungskosten übrig bleibt. Diese Definition ist richtig, wenn unter Erzeugungskosten die schlechterdings notwendigen Ursachen des Produktes verstanden werden. Zu diesen Ursachen gehört nun zwar der Arbeitslohn, aber doch nur ein so großer, als nötig ist, die arbeitende Klasse beim Leben und bei ihren Arbeitskräften zu erhalten. Beträgt aber der Arbeitslohn mehr, was öfter der Fall ist, so ist der Überschuß über dieses Notwendige der Rente vollkommen gleich."

Hierzu ist zunächst zu sagen, daß nicht Mill, sondern v. Jakob selbst eine Begriffsverschiebung in bezug auf den Ausdruck „Rente" vornimmt. Die von L. H. von Jakob angeführte Definition, daß die Rente derjenige Teil der Produktion eines Grundstückes sei, der nach Abzug der Erzeugungskosten übrig bleibe, entspricht der Auslegung, die die Physiokraten dem Begriff „Rente" gegeben haben (produit net). Die Mill'sche Definition, die sich mit der klassischen Rententheorie deckt, nennt „Rente" den Unterschied zwischen dem Ertrag verschiedener Böden. Nach v. Jakob würden alle Böden, also auch solche erster Güte, selbst wenn noch keine Länder zweiter Güte bebaut worden sind, eine Rente abwerfen. Mill aber sagt — wie wir gesehen haben — ausdrücklich, daß, solange nur Böden erster Qualität bebaut werden, eine Rente noch nicht existiert; das, was den Bebauern von Böden erster Qualität als Überschuß verbleibt, ist nach Mill nicht „Rente", sondern „Kapitalzins", oder, wie wir heute sagen würden, „Residualeinkommen".

L. H. von Jakob sagt weiter, daß ein Teil der Rente in dem Arbeitslohn investiert sein, d. h. auf diesen übergehen kann, sofern der Lohn das Existenzminimum des Arbeiters übersteige. — Auch diese Auffassung steht im Widerspruch zu der klassischen Rententheorie, nach der eine Rente überhaupt nur für den Bebauer des Bodens in Frage kommt, während das, was der Arbeiter für sich aus seinem Lohn erübrigt, nicht als Rente bezeichnet wird.

Was den weiteren, von L. H. von Jakob bezüglich der Verminderung der Sparmöglichkeit erhobenen Einwand betrifft, so kann man ihm insofern Recht geben, als diese zwar absolut zunimmt; relativ aber geht sie unbedingt zurück und hört schließlich einmal ganz auf, wenn man sich die Folgerung Mills immer weiter fortgesetzt denkt, und in dieser Hinsicht ist sie als durchaus richtig anzusehen.

Jedenfalls kommt Mill zu dem Schluß, daß die Bevölkerung zu schnellerer Vermehrung neigt als das Kapital.

Im folgenden untersucht er nun, welches die Mittel sind, die man für eine raschere Vermehrung des Kapitals anwenden könnte, und ob sie geeignet sind, den gewünschten Erfolg zu erzielen.

Hierbei zieht er zunächst in Erwägung, ob Aufwandsgesetze vielleicht zur Vermehrung des Kapitals beitragen könnten. Danach wären also von der Regierung Verbote des Verbrauchs von Gütern über ein bestimmtes Maß hinaus zu erlassen. Die direkte Beeinflussung des Konsums durch den Gesetzgeber ist aber für Mill mit solchen Schwierigkeiten im Hinblick auf die Einmischung der Behörden in die Angelegenheiten des häuslichen Lebens verknüpft, daß ihm derartige Gesetze nicht diskutabel erscheinen.

Erfolgversprechender würde nach Mill die Einführung einer Einkommensteuer sein. Das dadurch erhaltene Kapital sollte entweder an Unternehmer gegen Zinsen und Sicherheit zum Ausbau ihrer Betriebe gegeben werden, oder die Regierung selbst sollte sich mit der Anlegung des Kapitals befassen. Zeige der Arbeitslohn alsdann eine Neigung zum Sinken, so müßte die Einkommensteuer erhöht werden. Stiegen dagegen die Löhne höher, als notwendig wäre, um die Arbeiter in der für sie als angemessen befundenen Lage zu erhalten, so könnte jene Steuer ermäßigt werden.

Dem Plane Mills, durch eine Einkommensteuer Kapital anzusammeln, kann man wohl nur für den Fall zustimmen, daß der Staat genügend Mittel zur Verfügung hat, um seine laufenden Ausgaben zu bestreiten. In diesem Sinne ist wohl auch sein Vorschlag aufzufassen, weil man zu seiner Zeit — trotz vorübergehender Erhebung einer Einkommensteuer — noch nicht ernstlich an ihre dauernde Einführung zum Zwecke der Finanzierung des öffentlichen Haushalts dachte. Die Hauptquelle für diesen stellten damals immer noch die Kornzölle dar, nach deren Beseitigung im Jahre 1846 Peel, um einen Ersatz für den dadurch dem Staate entstandenen Ausfall zu schaffen, die Einkommensteuer endgültig einführte. — Der Gedanke, daß sich die Regierung selbst mit der Anlage von Kapital befassen sollte, ist aber abzulehnen, weil dadurch die Privatwirtschaft gestört werden würde. Weiter würden dem Staate, sofern er selbst als Kreditgeber auftritt, abgesehen von dem damit verbundenen Risiko, untragbare Aufgaben zufallen.

Der Anregung Mills, eine Steuererhöhung zwecks staatlicher Kapitalbildung eintreten zu lassen, falls die Löhne die Neigung zum Sinken haben, liegt offenbar die Erwägung zugrunde, daß die Unternehmer durch die ihnen aus gesteigertem Konsum (Luxus) entstandene Einbuße vielleicht veranlaßt werden könnten, die Löhne herunterzusetzen. Um dies zu verhindern, bzw. um einen Druck in dieser Hinsicht auf die Unternehmer auszuüben, sollte daher die Steuer erhöht werden. Umgekehrt aber, d. h. sofern die Löhne die Tendenz zum Steigen haben, könnte man die Steuer ermäßigen, selbst wenn auf diese Weise die von der Regierung geplante Kapitalansammlung eine Verringerung erfährt, weil auf der anderen Seite die Arbeiter aufgrund der verbesserten Löhne in die Lage versetzt werden, von sich aus Ersparnisse zu machen und so selbst zur Kapitalbildung beizutragen.

Aus der zwangsweisen Anhäufung von Kapitalien zieht Mill alsdann folgende Schlüsse:

Die erste Folge wäre zwar zunächst, daß sich der Nahrungsmittelspielraum erweiterte und die Bevölkerung zunähme. Gleichzeitig aber ergäbe sich die Notwendigkeit, die Kapitalien auch in weniger ergiebigen Unternehmungen bzw. Ländereien oder auf denselben Grundstücken mit immer mehr abnehmendem Erfolg anzulegen. Infolgedessen würde sich, wie wir oben gesehen haben, der Kapitalzins und somit das Einkommen der Unternehmer verringern. Da auch die Löhne demzufolge nicht steigen könnten — während die Bevölkerung zunimmt — würde das Lebensniveau der Arbeiter und Unternehmer beträchtlich sinken, die Grundrente aber andererseits sich ständig erhöhen. Auf diese Weise könnte der Fall eintreten, daß entweder der Grundbesitz in die Hände einer kleinen Anzahl von sehr vermögenden Leuten überginge, weil nur diese noch die Mittel zum Ankauf von Boden zur Verfügung haben, oder es bestände die Gefahr, daß der Grundbesitz in zahllose kleine Teile zerfalle, weil durch die Wertsteigerung die Grundbesitzer zum Verkauf angereizt werden würden und infolge der verminderten Kaufkraft der anderen Schichten der Bevölkerung die Käufer nicht die Mittel zum Erwerb größerer Ländereien besitzen. Beide Stadien sind aber nach Mills Ansicht für die Volkswirtschaft von Nachteil, der letztere Fall besonders deswegen, weil eintretende Krisen alsdann eine allgemeine Not verursachen würden.

Der idealste Zustand ist nach Mill derjenige, bei dem eine ziemlich große Mittelschicht von mäßig Begüterten vorhanden

ist; eine solche böte auch die beste Gewähr für die Heranbildung von Männern des Wissens, von Gesetzgebern, Richtern, Lehrern, Erfindern, Forschern, leitenden Unternehmern und überhaupt von Führern, deren ein Volk bedarf, um sich in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht immer weiter entwickeln zu können.

Eine zwangsweise Ansammlung von Kapital durch Erhebung einer Einkommensteuer über ein gewisses Maß hinaus lehnt Mill ab, weil sie zu tiefe Eingriffe in die Privatwirtschaft nach sich ziehen, produktionshemmend wirken und darüber hinaus das Interesse an einem Aufstieg unterbinden würde. Nur wenn sich die Verteilung der Güter ungehindert in freier Wirtschaft vollzieht, kann die menschliche Gesellschaft den Punkt erreichen, bei dem die größtmögliche Anzahl von Individuen das höchstmögliche Glück erlangt.

Jedenfalls kommt Mill zu der Ansicht, daß die Mittel, die angewendet werden, um eine schnellere Vermehrung des Kapitals zu erzwingen, als dies bei dem natürlichen Verlauf der Dinge zu erwarten ist, keine Vorteile bieten.

Ricardo betrachtet das Problem von anderen Gesichtspunkten aus. Nach seiner Ansicht ist es in hochkultivierten Ländern durchaus möglich, daß das Kapital infolge des technischen Fortschritts in schnellerem Maße vergrößert werden kann, als die Bevölkerung zunimmt[15]). Andererseits ist bei dieser Frage zu unterscheiden zwischen Ländern, in denen noch unbebauter Boden vorhanden ist und solchen, in denen kein unbebautes Land mehr zur Verfügung steht. Bei den erstgenannten ist an sich keine Gefahr vorhanden, des Bevölkerungsproblems nicht Herr zu werden; bei den letzteren aber sollte mit allen Mitteln nach einer Erhöhung der Lebenshaltung aller Bevölkerungsschichten gestrebt werden, um dadurch die Produktion anzuregen und zu erweitern. Mill beschränkt sich in diesem Punkte nur darauf zu empfehlen, daß dort, wo das Volk sich in einem wohlhabenden Zustande befindet, Maßregeln ergriffen werden sollten, durch die das Anwachsen des Kapitals im gleichen Verhältnis zu der Zunahme der Bevölkerung sichergestellt wird.

c) Kapitalgewinn.

Mill geht alsdann über zu der dritten Art von Einkommen, dem Kapitalgewinn oder Kapitalzins, der neben der Grund-

[15]) Vgl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London, 1911, S. 75.

rente und dem Arbeitslohn Anteil an dem jährlichen Produkt hat.

Der dem Kapitalisten oder, besser gesagt, dem Unternehmer aus der Produktion zufallende Teil ist nach Mill der Kapitalgewinn bzw. Kapitalzins (profit of stocks). Dieser stellt den Teil von Produkten dar, den der Unternehmer als Entgelt bzw. Schadloshaltung für eine bestimmte von ihm gelieferte Menge an Konsumtions- und Produktionsmitteln erhält; er ist auch in Geldwert meßbar.

Ein Kapital bringt nach Mill nur dann einen „Kapital"gewinn, wenn es nicht in Böden angelegt wird, wo es dann ja eine Grundrente abwerfen könnte; denn diese ist ja erst die Wirkung, nicht die Ursache der Verminderung des Produkts, welches die Kapitalisten (Unternehmer) und Arbeiter unter sich zu teilen haben, wobei immer wieder das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag Voraussetzung ist.

Für die Untersuchung des Kapitalgewinns kann also die Grundrente ohne weiteres außer Betracht bleiben; denn dieser steht nur in ursächlichem Zusammenhang mit dem Arbeitslohn.

Da nun Kapitalist (Unternehmer) und Arbeiter sich in das Produkt zu teilen haben, so wird nach Mill der Teil des einen vermehrt, wenn sich der des anderen verringert, d. h. der Kapitalgewinn steigt, sobald der Arbeitslohn sinkt und umgekehrt. Das Verhältnis aber, nach dem Unternehmer und Arbeiter Anteil an dem jährlichen Produkt haben, hängt — wie in dem Kapitel über den Lohn ausgeführt — wiederum von der Bevölkerung und dem vorhandenen Kapital ab, wird also maßgebend von dem Faktor „Bevölkerung" beeinflußt und im engsten Zusammenhang damit von dem Lohn bestimmt, so daß also der Lohn als der Regulator für den Kapitalgewinn anzusehen ist. Andererseits ist ohne weiteres klar, daß der Kapitalgewinn von der Größe des Kapitals selbst und des jährlichen Produktes abhängig ist. „As, therefore, the profits of stock depend upon the share, which is received by its owners, of the joint produce of labour and stock; profits of stock depend upon wages; rise as wages fall, and fall as wages rise[16])."

Hierzu wäre zu bemerken, daß, wenn es sich dabei um eigenes Kapital handelt, das der Unternehmer verwendet, er als Kapitalgewinn das ansieht, was ihm vom jährlichen Pro-

[16]) „Elements", S. 71.

dukt nach Abzug der gemachten Aufwendungen übrig bleibt. Handelt es sich jedoch um fremdes Kapital, so wird in der Regel von vornherein ein fester Zinssatz vereinbart, dessen Höhe unter Berücksichtigung eines voraussichtlichen Ertrages und der zu machenden Aufwendungen bestimmt wird.

Unter dem zwischen dem Kapitalisten (Unternehmer) und dem Arbeiter zu teilenden Produkt versteht Mill, wie er ausdrücklich betont, das Nettoprodukt, das übrig bleibt, nachdem das bei der Herstellung verbrauchte Kapital ersetzt worden ist. Der Marktwert eines Produktes muß also 3 Größen umfassen: Zunächst das Kapital, das in seiner Produktion aufgegangen ist, ferner den Kapitalgewinn und schließlich den Arbeitslohn, was er an folgendem Beispiel in treffender Weise zeigt: „Thus, if in the production of a commodity, which sells for £ 100.—, capital to the amount of £ 50.— has been consumed, £ 50.— is that which is to be divided between the capitalist and labourer, as profits to the one, and wages to the other[17])."

Bei Veränderungen im Lohn sowohl als im Kapitalgewinn ist nun nach Mill zu unterscheiden, ob darunter eine Veränderung des Verhältnisses zwischen diesen beiden Faktoren oder eine Veränderung der Gütermenge gemeint ist. Im ersten Falle wird es immer zutreffen, daß der Kapitalgewinn auf Kosten des Lohnes steigt und umgekehrt, während im zweiten Fall beide auch zusammen fallen oder steigen können. Mill will damit sagen, daß Kapitalgewinn und Lohn absolut zusammen steigen oder fallen können, obwohl nur der eine Teil relativ gestiegen und der andere Teil relativ gesunken ist oder umgekehrt.

Weiter kann nach Mill von einer Änderung im Lohn und Kapitalgewinn auch in bezug auf den Wert der Güter gesprochen werden. — Mill greift hier bereits das Wertproblem auf, das er später bei dem Austausch der Güter noch näher beleuchtet. Er unterscheidet zwischen „relativem" Wert, den er den Tauschwert — „the quantity of one (commodity) which exchanges for a given quantity of another"[18]) — nennt, und dem Produktionskosten- bzw. Arbeitswert im Ricardo'schen Sinne. Spricht man nur von Tauschwert, d. h. Verfügung über eine größere oder kleinere Menge von Gütern, so bedeutet Steigen und Fallen des Lohnes eine größere oder

[17]) „Elements", S. 72.
[18]) ebenda, S. 93.

kleinere Gütermenge. In diesem Sinne kann man nicht behaupten, daß, sobald der Lohn fällt, der Gewinn steigt oder umgekehrt, weil eben durch eine Veränderung in der Produktion beide sowohl zusammen steigen als auch fallen können oder ein Teil fest bleiben kann, während der andere steigt oder fällt. — Es handelt sich hier also wieder um die oben als absolute oder relative Veränderungen ausgelegten Begriffe. — Stützt man sich jedoch auf den Arbeitswertbegriff, so bedeutet dies, daß, wenn das durch eine unveränderliche Menge von Arbeit Produzierte unter Kapitalist und Arbeiter beispielsweise hälftig geteilt wird, die beiden Hälften immer das Produkt derselben Menge von Arbeit und daher stets von gleichem Werte sein werden. In diesem Sinne trifft es alsdann immer zu, daß der Gewinn steigt, wenn der Lohn fällt und umgekehrt.

Wenn man von Kapitalgewinn spricht, so ist nach Mill noch zu beachten, daß sich dieser nicht auf das produzierte Gut, sondern auf das bei der Produktion verbrauchte Kapital einschließlich des vorgeschossenen Lohnes bezieht. Handelt es sich hierbei um „umlaufendes" Kapital, das — wie wir gesehen haben — Mill auch als „reproduziertes" Kapital bezeichnet, so wird das Produkt größer, bei festem Kapital dagegen in der Regel kleiner sein als das Kapital.

„Let us suppose that the capital is £ 500.—, and profits 10 per cent; the value of the produce is £ 550.—; let us suppose that of this the capitalist pays £ 275.— in wages; in other words, that the labourer's share is 50 per cent; it follows, that the share of the capitalist is 50 per cent also; but 50 per cent of £ 550.— is a greater amount than 50 per cent of his capital, which is only £ 500.—. This is equal to 55 per cent upon his capital. And when he has deducted from his share, what is necessary to replace the portion of his capital, otherwise consumed than in the payment of wages, viz. £ 500.—·/. £ 275.— = £ 225.—, he has £ 50.— remaining, or 10 per cent upon his capital[19])."

„Let us next take the case in which the capital £ 500.—, as before, is all fixed capital, none of it, excepting what is advanced as wages, consumed; that this is small, viz. £ 25.—; and that the value of the commodity is £ 75.—; of this, £ 25.—, or ⅓, is the share of the labourer; £ 50.—, or ⅔, is

[19]) „Elements", S. 79.

the share of the capitalist; but this, though 66½ per cent upon the product, is but 10 per cent upon the capital[20])."

Aus den Betrachtungen des Gewinnproblems ergeben sich nach Mill im wesentlichen die 4 folgenden Gesichtspunkte[21]):

1. Das, was dem Kapitalisten und Arbeiter als Entgelt für ihre Zusammenarbeit bei der Produktion zufällt, ist ein Teil des Produktes für jeden.

2. Der Anteil des einen kann nicht vergrößert werden ohne eine entsprechende Verringerung des Anteils des anderen.

3. Wenn diese Teile unverändert bleiben, so kann das Produkt, das diese Teile umfaßt, entweder größer oder kleiner sein, je nachdem aus der Produktion ein größeres oder kleineres Produkt hervorgeht.

4. Je nachdem man den Ausdruck „Wert" anwendet, und zwar entweder in bezug auf den erzielten Effekt, d. h. den Umfang des Produktes, oder in bezug auf die Ursache, d. h. die darauf verwendete Menge von Arbeit, wird es in dem ersten Falle zutreffen und in dem zweiten nicht, daß der Wert von dem, was Kapitalist und Arbeiter erhalten, mit ihren Anteilen wechselt.

Mit diesen Definitionen zergliedert Mill das Problem des Kapitalgewinns in besonders prägnanter Weise, und es ist bemerkenswert, wie er bei den Auswirkungen auf den Gewinn scharf unterscheidet, ob diese von dem Produkt „als solchem" bzw. dessen Marktwert oder aber von dem in dem Produkt investierten Arbeitswert (im Sinne Ricardos) ausgehen. Mill hat sich dadurch selbst vor ein schwierigeres Problem gestellt, als es Ricardo getan hat, der konsequent in der Wertfrage an der von ihm einmal aufgestellten, nur in einer Richtung liegenden Theorie festhält. Die Sicherung nach zwei Seiten hin glaubt Mill aber deswegen vornehmen zu müssen, weil einmal der Gewinn bei gleichbleibenden Preisen steigen oder fallen kann, je nachdem der Arbeitslohn fällt oder steigt, andererseits aber der Gewinn infolge der immer geringer werdenden Möglichkeit der Kapitalanlage im Verhältnis zu dem technischen Fortschritt und zu der Inanspruchnahme immer schlechterer Böden ständig zurückgeht.

[20]) „Elements", S. 80.
[21]) ebenda, S. 79.

3. Zirkulation (Verkehr).

a) Güteraustausch im allgemeinen.

Als weiteren Faktor im Volkswirtschaftsleben untersucht Mill die Zirkulation (interchange). Wenngleich die moderne Nationalökonomie eine solch scharfe Trennungslinie zwischen Distribution und Zirkulation nicht zieht, weil beide oft ineinander übergehen, so erscheint es doch angezeigt, die Gedankengänge Mills in der von ihm angegebenen Richtung weiter zu verfolgen. Da der im Anschluß an seine bis soweit erörterten Ausführungen von ihm behandelte Fragenkomplex durchaus als folgerichtige Ergänzung des früher Gesagten angesehen werden kann, bleibt somit der Charakter des Gesamtbegriffes der Distribution, der nach unserer heutigen Auffassung die Brücke zwischen Produktion und Konsumtion bildet, doch gewahrt.

Mill geht in seinen weiteren Untersuchungen zunächst wieder von den primitivsten Begriffen aus, um seine Darlegungen so leicht verständlich wie nur möglich zu machen.

Wenn zwei Menschen irgendwelche Produkte im Überfluß haben, so suchen sie diese auszutauschen, und ein Tausch kommt zustande, sofern ein Angebot und eine Nachfrage besteht. Im Laufe der Zeit haben sich bei diesem Prozeß, dem Prinzip der Arbeitsteilung entsprechend, der Kaufmann (merchant) und der Spediteur (carrier) dazwischengeschaltet. Auf die Erörterung ihrer Funktionen näher einzugehen, erübrigt sich, da sie ohne weiteres ins Auge fallend sind. Bedingung für Produktion und Konsumtion sind also Nachfrage und Angebot.

Diese beiden Faktoren sowie die auf den Gütern lastenden Transportkosten beeinflussen auch den „relativen" Wert der Güter, unter dem Mill, wie wir bereits gesehen haben, den Tauschwert versteht; andererseits hängt dieser aber — und zwar in erster Linie — von den Herstellungskosten ab.

„An increase or diminution of demand or supply may temporarily increase or diminish, beyond the point of productive cost, the quantity of one commodity which exchanges for a given quantity of another; but the law of competition, wherever it is not obstructed, tends invariably to bring it to that point (also zu dem durch die Produktionskosten bestimmten Wert), and to keep it there[22])." Angebot und Nachfrage können also nur vorübergehend den Wert der Güter bestimmen.

[22]) „Elements", S. 93.

Da die Produktionskosten ihrerseits durch Arbeit und Kapital bestimmt werden und andererseits wieder jedes Kapital aus Produktionsmitteln besteht, so kann man nach Mill auch der Ansicht sein, daß der Wert der Güter allein vom Kapital abhängt. Denn nach seinen früheren Ausführungen verkauft ja der Arbeiter von vornherein seinen, ihm an dem Produkt zustehenden Anteil an den Kapitalisten zum Preise des Lohnes, so daß der Kapitalist alsdann alleiniger Eigentümer des Gutes, d. h. in diesem Falle des Produktionsmittels, ist, wobei der von dem Arbeiter erworbene Anteil als Kapitalteil zu betrachten ist.

Logischer erscheint es jedoch Mill, den Wert der Güter auf den Begriff „Arbeit" zurückzuführen. Hier stellt er sich zunächst auf den Standpunkt, daß dieselben Mengen von Arbeit nicht immer ohne weiteres miteinander zu vergleichen sind, da die verschiedenen Grade von Anstrengung, Geschicklichkeit — und wohl auch die Zeit- und Ortsverhältnisse, unter denen gleiche Arbeit verrichtet wird — zu berücksichtigen sind. Im Prinzip aber bekennt er sich zu der Arbeitswerttheorie von Ricardo, daß nämlich der Wert der Produkte durch die zu ihrer Hervorbringung erforderliche Arbeitsmenge bestimmt wird; denn bei den beiden die Produktionskosten bestimmenden Faktoren, Arbeit und Kapital, wird das letztere auch nur durch Arbeit hervorgebracht.

„To say, (therefore) that the value of a product is determined by the value of the capital, is of no use, when you have to go beyond the value of the capital, and ask, what it is by which that value is itself determined. To say that the value of the product is determined by the value of the capital, but the value of the capital is determined by the quantity of labour, is to say that the value of the product is determined by the quantity of labour[23])."

Die verschiedenen Arten von Arbeit — Mill unterscheidet, wie bereits erwähnt, „unmittelbare" und „angesammelte" Arbeit — werden nicht immer nach gleichem Maßstabe bezahlt, d. h. die Preisgestaltung der einen, die den Lohn umfaßt, ist unabhängig von derjenigen der anderen, und beide tragen nicht immer im gleichen Verhältnis zur Produktion bei.

Die erste der beiden Feststellungen Mills trifft zu, wenn „unmittelbare" Arbeit in zeitlichem Abstand von der Schaffung des Kapitals, der „angesammelten" Arbeit verrichtet

[23]) „Elements", S. 97.

wird. Wenn sich also der Preis eines Gutes bzw. eines Produktionsmittels ändert, so kann das ohne Einfluß auf den Lohn sein und umgekehrt, besonders, wenn es sich nur um vorübergehende Schwankungen handelt; größere und anhaltende Veränderungen — sei es im Lohn oder im Preis — werden aber wohl stets eine Rückwirkung auf den einen oder anderen Faktor nach sich ziehen.

Was nun die verschiedenartige Wirkung von Arbeit und Kapital auf die Produktion anlangt, so unterscheidet Mill drei Fälle: zunächst den, bei welchem Arbeit allein, alsdann denjenigen, bei dem Arbeit und Kapital, und schließlich den letzten, bei dem Kapital allein produziert. Die beiden äußersten Fälle werden aber nach seiner Ansicht fast nie oder nur höchst selten in Frage kommen, so daß also in der Regel Arbeit und Kapital die Produktionsfaktoren bilden werden.

Im folgenden untersucht nun Mill, welche Wirkungen ausgelöst werden, sobald bei diesen beiden Faktoren wechselseitige Preisänderungen eintreten.

Es entsteht nun die Frage, in welchem Verhältnis der Kapitalgewinn — denn nur dieser bildet den bei dem Gesamtbegriff „Kapital" einer Veränderung unterworfenen Anteil — sich verringert, wenn der Arbeitslohn steigt. Mill kommt hierbei zu folgenden Schlüssen:

Wo das Kapital den Ausschlag gibt, werden sich bei einer Lohnsteigerung die Güter verbilligen und der Unternehmergewinn wird fallen. Umgekehrt werden die Güter eine Preisverteuerung erfahren, wenn die Arbeit der ausschlaggebende Faktor ist; in diesem Falle wird dann der Kapitalgewinn steigen. Das Entgegengesetzte tritt ein, wenn der Arbeitslohn fällt, während dort, wo Arbeit und Kapital gleichmäßig an der Produktion beteiligt sind, ein Steigen des Lohnes keinen Einfluß auf den Preis der Güter ausübt.

Wenn auch die Wertlehre Mills in ihren Grundzügen mit derjenigen Ricardos übereinstimmt, so sind doch in den Anschauungen beider Unterschiede vorhanden.

Mill kennt, wie wir gesehen haben, nur den Tauschwert[24]) und führt diesen auf die Arbeit zurück, während nach Ricardo

[24]) Auch in seiner Schrift „Commerce defended . . ." (1808), S. 22. weist er bereits darauf hin, daß für die Betrachtungen innerhalb der Volkswirtschaftslehre nur der Tauschwert in Frage kommt: „Wealth is relative to the term value." — „It (the term value) signifies either value in use, or value in exchange." — „Now the term wealth will always be employed in the following pages as denoting objects which have a value in exchange."

der Wert noch durch die Seltenheit bestimmt wird. Smith dagegen macht den Tauschwert von dem Gebrauchswert abhängig. Der Gebrauchswert bzw. die Nutzbarkeit eines Gutes ist aber nach Ricardo nicht der Maßstab des Tauschwertes, weil Güter, die keinen Gebrauchswert besitzen, überhaupt nicht als unter die Gesetze der Volkswirtschaft fallend zu betrachten sind; sobald von einem Gute im volkswirtschaftlichen Sinne gesprochen wird, muß es ohne weiteres einen Gebrauchswert haben. Dieser ist also die unerläßliche Voraussetzung für den Begriff des Tauschwertes. Wenn Mill nun im Gegensatz zu Ricardo die Seltenheit unberücksichtigt läßt, so offenbar deshalb, weil die Güter, deren Tauschwert ausschließlich von der Seltenheit abhängt, in der Volkswirtschaft — wie auch Ricardo zugeben muß — nur eine untergeordnete Rolle spielen, ganz abgesehen davon, daß man bei derartigen Gütern in Zweifel ziehen kann, ob ihr Tauschwert tatsächlich einzig und allein von ihrer Seltenheit bestimmt wird. Dieser Einwand könnte bei dem von Ricardo u. a. angeführten Beispiel erhoben werden, daß Weine von besonderer Güte, die nur aus Trauben, die auf einem ganz besonders guten Boden wachsen, hergestellt sind und von denen es nur eine geringe Menge gibt, als zu dieser Klasse von Gütern gehörend zu rechnen sind[25]). Stellt hier nicht gerade die auf die Zucht und Auslese der Trauben sowie die Lagerung des Weines verwendete besondere Sorgfalt einen nicht unerheblichen, unter den Begriff der Arbeit fallenden Faktor dar?

Bei Ricardo ist in der Betrachtung des Wertproblems noch bemerkenswert, daß er den Unterschied gegenüber der ursprünglich von Smith vertretenen Ansicht, daß der Wert eines Gutes von der Arbeit abhängig ist, die wieder dafür eingetauscht werden kann, besonders hervorhebt. Weiter legt Ricardo in Ergänzung und Übereinstimmung mit seiner These besonderen Wert darauf festzustellen, daß jede Ersparnis an Arbeit eine Verminderung des Wertes der Güter nach sich zieht. In der Untersuchung der Auswirkungen einer Lohnerhöhung oder -ermäßigung auf die Preise ist jedoch zwischen der Ansicht Mills und derjenigen Ricardos ein gewisser Unterschied vorhanden. Mill macht einerseits das Kapital, andererseits die Arbeit — je nachdem der eine oder andere Faktor den Ausschlag gibt — für eine Preissteigerung bzw. -senkung als Folge einer Lohnerhöhung verantwortlich. Ricardo hin-

[25]) Vgl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London 1911, S. 6.

gegen führt diese Schwankungen auf die Teilung des Kapitals in stehendes und umlaufendes nach verschiedenen Verhältnissen, je nachdem es von ungleichem Tauschwerte oder von ungleicher Dauerhaftigkeit ist, zurück, wobei sich das stehende Kapital, je undauerhafter es ist, seiner Natur nach immer mehr dem umlaufenden nähert und umgekehrt.

b) Freihandel.

aa) Handel mit fremden Ländern.

Mill geht dann über zu dem Güteraustausch der Völker untereinander.

Hierfür können verschiedene Gründe maßgebend sein, z. B. daß gewisse Güter nur an bestimmten Orten oder an solchen billiger und unter günstigeren Verhältnissen als anderwärts produziert werden können. Hierbei kommt es jedoch nicht auf den absolut größeren, sondern den relativ höheren Gewinn bzw. die geringeren Herstellungskosten an, wodurch ein Land veranlaßt wird, einen Artikel ein- oder auszuführen. Wenn also z. B. in Deutschland die Produktion des Getreides pro Einheit Mk. 60.— und die des Tuches pro Einheit Mk. 90.— kostet, während die Herstellungskosten dafür in England Mk. 80.— bzw. Mk. 100.— sind, so lohnt es sich für Deutschland, die Tuchproduktion aufzugeben und das teurere Tuch aus England zu beziehen, dafür aber mehr Getreide nach England zu liefern, weil es dadurch einen größeren Gewinn erzielt. „When a country can either import a commodity, or produce it at home, it compares the cost of producing at home with the cost of procuring from abroad; if the latter cost is less than the first, it imports[26])."

Hier muß die Überlegung eingeschaltet werden, daß, wenn solche Maßnahmen von allen Ländern konsequent durchgeführt werden, man schließlich zu einer derart ausgedehnten Arbeitsteilung kommt, daß die Länder vollständig aufeinander angewiesen sind. Aus den späteren Ausführungen Mills über den Freihandel geht hervor, daß dieser Gedanke ihm tatsächlich im Prinzip vorgeschwebt hat.

Aus dem Obengesagten zieht nun Mill den Schluß, daß der Gewinn bei dem Handel mit anderen Ländern aus den eingeführten und nicht aus den ausgeführten Produkten entspringt. Diese Behauptung mag zunächst befremdlich erscheinen, weil wir heutzutage gewohnt sind, Ausfuhrüberschuß

[26]) „Elements", S. 123.

durchaus als Aktivposten in der Handelsbilanz zu betrachten. Wenn man jedoch den Gedankengängen Mills folgt, so ist ihnen eine Folgerichtigkeit durchaus nicht abzuerkennen. Mill sagt nämlich: Wenn man Güter exportiert, so geschieht es nur deshalb, weil man wertvollere Güter dafür eintauschen kann; also kann der Gewinn nur in der Einfuhr liegen. „When a man possesses a certain commodity, he cannot benefit himself by giving it away. It seems to be implied, therefore, in the very fact of his parting with it for another commodity, that he is benefited by what he receives. His own commodity he might have kept, if it had been valued by him more than that for which he exchanges it. The fact of his choosing to have the other commodity rather than his own, is a proof that the other is to him more valuable than his own. — The corresponding facts are evidence equally conclusive in the case of nations[27])." Selbst wenn Geld als Tauschmittel angenommen wird, so braucht diese These nicht umgestoßen zu werden.

Ziehen wir hierzu ein praktisches Beispiel aus der heutigen Zeit heran: Deutschland führt nach Brasilien Chemikalien aus, die im Herstellungsland weniger wertvoll — weil leicht erhältlich — sind als in Südamerika. Für den Erlös kauft Deutschland in Brasilien den dort im Überfluß vorhandenen Kaffee, der aber hierzulande ein sehr geschätztes Nahrungs- bzw. Genußmittel ist. — Die Inkonsequenz in der Mill'schen Folgerung liegt aber darin, daß die Einfuhr zum Zweck der Ausfuhr gemacht wird, was aber durchaus nicht der Fall zu sein braucht.

Als eine gewisse Parallele zu dem von Mill hier vertretenen Standpunkt, die jedoch in eine andere Gedankenrichtung führt, kann in diesem Zusammenhang die Ansicht Ricardos angesehen werden, der die These aufstellt, daß eine Ausdehnung des auswärtigen Handels, obwohl er in starkem Maße zur Gütervermehrung beiträgt, weder den Tauschwert der Güter im eigenen Lande noch den Kapitalgewinn erhöht[28]).

Auch dieser Ansicht scheint ein gewisses Paradoxon innezuwohnen. Der Schlüssel ist aber in folgender Überlegung zu finden: Durch Verstärkung des auswärtigen Handels wird zunächst Kapital aus anderen Gebieten zu dem Produktionsbereich der Exportwaren herübergezogen; auch bessere Arbeitsteilung und technischer Fortschritt werden zur Vermeh-

[27]) „Elements", S. 125.

[28]) Vgl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London, 1911, S. 113.

rung der Ausfuhr beitragen. Diese Momente können zwar auf die Preise und die Löhne von Einfluß sein; die Erhöhung des Lohnes aber geht stets auf Kosten des Gewinns, so daß also dieser durch den auswärtigen Handel nicht vergößert wird. Andererseits haben die Güter, wenn Preise und Löhne steigen, nach wie vor den gleichen Tauschwert. — Die von Mill vertretene Ansicht, daß der Vorteil aus dem Handel mit anderen Ländern in der Einfuhr und nicht in der Ausfuhr liegt, findet sich bei Ricardo nicht. Hingegen hat in früheren Jahren auch Mill einen ähnlichen Standpunkt wie den oben geschilderten Ricardos eingenommen. „Foreign commerce", so schreibt er in seiner Streitschrift „Commerce defended . . ."[29]), „is in all cases a matter of expediency rather than of necessity." —

„. . . Its sole utility consists in enabling the nation to obtain its supply to certain demands, at a less expense of land and labour than it could have supplied them at home[30])." — „The fluctuations then of foreign commerce afford a very fallacious indication of national prosperity[31])."

In seinen Betrachtungen über das Wesen der aus dem Handel mit fremden Ländern entspringenden Vorteile sowie die Voraussetzungen, unter denen sich der Außenhandel zu entwickeln vermag, ist Mill grundsätzlich gegen jegliche Ausfuhrprämie (bounty) und Einfuhrverbote (prohibition), wie überhaupt alle Behinderungen (Zölle), deren Zweck es ist, „to make more or less of production or exchange to flow in certain channels, than would go into them of its own accord[32])."

In der Begründung seines Standpunktes geht er zunächst von der Voraussetzung aus, daß der Bedarf jederzeit die Produktion reguliert und daß es im Interesse aller Menschen liegt, die für den Konsum bestimmten Güter mit so geringem Arbeitsaufwand wie nur möglich herzustellen. Demzufolge muß das Ziel aller der Produktion dienenden Verbesserungen am zweckmäßigsten auf Arbeitsteilung, Vervollkommnung der Bodenkultur und Erfindung wirksamerer Maschinen gerichtet sein. Unter diesen Umständen ergibt sich von selbst, daß kein Land Waren einführen wird, die es selbst herstellt, es sei denn, daß sie mit einem geringeren Aufwand von Arbeit, d. h.

[29]) „Commerce defended . . .", S. 86.
[30]) ebenda, S. 116.
[31]) a. a. O.
[32]) „Elements", S. 197.

Kosten, vom Ausland zu erlangen sind. Produktion und Verkehr werden daher, sofern man sie sich ihre eigenen Wege suchen läßt, jederzeit diejenige Richtung nehmen, die für die Gesamtheit am vorteilhaftesten ist. Die Beschaffung der gewünschten Güter mit möglichst geringem Kostenaufwand ist das Höchste, was durch die Produktion und den Austausch der Güter erreicht werden kann. Je mehr man also den freien Verkehr behindert, desto mehr geht von den Vorteilen für die Gesamtheit verloren.

Hierbei macht jedoch Mill bemerkenswerter Weise die Einschränkung, daß es aus politischen Gründen Fälle geben kann, in denen diese Vorteile anderen Zwecken geopfert werden sollen, womit er offensichtlich das nationale Interesse im Auge hat.

Mill vertritt den Freihandelsgedanken, wie aus den obigen Ergänzungen hervorgeht, mit äußerster Konsequenz; es ist jedoch bemerkenswert, daß er in diesem Zusammenhang auf seine oben erwähnte Einschränkung, daß die Veranlassung zum Import ausländischer Waren nicht in den absoluten, sondern in den relativen Herstellungskosten liegt, an dieser Stelle nicht zurückkommt. Man kann jedoch unterstellen, daß, wenn er in den hier zugrunde liegenden Ausführungen den Import davon abhängig macht, daß die Ware im Ausland mit geringerem Kostenaufwand erhältlich ist, er die früher gemachte Einschränkung in diesen Hinweis bereits eingeschlossen wissen möchte.

Als aktuelles Problem der damaligen Zeit greift Mill in dem obigen Zusammenhang die Frage der Kornzölle auf. Was für alle übrigen Waren erstrebenswert erscheint, muß nach seiner Ansicht auch bei dem Getreidehandel mit dem gleichen Erfolg durchzuführen sein. Einen Beweis für die Richtigkeit der Freihandelsthese auch auf diesem Gebiet glaubt er sowohl durch die Erfahrung als auch in theoretischer Hinsicht begründen zu können.

Was zunächst die Erfahrung anlangt, so könne in der Geschichte der Völker bis soweit kein einziger Fall angeführt werden, in dem ein Land infolge eines Krieges von der Kornzufuhr abgeschnitten worden sei. — Die entgegengesetzte Behauptung stellen besonders die zeitgenössischen Gegner des Freihandels auf, und die Erfahrung der neueren Zeit, besonders des Weltkrieges, in dem der Waffenkampf mit einem rücksichtslosen Wirtschaftskrieg gepaart war, sprechen in dieser Beziehung wohl mehr für deren Ansicht. Daher könnte

vom Standpunkt der nationalen Sicherheit aus eine Einschränkung des Freihandels zum mindesten in bezug auf die Selbstversorgung in der Ernährung anerkannt werden, wenigstens solange noch nicht die Gewähr für eine allumfassende Befriedung der Welt gegeben ist.

In diesem Punkte befindet sich Mill auch im Gegensatz zu Ricardo, der durchaus der Meinung ist, daß durch Kriege häufig der Getreidehandel zwischen einzelnen Ländern unterbunden wird[33]). Da in solchen Fällen das von der Getreidezufuhr abgeschnittene Land darauf angewiesen ist, seinen Getreidebedarf selbst zu decken, so wird es notwendig sein, beträchtliche Kapitalmengen auf den Landbau zu verwenden. Bei der Rückkehr zu normalen Verhältnissen nach Beendigung des Krieges empfiehlt Ricardo sogar, für eine gewisse Übergangszeit fremdes Getreide mit einem Einfuhrzoll zu belegen, um es dem auf dem Landbau alsdann frei werdenden Kapital zu ermöglichen, sich wieder andere Produktionsgebiete zu suchen[34]).

In theoretischer Hinsicht führt Mill als Beweis für die Richtigkeit der Freihandelsthese an, daß Mißernten zu verschiedenen Zeiten in den einzelnen Ländern eine immer wiederkehrende Erscheinung darstellen, die eben einen Getreideaustausch unter den Ländern geradezu zur Notwendigkeit machen. Auch kann durch die Abriegelung der Getreidezufuhr der Ruin der auf den Getreideexport angewiesenen Länder herbeigeführt werden, so daß diese nicht mehr in der Lage sind, Produkte aus anderen Ländern aufzunehmen, was wiederum von großem wirtschaftlichen Nachteil für das eigene, nach Export strebende Land sein kann.

Auch den zweiten Grund, den die Verteidiger der Kornzölle anführen, daß als Aequivalent für die vorherrschende Stelle, die sich die einheimische Industrie sowohl im Inland als auch auf dem Weltmarkt bereits erobert habe, die Landwirtschaft und im besonderen die Getreideproduzenten geschützt werden müssen, weil sonst dem Handel und der Industrie ein ungerechtfertigter Gewinn zukomme, läßt Mill nicht gelten. Denn dann müßten nach seiner Ansicht konsequenterweise alle vom Ausland eingeführten Waren, sobald sich auch das Inland mit deren Herstellung befaßt, mit Zöllen

[33]) Vgl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London 1911, S. 251.

[34]) ebenda, S. 252.

belegt werden. Auch besteht nach Mill durchaus keine Veranlassung anzunehmen, daß die Industrie, selbst wenn sie keine ausländische Konkurrenz zu befürchten habe, höhere Gewinne abwerfe als der Getreidebau. Wenn sich auch beispielsweise ein großer Teil der Produzenten auf die aussichtsreiche Textilindustrie geworfen habe, so müßten sie dafür andere Artikel aus dem Auslande erheblich teurer beziehen, und es entstehe hier die Frage, ob eine Industrie nicht günstiger zu beurteilen ist, wenn sie ihr Produktionsgebiet möglichst umfangreich und vielseitig ausbaut, anstatt sich in der Hauptsache nur einer Branche zuzuwenden. Auch könne der übermäßige Ausbau der Textilindustrie zu einer gewissen Treibhauskultur führen. — Dieses Argument erscheint durchaus berechtigt; denn dadurch werden anderen Branchen die Produktionsmittel entzogen.

Mill sucht überdies noch nachzuweisen, daß die Verhältnisse bei den Grundbesitzern und bei der Industrie nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden können. Dem Fabrikanten sei nicht der Grundbesitzer, sondern der Pächter gegenüberzustellen. Pächter und Fabrikanten seien beide sowohl Produzenten als auch Kapitalisten (Unternehmer), der Grundbesitzer sei keines von beiden. Er sei Eigentümer gewisser Produktionskräfte des Bodens. — Diese Ansicht Mills ist nicht ganz zutreffend, denn schließlich stellen Grund und Boden ja auch Kapital dar.

Werden nun beim Getreidebau größere Gewinne als sonst — also bei höheren Getreidepreisen — erzielt, so profitiere hiervon nicht der Pächter, sondern der Grundbesitzer, weil sich ja nach dem Grundrentengesetz bei steigenden Preisen die Grundrente erhöht.

Für den Freihandel und die Abschaffung der Kornzölle tritt Mill u. a. außer in seinem Hauptwerk[35]) besonders noch in seinen beiden bereits erwähnten Schriften „Commerce defended ...“ und „An Essay of the Impolicy of a Bounty on the Exportation of Grain, and on the Principles which ought to regulate the Commerce of Grain“ ein.

Die Schrift „Commerce defended ...“, die immerhin etwa halb so umfangreich ist wie sein Hauptwerk „Elements of Political Economy“, gab Mill als Entgegnung auf das von Spence veröffentlichte Pamphlet „Britain, Independent of

[35]) Mill bemerkt selbst, daß in seinen „Elements“ nicht der geeignete Platz sei, um zu den Ansichten der Gegner in dieser Frage ausführlich Stellung zu nehmen.

Commerce", dem sich Cobbett in seinem „Political Register" anschloß, heraus. Spence und Cobbett suchten unter dem Eindruck der im November 1806 von Napoleon über England verhängten Kontinentalsperre in Anlehnung an das Dogma der Physiokraten nachzuweisen, daß Grund und Boden die einzigen Quellen des Reichtums eines Landes sind und daß der Handel nicht den geringsten Vorteil bringt. Ihre zuweilen ans Absurde grenzenden Theorien[36]) gipfelten schließlich in der agrar-kommunistischen Forderung der Aufteilung des Bodens.

Als Mill im Jahre 1808 seine Erwiderung herausbrachte, war die Kontinentalsperre in vollem Gange, so daß man bereits ihre Auswirkungen beurteilen konnte. Mill war es daher nach der Lage der Dinge möglich, seiner Gegenthese, daß nicht nur der Boden sondern auch der Handel für den Reichtum eines Landes von ausschlaggebender Bedeutung sei, durch den Nachweis eine kraftvolle Stütze zu geben, daß die Wirkungen der Kontinentalsperre bei weitem hinter den Erwartungen zurückblieben, die Napoleon in sie gesetzt hatte.

Nicht mit Unrecht weist Mill darauf hin, daß noch unendliche Küstenstrecken sowie der Seeweg nach Amerika und Indien für den Handel frei seien, und mit Stolz stellt er fest, daß, „while Britain is mistress of the sea, she might have scope for a boundless commerce, though the whole continent of Europe were swallowed up by an earthquake[37])." Der Handel Englands erscheint ihm von anderer Seite viel mehr bedroht als von der Napoleons: „The fact is, the British commerce has much more to fear from the injudicious regulations of the British government, than from the decrees of Bonaparte[38])."

In seiner Schrift „An Essay of the Impolicy of a Bounty on the Exportation of Grain..." wendet sich Mill sowohl gegen die Ausfuhrprämie für Getreide als auch gegen die Kornzölle.

Wenn die Landwirtschaft eine Ausfuhrprämie mit der Begründung verlangt, daß andernfalls die Getreidepreise sinken und Pächter und Grundbesitzer verarmen, so hält Mill dieser Forderung entgegen, daß es dann nur recht und billig ist, auch

[36]) Spence sieht u. a. in dem Übergang von Ackerbau zu Industrie und Handel nur eine Wertverlagerung: Was der eine Teil gewinnt, verliert der andere.

[37]) „Commerce defended...", S. 9.

[38]) ebenda, S. 11.

für die Ausfuhr von Wolle und überhaupt aller sonstigen Industrieerzeugnisse eine Prämie zu bewilligen. Die Behauptung der Gegner, daß mit dem Inkrafttreten der Ausfuhrprämie die Landwirtschaft einen Aufstieg genommen habe, widerlegt Mill zunächst mit dem Nachweis, daß der Vorteil nur ein fiktiver gewesen ist, weil die Ausfuhrprämie s. Zt. der Landwirtschaft als Aequivalent für die gleichzeitig eingeführte Landsteuer zugestanden worden war. Auch trifft es nach Mill nicht zu, daß der Rückgang in der Landwirtschaft, sobald die Ausfuhrprämie einmal unterbrochen war, der Industrie und dem Handel zugute gekommen wäre; denn in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts sei trotz Unterbrechung der Prämie sowohl bei der Industrie als auch bei der Landwirtschaft ein Aufschwung zu verzeichnen gewesen.

Wenn weiter die Anhänger des Schutzzollsystems die Forderung aufstellen, mit der Industrie und dem Handel stets gleichen Schritt zu halten, so ist Mill der letzte, der ihnen dieses Recht abspricht: „They (the advocates of the bounty) want to make agriculture increase as fast as commerce. So do I; and so does every one who understands and wishes well to the interests of his country[39])." Die Klage der Gegner, daß sie früher Korn ausführen konnten, während sie jetzt Getreide importieren müssen, ist nach Mill gerade eine Stütze für seine These, daß trotz Ausfuhrprämie der Export nicht belebt werden kann, da zur Zeit ja eine Prämie bezahlt wird. Sie beweist nur, daß der Bedarf und die Bevölkerung inzwischen so stark gestiegen sind, daß das im Lande produzierte Getreide nicht mehr für die Ernährung ausreicht. In diesem Falle ist es geradezu unverantwortlich, den Getreidehandel auch noch mit einer Ausfuhrprämie und einem Einfuhrzoll zu belasten.

Weiter ist der Vorteil, den die Landwirtschaft aufgrund des Schutzzolles in Gestalt hoher Getreidepreise für sich glaubt buchen zu können, nach Mills Ansicht nur ein vorübergehender, da nach den durch die hohen Kornpreise verursachten sonstigen Schwankungen sich die Verhältnisse wieder stabilisieren. Um der Landwirtschaft also den zuerst erzielten Vorteil auch auf die Dauer zu sichern, müßten daher die Ausfuhrprämien in gewissen Zeitabständen immer weiter erhöht werden. In diesem Zusammenhange verweist Mill auch auf Ad. Smith, der bereits nachgewiesen habe, daß hohe Getreidepreise den Tauschwert des Silbers und aller anderen Güter herabdrücken.

[39]) „An Essay of the Impolicy ...", S. 21.

Findet jedoch freie Kornausfuhr statt, so wird, falls wirklich der Getreidepreis in England unter demjenigen auf anderen Märkten liegt, Getreide nach diesen Ländern abwandern, bis der Preis im Inland die Höhe des Auslandspreises erreicht hat. Ist die Einfuhr unbehindert, so wird, wenn der Kornpreis in England höher ist als im Ausland, Korn solange hereinströmen, bis sich das Preisniveau mit dem ausländischen Markt ausgeglichen hat. Die Landwirtschaft wird also gewinnen, wenn sowohl freie Ausfuhr als auch freie Einfuhr besteht. Deswegen ruft Mill den Verteidigern der Kornzölle zu: „Render the commerce of land as free and easy as that of all things else; relieve agriculture from those vexatious imposts from which other occupations are exempted; and render the employment of large capital as independent in agriculture, and a source of as great authority, as it is in trade, and you will have no occasion to complain of a slowly progressive agriculture[40])."

bb) Handel mit den Kolonien.

Mill untersucht nun weiterhin die Auswirkungen des Handels mit den Kolonien. Er stellt hierbei zunächst die Behauptung auf, daß der Vorteil, der für ein Land aus dem Handelsverkehr mit seinen Kolonien entspringt, nur in dem Import aus dem Kolonialreich, nicht im Export nach ihm liegt. Damit betrachtet Mill die Handelsbeziehungen zu den Kolonien unter dem gleichen Gesichtswinkel wie den Warenverkehr eines Landes mit einem beliebigen anderen Lande. „It is needless to consider the case of free trade with a colony, because that falls under the case of trade with any foreign country[41])."

Ein Charakteristikum in den Handelsbeziehungen zu den Kolonien besteht nach Mill darin, daß sich das Mutterland ein Monopol im Güteraustausch mit ihnen vorbehält, daß also beispielsweise eine Kolonie gehalten ist, eines oder mehrere ihrer Erzeugnisse ausschließlich dem Mutterlande zur Verfügung zu stellen und dafür bestimmte Artikel, sei es lebensnotwendige Waren oder Luxusgüter, aufzunehmen.

Der Handel mit den Kolonien kann nun entweder in der Hand einer einzigen Gesellschaft liegen oder von allen Kaufleuten des Mutterlandes betrieben werden.

Die Betrachtung dieser zwei Gesichtspunkte durch Mill ist daraus zu erklären, daß das Monopol des Überseehandels

[40]) „An Essay of the Impolicy . . .", S. 63.
[41]) „Elements", S. 209.

seit Beginn des 18. Jahrhunderts in den Händen der „East India Company" lag, in die Mill selbst, wie in der Einleitung bereits erwähnt, als Beamter eintrat, um schließlich im Jahre 1830 zu deren Chef zu avancieren. Es ist deshalb von besonderem Interesse festzustellen, daß Mill das Handelsmonopol der „East India Company" nichtsdestoweniger auch weiter bekämpfte[42]). In zwei in der „Edinburgh Review" (im April 1810 und November 1811) erschienenen Aufsätzen sowie in seinem Werk „History of India" (1818), das in der Öffentlichkeit großes Aufsehen erregte, unterzieht er die Verwaltung der „East India Company" einer scharfen Kritik und widerlegt alle Ansprüche, dieser Gesellschaft ein Handelsmonopol zu gewähren[43]). In seinen „Elements" lehnt er ein Handelsmonopol der „East India Company" u. a. deswegen ab, weil „the exclusive company exercises over the colony a power altogether despotic. It may compel her to give the whole produce of her labour, for no more of the necessaries in question, than what is just sufficient to enable the population of the colony to live[44])", weil eben die Monopolgesellschaft in der Lage ist, die Preise zu diktieren. Mill möchte damit offenbar sagen, daß es sonst nur eine Frage der Zeit ist, wie lange die Kolonie noch in der Lage sein wird, ihre Produkte dem Mutterlande zu liefern. In seinem Artikel „State of the Nation", mit dem im Jahre 1834 die erste Nummer der „London Review" eröffnet wurde, tritt Mill ebenfalls energisch dafür ein, daß die Lage der Kolonien so gestaltet werden müsse, daß sie von sich aus

[42]) Im Jahre 1833 erhielt die „East India Company" durch Parlamentsakte ihre endgültigen Statuten, die ihr die letzten Überreste ihres Handelsprivilegs nahmen.

[43]) „We shall consider it as a point settled, and, among thinking men, no longer bearing to be disputed, that an exclusive company presents prima facie evidence of an institution that ought to be abolished." (Edinburgh Rev. Vol. XVI, S. 129). — „In the state of knowledge in which England is now placed, the existence of such a thing as the monopoly of the East India Company may well be regarded as a prodigy. It is a prodigy, however, for which very sufficient causes will be found to exist. Individual interest and national apathy will account for many absurdities, and much public calamity. A great many families, in the middle and superior classes, have been long in the habit of considering India merely in the light of a convenient outlet for such of their members as had no very tempting occupation at home, and never think of looking farther: while the interests of ministers and directors, thus freed from the troublesome inspection and importunity of individual jealousy, have full scope to display themselves." (Edinburgh Rev. Vol. XIX, S. 235).

[44]) „Elements", S. 210.

lebensfähig sind und nicht dauernd die finanzielle Unterstützung des Mutterlandes in Anspruch zu nehmen brauchen. „The Colonies must be ranked as a grand cause of the oppression of the English people. So long as a colony fails to defray its own expenses, it is hurtful to the mother country[45])." Bei einer freien Konkurrenz der Kaufleute eines Landes im Handelsverkehr mit den Kolonien werden jedoch nach Mills Ansicht die nach diesen exportierten Waren im Preise unter Hinzurechnung der Transportkosten nicht höher sein als im Mutterlande.

Wohl ist es nach Mills Ansicht möglich, daß sich das Mutterland dadurch Vorteile verschafft, daß es die Kolonie zwingt, ihre Waren nur diesem zur Verfügung zu stellen; aber „this advantage, if drawn by the mother country, would be drawn at the expense of the colony. In free trade, both parties gain. In the advantage produced by forcing, whatever is gained by the one party is lost by the other. The mother country, in compelling the colony to sell goods cheaper to her than she might sell them to other countries, merely imposes upon her a tribute; not direct, indeed, but not the less real because it is disguised[46])." Mill plädiert also für den Freihandel auch mit den Kolonien. Wenn überhaupt irgend eine Beschränkung im Verkehr mit den Kolonien Vorteile für das Mutterland bringen soll, so könnte dieser höchstens in dem erwähnten Fall eintreten, d. h. sofern man die Kolonie zwingt, nur an das Mutterland zu liefern, aber nicht dadurch, daß man ihr verbietet, Waren von einem anderen als dem Mutterlande zu beziehen. Durch die erstgenannte Beschränkung wäre das Mutterland unter Umständen in der Lage, gegenüber anderen Ländern besonders konkurrenzfähig zu sein.

Ein weiterer Vorteil der Kolonialpolitik, den er in seinem im „Supplement to the Encyclopaedia Britannica" veröffentlichten Artikel „Colony" besonders hervorhebt, ergibt sich für das Mutterland im Zusammenhang mit der Bevölkerungsfrage. Danach können unter gewissen Bedingungen bei Übervölkerung die Menschen, die sonst nach anderen Ländern auswandern müßten, in den Kolonien untergebracht werden. In dem gleichen Artikel aber lehnt Mill den Gedanken ab, Kolonien nur zum Zwecke von Tributlieferungen zu halten. „We may affirm it, as a deduction from the experienced laws of

[45]) „London Review", 1. Nummer, (1835).
[46]) „Elements", S. 212.

human society, that there is, if not an absolute, at least, a moral impossibility, that a colony should ever benefit the mother country, by yielding it a permanent tribute[47])."

In der Behandlung der Kolonialfrage weichen die Ansichten Mills, Ricardos und Smiths in gewisser Beziehung von einander ab.

Smith scheint in diesem Falle derjenige zu sein, der hier für den Freihandel mit der äußersten Konsequenz eintritt. Nach seiner Meinung ist es eine Ungerechtigkeit und widerstrebt allen Gesetzen des Freihandels, wenn eine Kolonie durch ihr Mutterland verhindert wird, ihre Erzeugnisse auf dem Markte abzusetzen, der ihr die größten Vorteile bietet, und ihre Bedarfsgüter dort einzukaufen, wo sie am billigsten sind. Nur dann, wenn jedem Lande, also auch den Kolonien, gestattet ist, einen in jeder Hinsicht uneingeschränkten Handel zu treiben, kann von höchster Arbeitsteilung die Rede sein und wird der Gesamtheit der Menschen der größte Nutzen zuteil.

Mill nähert sich zweifellos — wie aus den obigen Ausführungen hervorgeht — den Gedankengängen Smiths in starkem Maße und möchte allenfalls eine Behinderung der kolonialen Handelsfreiheit auf den Fall beschränkt wissen, in dem es sich um die Ausfuhr aus den Kolonien handelt, wobei sie gehalten sein sollten, ihre Produkte an das Mutterland zu liefern, während es ihnen im übrigen freistehen soll, ihren eigenen Bedarf dort zu decken, wo es ihnen am vorteilhaftesten erscheint. Aber auch die erwähnte Einschränkung ist ihm im Grunde genommen nicht wünschenswert; denn er vertritt sie nur für den Fall, daß überhaupt eine Behinderung im Verkehr mit den Kolonien zur Diskussion steht.

Im Gegensatz hierzu stellt Ricardo den Vorteil, der dem Mutterlande aus den der Kolonie auferlegten Beschränkungen erwächst, allen sonstigen Bedenken voran und glaubt, auch bei Smith in dieser Hinsicht eine gewisse Inkonsequenz feststellen zu können, weil dieser bei Erörterung der Auswirkungen von Handelsverträgen, sofern solche im Sinne der Meistbegünstigung zwischen einzelnen Ländern abgeschlossen werden, von großen Vorteilen spricht, die den Vertragspartnern (lies: Mutterland und Kolonien) daraus erwachsen[48]). Hierbei ist aber

[47]) „Supplement to the Encyclopaedia Britannica", Vol. III, S. 264.

[48]) Vgl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London, 1911, S. 327.

zu beachten, daß Smith dieses Problem sehr kritisch[49]) betrachtet, ganz abgesehen davon, daß dort, wo Handelsverträge bestehen, das Prinzip des uneingeschränkten Freihandels bereits durchbrochen ist.

c) Geldwirtschaft.

aa) Metall- und Papiergeld.

Bei der Erklärung des Tauschmittels, des Geldes, geht Mill von der primitivsten Form, dem Rechnungs- oder Warengeld, aus, ohne jedoch diese Begriffe selbst zu nennen.

Als Vorteile des Metallgeldes führt Mill lediglich seine Seltenheit und Beliebtheit als Tauschmittel an (which every man, who had goods to dispose of, was willing to receive in exchange), die leichte mechanische Teilbarkeit, den hohen Wert bei kleinem Volumen, die leichte Transportfähigkeit, die Unzerstörbarkeit und schließlich die Wertbeständigkeit. — Hervorzuheben wäre daneben noch die lange Aufbewahrbarkeit sowie die leichte Erkenn- und Prüfbarkeit.

Der Wert des Geldes wird — nach Mill — von seiner Kaufkraft bestimmt, d. h. von seiner Menge, die für eine gewisse Warenmenge eingetauscht wird. Hierbei spielt neben der vorhandenen Geldmenge deren Umlaufsgeschwindigkeit eine Rolle. In welchem Maße also die Menge des Geldes vergrößert oder verringert wird, während die Gütermenge die gleiche bleibt, in demselben Maße wird umgekehrt der Wert der Geldmenge — oder jedes einzelnen Teiles derselben — verringert oder vergrößert. Bleibt die Geldmenge und ebenso die Gütermenge unverändert, so entspricht der Wert der in einem Jahre umgesetzten Gütermenge dem zehnfachen Wert des beispielsweise zehnmal im Jahre umgesetzten Geldes.

[49]) s. Ad. Smith, The Wealth of Nations, London 1796, Vol. II, S. 323/324: „When a nation binds itself by treaty either to permit the entry of certain goods from one foreign country which it prohibits from all others, or to exempt the goods of one country from duties to which it subjects those of all others, the country or at least the merchants and manufacturers of the country, whose commerce is so favoured, must necessarily derive great advantage from the treaty. Those merchants and manufacturers enjoy a sort of monopoly in the country which is so indulgent to them." Aber kurz darauf bringt Smith selbst die Kritik: „Such treaties, however, though they may be advantageous to the merchants and manufacturers of the favoured, are necessarily disadvantageous to those of the favouring country."

Damit lehnt sich Mill an die modifizierte Quantitätstheorie von D. Hume an, die besagt, daß der Wert des Geldes von dem Verhältnis zwischen Geld- und Warenmenge abhängt, wobei es nicht auf die absolute, sondern auf die im Umlauf befindliche Geldmenge und ihre Umlaufsgeschwindigkeit ankommt.

Wodurch wird nun die Menge des Geldes bestimmt?

Hierbei kommt es zunächst nach Mill darauf an, ob die Regierung eines Landes die Vermehrung oder Verminderung der Geldmenge kontrolliert oder ihr freien Lauf läßt, ob also — mit anderen Worten — freie Ausprägbarkeit besteht oder nicht. Der Idealzustand wird, wie aus den Ausführungen Mills über diesen Punkt hervorgeht, dann erreicht, wenn zwei Möglichkeiten in gewissen Schranken gehalten werden, nämlich diejenige, daß Besitzer von Barren allzu stark veranlaßt werden, ihre Bestände ausprägen zu lassen, und ferner, daß Einschmelzungen in größerem Umfange verhindert werden. Der Realwert darf sich also nicht allzu weit — sei es nach der einen oder nach der anderen Seite — von dem Nominalwert der Münze entfernen.

Zu dem erwähnten Zwecke haben bekanntlich die Länder mit Goldwährung einmal den Schlagschatz (seignorage) für das Ausprägen von Barren eingeführt, während andererseits der Realwert der Münzen unter ihrem Nominalwert gehalten wird. — Dem gleichen Zwecke dienen in neuerer Zeit auch Toleranz- und Passiergewicht.

Da Gold und Silber, welche Metalle in der Hauptsache zur Ausprägung von Münzen verwendet werden, eigentlich nichts anderes sind als Güter, so wird ihr Wert an sich durch ihre Produktionskosten bestimmt. Damit vertritt Mill die auch von Ricardo verfochtene Arbeitswerttheorie, die sich an den Metallismus anlehnt.

Den Ursprung des Papiergeldes führt Mill auf den Wechselbrief (written obligation or bill of exchange) zurück, den wir heute als „Kreditbrief" bezeichnen würden. Wenn zwei Länder Waren gegeneinander austauschten, so war es sehr umständlich, gleichzeitig den entsprechenden Wert in Gold oder Silber miteinander zu tauschen. Statt dessen erwies es sich als vorteilhafter, eine Schuldverschreibung über den in Frage kommenden Güterwert auszuwechseln und zu einem gewissen Zeitpunkt lediglich den verbleibenden Saldo durch Gold oder Silber auszugleichen. Dadurch wurde der Wechselbrief bald zum Stellvertreter der Münze überhaupt, und zwar nicht

nur im Güterverkehr mit einem anderen Volke, sondern auch im Inland selbst. In der Folge bürgerte sich der Brauch auch im Verkehr mit den Banken ein, die an Stelle des ihnen anvertrauten Münzgeldes „Zettel" (notes) ausgaben.

Als Vorteil des Papiergeldes hebt Mill die Bequemlichkeit gegenüber dem Bargeld hervor, durch die umständliches Zählen vermieden wird und über große Summen durch Ausstellen eines einzelnen Scheines verfügt werden kann. Demgegenüber bestehen aber auch Nachteile, die Mill vor allem darin sieht, daß Zettelinhaber außerstande geraten können, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, daß Scheine leichter gefälscht werden können und schließlich, daß ihr Kurs Schwankungen unterworfen ist.

Mill untersucht nun, wie groß die Gefahr des Auftretens der obenerwähnten drei Nachteile des Papiergeldes ist, und leitet damit zu der Erörterung über das Bankwesen über.

bb) Bankwesen.

Um das Fälschen von Banknoten und die Zahlungsunfähigkeit nach Möglichkeit auf ein Mindestmaß zu beschränken, plädiert Mill für die Beibehaltung einer größeren Anzahl von Zettelbanken. Da diesen nur ein verhältnismäßig kleiner Geschäftsdistrikt zufällt, ist es somit leichter möglich, Fälschungen auf die Spur zu kommen oder durch Fälschungen entstandene Schäden wieder gutzumachen. Das Vorhandensein mehrerer Zettelbanken bewirkt ferner, daß diese sich bemühen, ihren Geschäftsbetrieb so ordentlich wie nur möglich zu führen, weil sie von ihren Konkurrenten scharf beobachtet und irgendwelche Mängel sofort an die Öffentlichkeit gebracht werden. Dadurch, daß angesehene und reiche Bürger Teilhaber der einzelnen Banken werden, wird deren Ruf beim Publikum ebenfalls erhöht und das Vertrauen zu ihnen gestärkt. Banken, die einen zweifelhaften Ruf genießen, würden dadurch bald aus dem Geldverkehr ausgeschaltet werden. Zur weiteren Erhöhung der Sicherheit empfiehlt Mill, diese Banken noch einer behördlichen Kontrolle über die von ihnen in Umlauf gesetzten Zettel bzw. ihre Verpflichtungen und über die ihnen zur Verfügung stehenden Guthaben zu unterstellen.

Diese Ausführungen Mills, der also im Prinzip für eine Dezentralisation des Bankwesens mit nur verhältnismäßig geringem zentralistischen Einschlag ist, sind in historischer Hinsicht deshalb besonders interessant, weil sie einen guten Einblick in die damaligen Bankverhältnisse Englands gestatten

und sowohl die öffentliche Meinung als auch die allgemeine Ansicht der Volkswirtschaftler über die Stellung, die die Bank von England damals einnahm, charakterisieren. Während in Schottland die Ausgabe von Zetteln in der damaligen Zeit noch ausschließlich auf eine größere Anzahl von Banken ziemlich gleichmäßig verteilt war und — wie Mill selbst bemerkt — Bankerotte höchst selten vorkamen[50]), hatte die Bank von England in dieser Hinsicht bereits eine verhältnismäßig stark ausgeprägte Monopolstellung für das übrige England inne. So waren die Noten der Bank von England bereits um 1834, also zwei Jahre vor dem Tode Mills, durch ein Privilegium ausgezeichnet, das ihnen gesetzliche Zahlkraft bei allen Zahlungen innerhalb Englands und Wales — nicht aber auch in Schottland und Irland — gewährte.

Die Einstellung Mills und vieler seiner Zeitgenossen gegen die Monopolisierung der Notenausgabe durch eine einzelne Staatsbank erscheint verständlich, wenn man berücksichtigt, daß die Bank von England durch die von ihr im Jahre 1797 ausgesprochene bzw. von der Regierung genehmigte Aufhebung der Verpflichtung zur Einlösung der Banknoten, deren tiefere Ursache freilich in erster Linie in dem Kriege mit Frankreich lag, den äußeren Anlaß zu der bis zum Jahre 1816 dauernden Währungskrise gegeben hatte.

In diesem Zusammenhang ist eine Äußerung Mills in einem Briefe vom September 1832 an seinen Freund Brougham, den „Lord-Chancellor" im Grey-Ministerium von 1830 bis 1834, von Interesse, die seine Ansicht über Währungsexperimente charakterisiert und gleichzeitig ein beredtes Zeugnis von seiner temperamentvollen Sprache ablegt. Mill schreibt: „. . . . There is a certain Macqueen of Bedford who has put forth a pamphlet, recommending, without shame, that the ounce of gold shall be coined into five sovereigns; that is that every pecuniary contract in the nation shall be violated, in other words, that one of the parties to every such contract shall be robbed for the benefit of the other. If a man preaches

[50]) „Elements", S. 154: „In Scotland, where banking is nearly placed upon this desirable footing, and where paper money spontaneously filled the channels of circulation, long before the suspension of cash payments at the Bank of England, there have been few failures in the numerous banks which issued paper, notwithstanding all the fluctuations in the value of money, produced by that suspension, and all the convulsions of credit of which those fluctuations were the cause."

this doctrine without seeing what it is, he is below being treated with by argument; if he preaches it, knowing what it is, hanging, a thousand times repeated, would be too small a punishment for him . . ."

Wenn die Bedenken Mills aus den damaligen Zeitverhältnissen heraus auch in gewisser Hinsicht berechtigt erscheinen, so spricht für die Zentralisation des Notenbankwesens doch vor allem der Umstand, daß das große Publikum nicht immer in der Lage ist zu beurteilen, welche Noten Sicherheit bieten und welche nicht. Auch wäre es denkbar, daß sich die Zettelbanken aus einem gewissen Solidaritätsinteresse heraus gegen eine staatliche Kontrolle, für die Mill plädiert, zusammenschließen könnten, um einen Eingriff des Gesetzgebers zu verhindern. Immerhin ist bemerkenswert, daß selbst Peel, mit dessen Namen die Reorganisation des englischen Notenbankwesens verknüpft ist, die Monopolisierung der Bank von England nur soweit fördern konnte, als das unter ihm erlassene Gesetz eine Vermehrung der Noten ausgebenden Institute für die Zukunft verbot und zugleich darauf hinwirkte, daß das Emissionsrecht der bestehenden Notenbanken allmählich mehr und mehr auf die Bank von England überging.

cc) Geldkurs.

Was nun den dritten der erwähnten Nachteile des Papiergeldes betrifft, daß nämlich sein Kurs Schwankungen unterworfen ist, so ist Mill der Ansicht, daß dies keine Eigentümlichkeit der Banknote selbst ist, sondern daß Schwankungen stets von der Regierung des Landes hervorgerufen bzw. bewirkt werden. Daß an sich keine Gründe für eine stärkere Kursabweichung der Banknoten gegeben sind, versucht Mill damit zu beweisen, daß ja von vornherein der Wert einer Note in Münze, also beispielsweise in Gold, festgelegt ist. Sollte daher einmal das Papiergeld unter den festgelegten Metallwert sinken, so würden die Noten sofort in Massen zur Einlösung präsentiert werden. Um dies zu verhindern, müßte alsdann die Regierung die Papiergeldmenge, um ihren Wert zu heben — die Betrachtungen Mills erfolgen eben alle unter dem Gesichtswinkel der Quantitätstheorie — verringern, wenn sie keinen Verlust erleiden will. Umgekehrt würde es sich verhalten, wenn das Papiergeld über den festgesetzten Metallwert steigen sollte. Auch hier würden die Aussteller keinen Gewinn erzielen. — Dieser Erwägung Mills kann man aber entgegenhalten, daß die Regierung bzw. die Aussteller mit Gold, das

ihnen ja dann zuströmte, Ware — allerdings dann nur im Auslande — vorteilhaft kaufen können.

Es liegt also, wie Mill bemerkt, sowohl im Interesse der Regierung bzw. der Aussteller als auch des Publikums, daß der Wert des Papier- und Münzgeldes keinen allzu großen Schwankungen ausgesetzt ist. Soll nun einmal die Menge der Umlaufsmittel reduziert werden und bestehen diese aus Münzen, so kann dies nach Mill nur in der Weise geschehen, daß die Regierung den Metallgehalt der Münzen bei unverändertem Nominalwert verringert. Denn würde man den Münzen ihren Gehalt lassen und doch ihren Wert herabsetzen, so würde dies sofort einen Anreiz zum Einschmelzen der Münzen bieten, und sie würden unmittelbar nach ihrer Ausgabe verschwinden. Ist Papiergeld das Umlaufsmittel und soll seine Menge vermehrt und damit sein Wert verringert werden, so braucht die Regierung nur die von ihr übernommene Verpflichtung, die Banknoten auf Verlangen der Inhaber gegen Metall einzulösen, aufzuheben. Diese letztere Maßnahme aber müßte zu einem Steigen der Preise und einer Benachteiligung aller Gläubiger führen, also nach heutigem Begriff zu einer Inflation, während eine Reduzierung der Umlaufsmittel deflatorische Erscheinungen nach sich ziehen würde. Trotzdem würde in keinem der beiden Fälle — wie Mill bemerkt — eine Verminderung des Nationalvermögens eintreten; denn was der eine verliert, gewinnt der andere und umgekehrt. Es findet also nur eine Verschiebung statt.

Dieser Schlußfolgerung muß man aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus entgegenhalten, daß, während bei einer Inflation ein großer Teil des Volkes in Not gerät, der von einzelnen erzielte mühelose Gewinn in den meisten Fällen zu unproduktiver Konsumtion verleitet, zumal der Gewinner selbst befürchten muß, wieder durch die Entwertung zu verlieren. Es ergibt sich also auf der einen Seite ein Minderverbrauch, dem auf der anderen Seite ein übermäßiger Luxusverbrauch gegenübersteht. — Mill betrachtet die Auswirkungen einer Inflation, ohne sie im volkswirtschaftlichen Sinne näher zu beleuchten, nur vom rein menschlichen Standpunkt aus, wenn er sagt: „These losses are evils of great magnitude, as far as men's feelings and happiness are concerned; and they imply a gross violation of those rules for the guardianship of that happiness, which are comprehended under the term justice[51])."

[51]) „Elements", S. 164.

In dem obigen Zusammenhange tritt Mill noch der Behauptung D. Humes entgegen, daß durch eine Vermehrung des Geldes und eine daraus folgende Preissteigerung, d. h. durch eine Inflation, eine Steigerung der Produktion hervorgerufen wird.

Tatsächlich könnte man geneigt sein, der Behauptung Humes eine gewisse Berechtigung zuzuerkennen, denn bei den meisten in der Neuzeit aufgetretenen Inflationen war zunächst eine gewisse Produktionssteigerung zu verzeichnen. Mill hält aber der Behauptung Humes sehr richtig entgegen, daß durch die Preissteigerung der Wert des Geldes entsprechend herabgedrückt wird, und die neuzeitlichen Inflationen lassen erkennen, daß es sich bei den hier in Betracht kommenden Produktionsvergrößerungen meistens nur um eine Scheinkonjunktur handelte.

L. H. v. Jakob tritt in seinen bereits erwähnten Zusätzen (V) der Auffassung Humes bei und behauptet, daß die Vermehrung des Geldes keineswegs eine Preiserhöhung der Ware nach sich ziehe, wenn nicht gleichzeitig eine größere Nachfrage einsetze, und selbst diese Vermehrung der Nachfrage nach Waren erhöhe den Preis der Waren nicht notwendig proportionell zu dieser Vermehrung.

Tatsächlich ist bei einer Inflation zunächst ein erheblich stärkerer Warenabsatz festzustellen. Das Charakteristische aber dabei ist, daß der Anstoß hierzu von der Geldseite und nicht von der Warenseite aus erfolgt. Diese typische Flucht aus dem Geld in die Ware ist aber keineswegs ein Zeichen einer aufsteigenden Konjunktur, sondern durchaus eine ungesunde, der normalen Wirtschaftsentwicklung zuwiderlaufende Erscheinung. Wenn v. Jakob weiter der Ansicht ist, daß bei einer Vermehrung der Umlaufsmittel niemand mehr Geld für die Ware gibt, wenn ihn nicht die Konkurrenz dazu nötigt, so kann man auch hier entgegenhalten, daß eine der typischsten Inflationserscheinungen darin besteht, daß die Käufer ihr Geld dem Verkäufer in vielen Fällen geradezu aufdrängen, um nur möglichst viel Ware zu erhalten, und zwar deswegen, weil sie fürchten, daß der Wert des Geldes weiter sinkt.

L. H. v. Jakob sucht die Ansicht Mills schließlich noch durch folgenden Hinweis ad absurdum zu führen: „Es ist überhaupt gar nicht die wachsende Menge des Geldes, welche bei gleichbleibendem Warenstand die Preise der Ware erhöht.

sondern allein der Umstand, daß das Geld mit weniger Arbeit erworben wird, macht, daß für eine Ware, deren Hervorbringung eine und dieselbe Quantität Arbeit kostet, mehr Geld als vorher gegeben werden muß[52])."

Damit verläßt aber v. Jakob, ganz abgesehen davon, daß er hier von einem gleichbleibenden Warenstand spricht, während er in seinem ersten Einwand eine Vermehrung der Ware voraussetzt, vollständig den Boden der Diskussion und leitet auf die allgemeinen Ursachen einer Preiserhöhung (zu normalen Zeiten) über, während Mill ausschließlich von der künstlichen Erhöhung der Geldmenge, also der Inflation, spricht.

In den folgenden Abschnitten unterzieht Mill die Voraussetzungen bzw. Bedingungen, unter denen ein Güteraustausch in Verbindung mit dem Geldverkehr zwischen einzelnen Ländern stattfindet, einer näheren Betrachtung und kommt hierbei zu dem Schluß, daß der Wert der Metalle dafür maßgebend ist. So wird z. B. Gold, das ja ebenfalls zu den Waren zählt, in den einzelnen Ländern verschieden wohlfeil sein; im umgekehrten Verhältnis aber zu der Wohlfeilheit des Goldes steht in den betreffenden Ländern der Wert der Waren. Wo also Gold teurer ist, wird man in einem Lande entsprechend mehr Waren kaufen können als in einem anderen Lande, in dem Gold wohlfeiler ist. Demgemäß wird ein Austausch zwischen den Ländern in der Weise erfolgen, daß wechselseitig Gold nach dem Lande, in dem es wohlfeiler ist, fließt und umgekehrt Ware aus diesem Lande nach dem ersteren hinausgeht, wobei beides, Gold sowohl als Ware, einschließlich der Transportkosten noch billiger sein muß als in dem Lande, nach dem die Lieferung erfolgt.

Wenn man auch zugeben will, daß diese Behauptungen Mills im allgemeinen den Tatsachen entsprechen, so erscheinen sie doch etwas zu apodiktisch aufgestellt, da der Güteraustausch zwischen einzelnen Ländern auch noch von anderen Bedingungen als den beiden obengenannten abhängig ist. So scheint vor allem die Dringlichkeit von Angebot und Nachfrage offenbar nicht genügend berücksichtigt zu sein.

Mill schildert nun im folgenden ausführlich den Geld- bzw. Wechselverkehr und Ausgleich der internationalen Zahlungen sowie die Bildung der Devisenkurse. Als Regel für die Wertbestimmung eines Auslandswechsels (Devise) stellt Mill hierbei den folgenden Satz auf: „The value of a bill drawn upon

[52]) Zusätze V, S. 423.

any country is equal, when it arrives, to all the precious metal which the money for which it is drawn can purchase in the market[53])." Daraus folgt: „The exchange, therefore, against any country, can never exceed the amount of two sums: First, the difference between the value of the degraded and the undegraded currency, or that between the nominal amount of the currency, and the quantity of the precious metal which it can purchase; secondly, the expense of sending the metal, when purchased[54])."

Dies würde sich mit der Anschauung der modernen Volkswirtschaftslehre decken, daß der obere Goldpunkt bei demjenigen Kursstand der Devise liegt, der den Goldpreis zuzüglich Versandspesen übersteigt, so daß es vorteilhafter ist, Gold zu exportieren anstatt Devisen zu kaufen, während der untere Goldpunkt durch denjenigen Kursstand der Devise bestimmt wird, der unter dem Goldpreis zuzüglich Versandspesen liegt, so daß es vorteilhafter ist, an Stelle von Devisen Gold vom Ausland anzunehmen.

Die Ansicht, daß nicht nur der Nominalkurs, sondern auch der Realkurs den Betrag der Transportkosten der edlen Metalle übersteigen kann, lehnt Mill ab.

Vergleicht man die Darlegungen Mills in der Frage des Geldwesens mit denjenigen Ricardos, so fällt vor allem ins Auge, daß Mill sich in erster Linie bemüht, dieses Problem im Rahmen seiner volkswirtschaftlichen Gesamtanschauung in seinen Grundelementen klarzulegen, während Ricardo es mehr von der währungstechnischen Seite beleuchtet. Es entsprach auch durchaus Ricardos Stellung im damaligen öffentlichen Leben Englands, in dem er als Autorität auf dem Gebiete des Geldwesens (vergl. die Bullion-Kontroverse) galt, daß er sich vorzugsweise mit den aktuellsten, hierauf bezüglichen Fragen befaßte. Wenn man auf dem übrigen Gebiete der Volkswirtschaftslehre anerkennen muß, daß Mill sich als Meister in der Anordnung des Stoffes und der besonderen Hervorhebung der wichtigsten Dogmen zeigt, wird man in den Fragen des Geldwesens dieses Lob Ricardo spenden müssen, dem besonders die praktischen Erfahrungen und der Umstand, daß er sich persönlich im Brennpunkt der damaligen Währungs- und Finanzkrise befand, helfend zur Seite standen. So ist es geradezu bestechend, wie klar und eindeutig er die Punkte, die ge-

[53]) „Elements", S. 191.
[54]) a. a. O.

wissermaßen den Schlüssel des Währungsproblems bilden, herausstellt, z. B. wenn er u. a. als das Grundgesetz für den Umlauf des Papiergeldes die Beschränkung der Münzmenge angibt, durch die die Münze auf jeden denkbaren Tauschwert gesteigert werden kann[55]); wenn er auf die ungeheure Bedeutung der psychologischen Verfassung des Publikums, die er ausschließlich für den Ausbruch der Krise im Jahre 1797 verantwortlich macht, als Grundpfeiler für eine gesunde Währungspolitik hinweist[56]), und schließlich, wenn er für die Bestreitung der Kosten eines Krieges grundsätzlich Anleihen ablehnt und dafür den Umtausch des Metallgeldes in Papiergeld empfiehlt[57]). — Immerhin sind die Ausführungen Mills dank der ihnen eigenen Systematik als eine wertvolle Ergänzung der von Ricardo auf dem Gebiete des Geldwesens vertretenen Lehrmeinung anzusehen.

4. Konsumtion (Verbrauch).

a) Wesen und Arten der Konsumtion.

Konsumtion ist nach Mill das Ziel oder der Zweck der Produktion — Distribution und Zirkulation bilden die Zwischenoperationen — wobei zwei Arten von Verbrauch zu unterscheiden sind, nämlich produktive und unproduktive Konsumtion.

In den Bereich der ersten fallen der Unterhalt — also Lohn — für den Arbeiter, die Mittel und Werkzeuge und schließlich Rohstoffe.

Unproduktiv ist dagegen jede Konsumtion, die nicht in der Absicht geschieht, mit ihr wieder etwas zu produzieren. So betrachtet Mill den Lohn, den ein Lakai oder Diener erhält, oder den Wein, den man zu den Mahlzeiten trinkt, als unproduktive Konsumtion. — Bei dem ersten Beispiel könnte man aber entgegenhalten, daß ein Diener, dessen Aufgabe es u. a. ist zu beaufsichtigen, Ordnung zu halten usw., zum wenigsten als indirekt produktiv wirkend angesehen werden kann. Überhaupt ist die Definition der unproduktiven Konsumtion wohl etwas zu eng gefaßt, zumal wenn man an Kultur-, Luxus- und Naturbedürfnisse denkt. Allerdings ist es schwer, zwischen diesen und den Existenzbedürfnissen, die ja unter die

[55]) Vergl. D. Ricardo, Principles of Political Economy and Taxation, London 1911, S. 341.
[56]) ebenda, S. 346.
[57]) ebenda, S. 349.

produktive Konsumtion fallen, eine scharfe Grenze zu ziehen, besonders auch deshalb, weil es ja nicht nur materielle, sondern auch ethische und ästhetische Bedürfnisse gibt.

Aus den obigen beiden Definitionen folgert Mill, daß unproduktive Konsumtion nur Zweck mit dem Ziel des Genusses ist, produktive Konsumtion dagegen ein Mittel zu abermaliger Produktion. In seiner Schrift „Commerce defended . . ." (1808), in der er bereits diese beiden Arten von Konsumtion unterscheidet, glaubt er der letzteren eine bessere Definition in dem Ausdruck „employment" geben zu können. „The other is a consumption for the sake of reproduction, and might perhaps with more propriety be called „employment" than consumption[58])." Durch produktive Konsumtion kann also nichts verloren werden, vielmehr wird das produktiv Konsumierte wieder zu Kapital und wird eines künftigen Gewinns wegen konsumiert, während unproduktive Konsumtion um eines unmittelbaren Genusses willen erfolgt.

Die Gesamtheit der Güter, die ein Land hervorbringt, bildet nach Mill den Rohertrag. Was von diesem übrig bleibt, nachdem das konsumierte Kapital ersetzt worden ist, ist der Reinertrag, der als Kapitalgewinn oder Grundrente zur Verteilung gelangt. Dieser Reinertrag ist die Quelle, der jeder Zuwachs des Nationalvermögens entspringt. Wird der Reinertrag unproduktiv konsumiert, so bleibt das Nationalvermögen unverändert, und es vergrößert sich, wenn weniger als der Reinertrag unproduktiv verbraucht wird. Sobald aber mehr als der Reinertrag unproduktiv konsumiert wird, geht dieser Mehrverbrauch auf Kosten des Nationalvermögens.

Wenn angenommen werden kann, daß alles, was produziert wird, auch in den Konsum übergeht, so folgt nach Mill daraus, daß sich die Konsumtion immer gleichmäßig mit der Produktion ausdehnt. Zu dieser Schlußfolgerung kommt Mill auf folgende Weise: Geht man von der primitivsten Form der Produktion aus, die im Interesse der Selbstversorgung — also z. B. in der geschlossenen Hauswirtschaft — erfolgt, so ergibt sich, daß nur soviel hergestellt wird, als dem eigenen Bedarf entspricht. Auf der weiter entwickelten Stufe, auf der eine Produktion über den Selbstbedarf hinaus stattfindet, erfolgt diese nur in der Absicht, dieses Mehr gegen andere Güter, die man zu erhalten wünscht, einzutauschen. Bei der Selbstversorgung ist weder Angebot noch Nachfrage vorhanden,

[58]) „Commerce defended . . .", S. 69.

vielmehr treten diese beiden Begriffe erst in Erscheinung, sobald ein Güteraustausch stattfindet; sie sind also nur diesem eigentümlich.

Die Voraussetzung für die Nachfrage bildet nach Mill das Verlangen nach Gütern und ein Äquivalent, welches dafür angeboten werden kann. Dieses Äquivalent ist also das Instrument der Nachfrage.

Nach dieser Definition Mills würde also die Nachfrage das Angebot wecken. Es kann wohl zugegeben werden, daß das Primäre die Nachfrage ist; andererseits ist es aber auch erforderlich, das Bedürfnis in die richtigen Bahnen zu lenken, um den Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot herbeizuführen.

Das Verlangen des Produzierenden nach einzutauschenden Gütern, so argumentiert Mill weiter, umfaßt alles, was er produziert, mit Ausnahme desjenigen, was er selbst davon konsumiert, d. h. seine Nachfrage ist genau dem gleich, was er — mit der soeben genannten Einschränkung — produziert. „In whatever shape any part of the annual produce has come into his hands, if he proposes to consume no part of it himself, he wishes to dispose of the whole; and the whole, therefore, becomes matter of supply: if he consumes a part, he wishes to dispose of all the rest, and all the rest becomes matter of supply[59])." Da hiernach jedermanns Nachfrage demjenigen Teil des jährlichen Produktes gleich ist, über welchen er verfügen kann, und da andererseits eines jeden Angebot genau dem entspricht, so folgert Mill hieraus, daß Angebot und Nachfrage eines jeden Einzelnen und damit auch der Gesamtheit gleich sein müssen.

Dem Einwand, der an dieser Stelle erhoben werden könnte, daß nämlich das Angebot zuweilen die Nachfrage übersteigt, begegnet Mill damit, daß, wenn dies auch zuweilen zutreffe, dennoch nicht bestritten werden könne, daß der Anbietende doch nur in der Absicht auf den Markt komme, ein Aequivalent zu erhalten. Wenn irgend eine Ware also in größerer Menge angeboten als verlangt werde, so müsse eine andere in geringerer Menge angeboten als verlangt werden; Geld zählt hierbei auch als Ware.

Selbstverständlich kann auch der Fall eintreten, daß das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion gestört wird. Die Ursache dafür ist aber nach Mill darin zu suchen,

[59]) „Elements", S. 231.

daß irgend einem Herstellungszweige Kapital entzogen wurde. Der dadurch auf der einen Seite entstehende Mangel hat eine Preissteigerung, die übermäßige Produktion einer Ware eine Senkung der Preise für diese zur Folge. Der niedrige Preisstand vertreibt aber sehr bald wieder durch die Verminderung des Kapitalgewinns einen Teil des Kapitals, das in der Produktion der im Überfluß hergestellten Ware investiert ist, während der hohe Preis eines Artikels, in dem Mangel herrscht, einen neuen Teil des Kapitals zu dessen Produktion hinzieht, wodurch alsbald wieder ein Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot herbeigeführt wird.

Diese Ansicht vertritt Mill bereits in seiner im Jahre 1808 erschienenen Schrift „Commerce defended . . .". Er schreibt dort[60]): „What indeed is meant by a commodity's exceeding the market? Is it not that there is a portion of it for which there is nothing that can be had in exchange? But of those other things then the proportion — besser hätte er hier wohl gesagt: »the production« — is too small. A part of the means of production which had been applied to the preparation of this superabundant commodity, should have been applied to the preparation of those other commodities till the balance between them had been established." — „It (this doctrine) shows that a nation always has within itself a market equal to all the commodities of which it can possibly have to dispose; that its power of purchasing is always equivalent to its power of producing, or at least to its actual produce; and that as it never can be greater, so it never can be less[61])."

Wenn man die Folgerichtigkeit der Ausführungen Mills, der auch hier wieder sehr scharfsinnig deduziert, im Prinzip auch anerkennen will, so ließe sich doch u. a. der Einwand erheben, daß er die Verhältnisse zu eng faßt; so läßt er z. B. den Kredit (Aufschub der Leistungen) außer acht.

b) Steuern.

aa) Bodenreform.

In seinen weiteren Betrachtungen befaßt sich Mill mit der Rolle, die der Regierung eines Landes im Rahmen der Konsumtion zufällt, und leitet damit zu dem Gebiete der öffentlichen Abgaben über. Im wesentlichen lehnt er sich hierbei an den physiokratischen Standpunkt an, so z. B. wenn er behaup-

[60]) „Commerce defended . . .", S. 85.
[61]) ebenda, S. 86.

tet, daß die Konsumtion einer Regierung unproduktiv ist; bestenfalls räumt er ein, daß sie indirekt produktiv ist, und zwar dadurch, daß die Produktion eines Landes unter dem Schutz der Staatsführung vor sich geht. Die Quellen, aus denen eine Regierung das für ihre Konsumtion notwendige Einkommen bezieht, sind die öffentlichen Abgaben, die Mill in direkte und indirekte einteilt.

Bei den ersten kommen vor allem drei in Betracht: die Grundrente, der Kapitalgewinn und der Arbeitslohn.

Wenden wir uns zunächst der Grundrente zu. In Anbetracht der Stellung, die Mill in dieser Hinsicht einnimmt, erscheint es angezeigt, seine Ansicht in der Frage der Besteuerung der Grundrente eingehender zu beleuchten.

Die Bodenreformbewegung, als deren Prinzip man die Wegsteuerung der Grundrente zu Gunsten des Staates ansieht, wird auf James Mill und seinen Sohn John Stuart zurückgeführt. Es wird daher zu untersuchen sein, wie sich insbesondere James Mill im einzelnen zu dieser Frage stellt.

Gleich zu Beginn seiner Betrachtung über die Besteuerung der Grundrente schreibt Mill: „It is sufficiently obvious that the share of the rent of land, which may be taken to defray the expenses of the government, does not affect the industry of the country[62])." Es ist also zu beachten, daß hier nur von der Wegsteuerung eines Teiles und nicht der ganzen Grundrente die Rede ist.

Sofern Grund und Boden noch nicht Privateigentum geworden sind — was beispielsweise denkbar ist, wenn ein Volk in ein neues Land einwandert — bestehen nach Mill keine Bedenken, die Grundrente zur Bestreitung des Staatshaushaltes heranzuziehen, weil hierbei keinerlei Benachteiligung irgend einer Klasse eintritt. Anders verhält es sich jedoch, wenn der Boden in Privateigentum übergegangen und die Grundrente nicht sofort besteuert worden ist. In diesem Falle würde es eine ungerechtfertigte Benachteiligung einer einzigen Klasse, nämlich der Grundbesitzer, bedeuten, wenn sie die Grundrente dem Staate zur Verfügung stellen müßte. „It is a measure, therefore, never to be thought of by any government, which would regulate its proceedings by the principles of justice[63])." An eine Erfassung der Grundrente, wie sie seit Anbeginn des Privateigentums besteht, ist also nicht zu denken. Auch die gegenwärtige (also damalige) Rente — ja sogar dieser muß

[62]) „Elements", S. 248.
[63]) ebenda, S. 251.

noch ein gewisser Zuwachs zugestanden werden — kann nach Mill nicht weggesteuert werden[64]). Erst wenn auf Grund von Maßnahmen der Staatsführung der Reinertrag des Bodens unverhältnismäßig stark gesteigert werden kann oder durch eine andauernde Zunahme der Bevölkerung die Kapitalien mit immer geringerer Rentabilität auf dem Boden angelegt werden können, so daß ein immer größerer Teil des Reinertrags der Grundrente zufließt, empfiehlt Mill, diesen Wertzuwachs wegzusteuern. „This continual increase, arising from the circumstances of the community, and from nothing in which the landholders themselves have any peculiar share, does seem a fund no less peculiarly fitted for appropriation to the purposes of the state, than the whole of the rent in a country where land had never been appropriated[65])."

Was auch gegen die Bodenreform eingewendet werden mag — daß beispielsweise die Erhöhung des Reinertrags sehr wohl der Privatinitiative entspringen kann — so geht aus der Stellungnahme Mills hervor, daß er in dieser Frage keineswegs einen solch radikalen Standpunkt eingenommen hat, wie er ihm im allgemeinen in der Literatur zugeschrieben wird. Auch der oben zitierte Ausspruch atmet nicht den ihm untergeschobenen krassen Sozialismus. Sein Sohn John Stuart ist jedenfalls in diesem Punkte ganz erheblich weitergegangen. Wenn James Mill als der Vater der Bodenreform und damit als der „spiritus rector" der Sozialisierung oder Nationalisierung des Bodens angesehen wird, so muß — wie aus seinen Ausführungen hervorgeht — betont werden, daß ihm diese Gedanken durchaus fern lagen. Der einzige Fall, in dem er für eine Sozialisierung eintritt, d. h. wenn ein Volk in ein neues Land einwandert, dürfte in der Neuzeit wohl kaum praktisch werden.

Auch von der ausschließlichen Inanspruchnahme der Grundrente als Steuerquelle des Staates etwa im Sinne einer „single tax", wie sie den Bodenreformern im Prinzip vorschwebt, ist bei Mill nur insofern die Rede, als er die Berechtigung dazu dem Staate nur für den Fall zuspricht, daß

[64]) Es trifft also nicht zu, wenn in „Gide und Rist, Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen, deutsch von R. W. Horn, Jena, 1923, S. 616", behauptet wird, James Mill sei schon 1821 für eine Inanspruchnahme nicht nur der jetzigen Rente, sondern auch ihrer zukünftigen Steigerung eingetreten.

[65]) „Elements", S. 253.

durch seine Maßnahmen der Reinertrag des Bodens wesentlich erhöht wird. Deswegen braucht seine Ansicht, daß in früheren Zeiten, also speziell im Mittelalter, die gesamten Regierungskosten mit unbedeutenden Ausnahmen allein von der Grundrente getragen wurden, keineswegs als hierzu im Widerspruch stehend angesehen zu werden. Im übrigen tritt er ja für die Erfassung einer ganzen Reihe von Faktoren zu Steuerzwecken ein.

Die in seinem Hauptwerk „Elements" niedergelegten Anschauungen über die Wegsteuerung der Grundrente decken sich auch mit seinem bereits früher in der Schrift vom Jahre 1808 „Commerce defended..." in dieser Frage eingenommenen Standpunkt. Den „Economists", die England im physiokratischen Sinne wieder zu einem Agrarstaat machen möchten, weil nach ihrer Ansicht der Wohlstand allein vom Landbau abhängt, wirft er vor, daß sie dabei eine notwendige Folgerung außer acht lassen. „They (the Economists) abstain, however, from informing this class of their readers (the landholders), that land, according to their doctrine, is the one and only proper subject of taxation" (also: single tax!)[66]). — „If land be the one and only source of wealth, the absurdity is evident of seeking in any other quarter that portion of the national produce which is required for the necessities of the state[67])." Gewiß! Wenn Mill für eine „single tax" eintritt, sofern der Boden die einzige Quelle des Reichtums ist, so läßt sich dagegen nichts einwenden. Aber Mill ist ja kein Physiokrat.

Zu den Forderungen der Agrar-Kommunisten nimmt Mill bereits in seiner Schrift „Commerce defended..." Stellung. Sein Gegner Spence schlägt zur Beantwortung der Frage, wodurch der größte Wohlstand für die Masse der Gesellschaft erreicht werden könnte, vor, den Boden durch Gesetz gleichmäßig unter den Einwohnern des Landes aufzuteilen; allerdings muß er selbst zugeben, daß dies eine Revolution, die in ihren äußersten Konsequenzen verheerend sein könnte, bedeuten würde. Und hierin pflichtet ihm Mill bei bzw. lehnt er einen solchen Gedanken als Absurdität ab. „The system of the Economists, then, cannot be established but in an impossible state of things. It is a system not applicable to human affairs. It is therefore an absurdity[68])."

[66]) „Commerce defended...", S. 15.
[67]) a. a. O.
[68]) ebenda, S. 58.

Die Ausführungen Mills über die Wegsteuerung der Grundrente sind als eine wichtige Ergänzung der von Ricardo in dieser Frage vertretenen Ansicht zu betrachten. Ricardo sucht bekanntlich im Gegensatz zu Ad. Smith nachzuweisen, daß eine Steuer auf Grund und Boden, auf den Gewinn des Pächters oder auf die Erzeugnisse des Bodens auf keinen Fall den Grundbesitzer trifft. Bei den Böden der schlechtesten Qualität, die also als letzte bebaut werden, ergibt es sich von selbst, daß eine Bodensteuer nicht auf den Grundherrn fällt, da von diesem ja eine Rente überhaupt nicht entrichtet wird. In diesem Falle wird der Pächter die Steuer durch Erhöhung der Preise der Bodenerzeugnisse hereinzuholen versuchen. In analoger Weise wird auch bei den übrigen Böden die Steuer als in den erhöhten Preisen zum Ausdruck kommend zu betrachten sein, selbst wenn der Pächter bei Vereinbarung des Pachtzinses mit dem Grundherrn die Steuer bereits einkalkuliert haben sollte in der Voraussicht, daß er sie vorzustrecken hat, weil alles, was die Produktionskosten des Getreides vermehrt, also auch die Grundsteuer, den Preis der Bodenerzeugnisse erhöht.

Jedenfalls ist auch Mill der Ansicht, daß eine Bodensteuer, die der Grundherr nicht selbst abzuführen hat, diesen nicht trifft, und er zieht hieraus bewußt die weiter sich notwendig ergebenden Konsequenzen, indem er unter den geschilderten Einschränkungen für eine Erfassung der Bodenrente selbst zu Steuerzwecken eintritt.

bb) Sonstige Besteuerungsarten.

Eine weitere ergiebige Quelle für die Deckung des staatlichen Finanzbedarfes sieht Mill in der Besteuerung der Grundrente selbst, die dem Grundherrn zur Last fiele, sowie des Kapitalgewinns, bei der infolge ihrer Gleichförmigkeit vermieden wird, daß Kapitalien etwa von irgend einem Produktionszweig abgezogen und für einen anderen verwendet werden.

Als bedeutender Fonds der Besteuerung kommt ferner der Arbeitslohn in Frage. Auf seiten des Unternehmers bleiben hierbei nach Mill die Verhältnisse unverändert, wenn die Steuer ausschließlich vom Arbeiter getragen wird, d. h. wenn nicht gleichzeitig mit der Erhebung der Steuer eine entsprechende Erhöhung des Lohnes erfolgt. Geht aber beispielsweise mit der Lohnbesteuerung eine Produktionserweiterung — bei gleichbleibendem Angebot der Arbeitskräfte — Hand

in Hand, deren notwendige Folge eine Heraufsetzung des Lohnes ist, so trifft die Steuer nicht den Arbeiter, der ja ein Aequivalent in dem höheren Lohn erhält, sondern den Unternehmer, dessen Kapitalgewinn sich infolge der höheren Löhne entsprechend verringert.

Welche Wirkung üben nun die genannten drei Steuern auf die Preise aus?

Sowohl bei der Grundrentensteuer als auch bei der Besteuerung des Kapitalgewinns erfolgt nach Mill keine Veränderung der Preise und zwar deshalb, weil bei der ersten der Grundbesitzer nicht in der Lage ist, die Rente zu erhöhen, und bei der zweiten keine Kapitalverschiebung eintritt.

Auch bei der Besteuerung des Lohnes, sei es, daß er unverändert bleibt oder gleichzeitig entsprechend erhöht wird, bleiben die Preise unverändert; denn in dem ersten Fall geht das, was der Arbeiter durch die Steuer verliert, in die Hände der Regierung über, die es ihrerseits zu Produktionszwecken verwendet, und auch im zweiten Falle tritt keinerlei Veränderung, weder im Umfange des Nationalvermögens und des Produktes des Landes, noch in Angebot und Nachfrage ein. Allenfalls erfolgt eine Verschiebung innerhalb dieser Klassen; die Preise aber bleiben zum mindesten im Durchschnitt unverändert.

Es folgt nun die Erörterung der indirekten Steuern, von denen Mill zunächst die Warensteuer erwähnt, die nach heutigen Begriffen etwa unseren Aufwandssteuern, wie Salz-, Zucker-, Wein-, Tabaksteuer etc. entspricht. Eine Abwälzung der Warensteuern auf den Konsumenten hält er deshalb für gerechtfertigt, weil der Produzent — sofern nicht alle Waren besteuert werden — gegenüber anderen benachteiligt und schließlich nicht mehr in der Lage wäre, rentabel zu arbeiten.

Hier könnte wohl der Einwand erhoben werden, daß bei dieser Frage doch wohl die Höhe der Steuer von ausschlaggebender Bedeutung ist. Es ist daher durchaus denkbar, daß eine Klasse von Produzenten, selbst wenn sie allein eine Warensteuer zu tragen hätte, trotzdem noch produktionsfähig bleiben kann, vor allem dann, wenn z. B. durch Betriebsverbesserungen ein Teil der Steuern wieder eingeholt wird.

Weiter empfiehlt Mill eine Besteuerung sämtlicher Waren nach ihrem Werte, die zwar eine allgemeine Preissteigerung mit sich brächte, durch die aber deren relativer Tauschwert erhalten bliebe. — Eine solche Besteuerung ließe sich also

etwa mit unserer heutigen Umsatzsteuer vergleichen, die alle Waren gleichmäßig trifft.

Mill untersucht nun den Charakter einer weiteren Anzahl von Steuern und ihre Auswirkung. Eine Getreidesteuer bzw. eine Auflage auf die Bodenerzeugnisse überhaupt würde nach Mill den Preis steigern und somit dem Konsumenten zur Last fallen; sie entspräche dem sogenannten „Zehnten" (tithe), der besonders im Mittelalter die am meisten verbreitete Steuer darstellte. Die Armentaxe (poor rate), insoweit sie vom Gewinn des Pächters, des Fabrikanten oder des Kaufmannes erhoben wird, bedeutet ebenfalls eine Besteuerung. Wird sie in Form einer Hauszinssteuer erhoben, so geht sie zu Lasten des Mieters und stellt in diesem Falle eine Einkommensteuer dar. Auf die Grundrente berechnet, ist sie eine Besteuerung der Grundrente. Lastet sie unverhältnismäßig auf dem Gewinn irgend einer Klasse von Kapitalisten, so wird sie ihnen erstattet, weil dadurch die Preise erhöht werden. — Hierzu wäre zu bemerken, daß eine Erstattung tatsächlich nur dann stattfindet, wenn eine solche Abwälzung überhaupt möglich ist; zunächst erfolgt wohl eine Verschiebung zu Gunsten des Kapitalisten, doch kann als Folge der Preiserhöhung ein Konsumrückgang eintreten, der letzten Endes doch einen Schaden für den Kapitalisten darstellt.

Wird eine Bodensteuer nicht — wie oben geschildert — auf die Grundrente oder auf den Bodenertrag gelegt, sondern nach der Fläche bemessen, so wirkt sie nach Mill in verschiedener Richtung, je nachdem nur bebautes oder auch unbebautes Land besteuert wird. In dem ersten Falle steigert sie den Preis des Produktes und wird somit von den Konsumenten getragen, während sich die Grundrente entsprechend erhöht. Wird sowohl bebautes als auch unbebautes Land der Fläche nach besteuert, so trägt sie der Grundbesitzer allein, da keine Preissteigerung stattfindet.

Für die Übertragung des Eigentums kommen nach Mill verschiedene Steuern — die wir heute unter dem Begriff der Verkehrssteuern zusammenfassen — in Frage, wie Erbschaftssteuern, Stempelabgaben, Gebühren beim Kauf und Verkauf, bei schriftlichen (d. h. amtlichen) Übertragungen, bei gerichtlichen Verfahren und richterlichen Handlungen. Die letztgenannten hält Mill nicht für gerechtfertigt, denn: „There is no peculiar propriety in taxing a man because he has a right, which, unfortunately for him, is disputed. But there is the

greatest of all improprieties in taxing a man, because he has sustained an act of injustice[69]).“ Eine Steuererhebung in der Gerechtigkeitspflege ist nach Mill eine Prämie für die Ungerechtigkeit.

In dieser Folgerung geht Mill aber offenbar etwas zu weit; denn schließlich wird es niemals zu vermeiden sein, daß sich in den Besitz- und Eigentumsverhältnissen der Menschen zum wenigsten Grenzfälle ergeben, in denen das Recht strittig ist. In diesen Fällen ist es alsdann nicht unbillig, wenn auch der obsiegende Teil mitunter für die endgültige Feststellung und rechtliche Anerkennung seines Besitzes eine Steuer entrichtet, also der Staatsleistung eine Gegenleistung gegenübersteht. Im allgemeinen ist in dieser Beziehung heutzutage ein Ausweg insofern geschaffen, als derjenige, der den Prozeß verliert, also das Unrecht auf seiner Seite hat — und von diesem spricht Mill gar nicht — sämtliche Kosten trägt. Aber auch hier können Härten beseitigt oder gemildert werden, sei es durch Inanspruchnahme des Armenrechts, Stellung eines Offizialverteidigers oder dergl.; immerhin charakterisiert die Ansicht Mills seine idealistische Einstellung, wenn er es als eine Härte ansieht, die Besitzverhältnisse mit Steuern zu belasten, lediglich deshalb, weil sie Gegenstand eines Streites sind.

Eine Besteuerung des Münzwesens hält Mill nur bei der ersten Erwerbung der Metallbarren oder bei Gelegenheit der freien Ausprägung für gerechtfertigt. Er plädiert also für Erhebung eines Schlagschatzes bzw. eines Einfuhrzolles oder einer einmaligen Abgabe, falls die Barren eingeführt werden oder aus inländischen Bergwerken kommen.

Der Wert der Münze entspricht danach demjenigen des Metalls zuzüglich des Schlagschatzes, so daß praktisch derjenige, der die Ausprägung vornehmen läßt, nicht von dieser Auflage betroffen wird.

Die weiteren Darlegungen Mills, daß in einem Lande, in dem neben der Metallmünze zugleich Papiergeld zirkuliert, dieses solange vermehrt werden kann, bis es vorteilhafter wird, es in Münze umzuwandeln; daß es weiter für die Inhaber von Papiergeld nur dann vorteilhafter ist, dieses den Banken zum Umtausch gegen Metallmünze zu präsentieren, wenn sie durch das Einschmelzen gewinnen können; daß ferner die Einschmelzung die einzige Beschränkung der Papier-

[69]) „Elements“, S. 293.

geldmenge darstellt, die von den Inhabern nach Belieben in Metallgeld umgesetzt werden kann, sind insofern als gegenstandslos zu betrachten, als sie nur für den Fall Geltung haben, daß der Betrag der gesamten Tauschmittel nicht beschränkt ist. Die geschilderten Wirkungen des Papiergeldes fallen jedoch weg, sobald die Banken die Verpflichtung haben, ihre Zettel auf Wunsch der Inhaber gegen Metallmünze oder -barren einzulösen, womit gleichzeitig eine Beschränkung des Umlaufgeldes, d. h. nach heutigem Begriff eine direkte oder indirekte Notenkontingentierung, Hand in Hand geht.

Zum Schluß seiner Betrachtungen kommt Mill auf die Wirkungen von Steuern und Abgaben auf Waren zu sprechen. Er tritt hierbei für den Freihandel ein, da — wie er in Beispielen darlegt — durch die Besteuerung einzelner Artikel der Handel erschwert wird. Je weniger Auflagen erhoben werden, um so leichter kann sich nach seiner Ansicht die freie Anlage der Kapitalien entwickeln.

Schluß.

Als die hauptsächlichsten Dogmen Mills ergeben sich: Der Boden ist der Ausgangspunkt der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und des wirtschaftlichen Lebens. Die treibende Kraft in dieser Entwicklung bildet die Bevölkerung, deren Vermehrung über einen gewissen Rahmen hinaus im Interesse der Glückseligkeit aller Menschen nicht wünschenswert erscheint, weil angenommen werden muß, daß die Masse des Kapitals nicht im gleichen Umfange erweitert werden kann. Das Kapital selbst, auf die Arbeit reduziert, steht wieder im engsten Zusammenhang mit dem Lohn einerseits und der Bevölkerung andererseits, wobei der Kapitalgewinn das Unternehmer- bzw. Leistungsentgelt darstellt. Für die Grundrente als besonderen Faktor ist der zuletzt bebaute Boden bzw. das mit der geringsten Wirksamkeit angelegte Kapital maßgebend. Unternehmergewinn und Lohn stehen im entgegengesetzten Verhältnis. Als Preisregulator fungieren einerseits das Kapital, andererseits die Arbeit, ja nachdem der eine oder der andere Faktor den Ausschlag gibt.

Ist der eine Hauptbestandteil der Volkswirtschaft der Boden, so schließen sich ihm als gleichwertige Größen die Industrie und der Handel an. „The two main springs of national wealth and prosperity, are the cultivation of the land, and manufactures for home employment and consumption. Foreign commerce is a mere auxiliary to these two[1])." Bei allen drei Faktoren aber ist die Arbeit das treibende und erhaltende Moment. „The truth is, that nothing creates wealth but the hands of our industrious country-men, set to work by the means, and regulated by skill and judgment of others[2])." Richtunggebend für den Güteraustausch ist der Freihandel, da der größte Wohlstand nur dann erreicht werden kann, wenn man Kapital und Güter sich ungehindert ihre Wege suchen läßt. —

Zweifellos ist Mill unter den Volkswirten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts derjenige, der sich am engsten auf den

[1]) „Commerce defended . . .", S. 115.
[2]) ebenda, S. 109.

Spuren Ricardos hält, obgleich immerhin verschiedene bemerkenswerte Unterschiede in den Gedankengängen beider vorhanden sind. Vergleicht man den Aufbau von Mills „Elements" mit demjenigen von Ricardos „Principles", so ist festzustellen, daß Mill der Lehre Ricardos insofern eine neue Form gegeben hat, als der Stoff nach einem festen Plan geordnet ist. Daß er hierbei als Rahmen die Grundpfeiler der gesamten Volkswirtschaft, nämlich Produktion, Distribution (Zirkulation) und Konsumtion gewählt hat, muß als eine durchaus glückliche Lösung bezeichnet werden. Sein Werk erhält hierdurch den Charakter eines „Systems der Volkswirtschaftslehre".

Innerhalb der Grenzen dieses systematischen Aufbaus bemüht sich Mill, die Dogmen einzeln herauszuarbeiten und zu untersuchen, während sie sich bei Ricardo oft in verschiedenen Kapiteln verteilt finden. Selbstverständlich kann es auch Mill nicht verhindern, daß sich die Probleme überschneiden. So erfährt z. B. der Produktionsbegriff unter dem Thema „Konsumtion" noch eine weitere Deutung. Dies liegt aber wohl in der Natur der Sache, d. h. darin, daß in der Volkswirtschaftslehre die einzelnen Dogmen oft ineinander übergreifen und miteinander verknüpft sind. Jedenfalls muß man anerkennen, daß es Mill gelungen ist, die Thesen Ricardos in logischer Reihenfolge systematisch zusammenzufassen.

In der Literatur wird Mill zuweilen der Vorwurf gemacht, daß er die Probleme zu abstrakt behandelt, sie in einen zu engen Rahmen preßt und die Grenzen zu scharf zieht. Es ist nicht zu verkennen, daß Mill in der Behandlung des Stoffes und in seiner Beweisführung oft mit geradezu mathematischer Exaktheit und unerbittlicher Logik vorgeht. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß er sich die Aufgabe gestellt hatte, die volkswirtschaftlichen Dogmen und im besonderen die Lehre Ricardos in einer leicht faßbaren und verständlichen Form der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Darin, daß in den weitesten Kreisen der Bevölkerung und selbst unter den wissenschaftlich Gebildeten oft ganz falsche Vorstellungen von den einfachsten wirtschaftlichen Vorgängen und ihren Zusammenhängen herrschten, erblickte Mill eine der Ursachen für die Mißstände seiner Zeit, und für die Abstellung dieses Übelstandes waren seine „Elements" bestimmt. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, muß zugegeben werden, daß Mill seiner Aufgabe in hohem Maße gerecht geworden ist.

Es wäre aber nun durchaus verfehlt, wollte man aus der Art der Behandlung des Stoffes den Schluß ziehen, daß Mill der Blick dafür, wie die Dinge tatsächlich liegen, vollständig verloren gegangen und er in der Anwendung der Isoliermethode gewissermaßen erstarrt wäre. Oft genug beruft er sich auch auf die Erfahrung, um die von ihm vertretenen Thesen zu stützen. Auch erkennt er durchaus an, daß es nicht immer möglich ist, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen, sofern es sich um die Betrachtung gegensätzlicher Punkte handelt, und daß es zuweilen Grenzfälle gibt, bei denen man sich je nach dem eingenommenen Standpunkt für die eine oder andere Ansicht entscheiden wird. Wenn er aber trotzdem nicht auf die von ihm vorgenommenen Einteilungen und Zergliederungen glaubt verzichten zu können, so nur deshalb, weil er eben die zu vermittelnde Materie so klar und allgemein verständlich wie nur möglich machen will. So sagt er z. B. selbst in dieser Hinsicht: „Almost all our classifications are liable to this inconvenience (nämlich, daß sich nicht immer scharfe Grenzen ziehen lassen). Between things, which differ the most widely, there are almost always orders of things, which approach by insensible gradations[3])." — „Notwithstanding this difficulty, it is absolutely necessary, for the purposes of human discourse, that classification should be performed, and the line drawn somewhere. This may be done, with sufficient accuracy both for science and for practice. It is chiefly necessary that the more important properties of the objects classified should be distinctly marked in the definition of the class. It is not difficult, after this, to make allowance, in practice, for those things which lie, as it were, upon the confines of two classes; and partake, in some degree, of the properties of both[4])."

War Ricardo mehr der Theoretiker, der überhaupt nur schwer dazu zu bewegen war, seine Schriften der Öffentlichkeit zu übergeben, so verkörpert Mill mehr das rastlos vorwärts treibende Element. Mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln setzt er sich dafür ein, daß die volkswirtschaftlichen Lehren in so großem Maße wie nur irgend möglich verbreitet werden, um zur Aufklärung der Bevölkerung beizutragen. Daneben nimmt er aber noch regsten Anteil an allen aktuellen politischen und sozialen Fragen.

[3]) „Elements", S. 224.
[4]) ebenda, S. 225.

Neben einer wirklich guten und nützlichen Regierung[5]), für die er in seinen Artikeln „Government" (Suppl. to the Encyclopaedia Britannica) und „State of the Nation" (1. Nummer d. „London Review") eintritt, muß eine wirklich freie Presse den ungehinderten Meinungsaustausch vermitteln können; denn — wie Mill in seinem Artikel „Liberty of the Press" betont — steht fest, „that there are no marks by which it can be decided beforehand, what opinions are true and what are false; that there must, therefore, be equal freedom of declaring all opinions, both true and false; and that, when all opinions, true and false, are equally declared, the assent of the greater number, when their interests are not opposed to them, may always be expected to be given to the true[6])."

Das Fundament eines geordneten Staates muß — wie Mill in seinen Artikeln „Government" und „Jurisprudence" darlegt — der Rechtsgedanke und seine Hüterin muß eine gesunde Rechtspflege sein. Die Ausgangsbasis hierfür bildet die Anerkennung und der Schutz des Eigentums sowie die Erkenntnis, daß alle Güter die Frucht der Arbeit sind. Der Zweck der Rechtspflege muß sein, die Diskrepanz auszugleichen, die dadurch entsteht, daß einerseits die Macht in den Händen einer begüterten Minderheit liegt und von dieser mißbraucht wird, während andererseits die große Masse der wenig Bemittelten und Unterdrückten gegen die stärkere Klasse konspiriert. Das Ziel liegt also in dem utilitarischen Dogma: „The greatest happiness of the greatest number". — „That the object, then, of the social union, may be obtained; in other words, that the weak may not be deprived of their share of good things, it is necessary to fix by some determination, what shall belong to each, and to make choice of certain marks by which the share of each may be distinguished. This is the origin of right[7])." — „And it thus appears that it is for the sake of property that government exists[8])."

Die von Mill vertretenen Ansichten trugen zu einer grundlegenden Umwälzung in der Auffassung des Rechtsge-

[5]) Nach Brentano (vergl. „Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands", Bd. II, S. 244) ist der Gedanke, daß eine Verwaltung Nützliches leisten müsse, erst durch Bentham und die Utilitarier gekommen.

[6]) „Supplement to the Encyclopaedia Britannica", Vol. V, S. 267.

[7]) ebenda, S. 144.

[8]) ebenda, Vol. IV, S. 492.

dankens bei, und sein Einfluß war mitbestimmend für den Wechsel in der öffentlichen Meinung Englands, die damals zum Teil mit den in der französischen Revolution gepredigten Theorien der allgemeinen Menschenrechte und der absoluten Gleichheit der Menschen sympathisierte. Unter Mills Devise wurde der Kampf um die Reform-Bewegung geführt und gewonnen. Durch die Reform-Bill vom Jahre 1832 wurde der große Schritt getan, das Unterhaus zu demokratisieren und es an Stelle der bisherigen Vertretung des wohlhabenden Landbesitzertums zu einer Vertretung der, wenn auch noch nicht gesamten, so doch überwiegenden, arbeitenden Bevölkerung zu machen. Für alle Städte wurde ein gleichmäßiger Census für das aktive Wahlrecht eingeführt; er forderte den Nachweis einer Miete von £ 10.—.

Den allgemeinen politischen und rechtlichen Anschauungen Mills entsprach auch seine Einstellung zu allen sozialen Fragen seiner Zeit, unter denen das Armenwesen und im Zusammenhang damit das Erziehungsproblem einen hervorragenden Platz einnahmen. Zu diesen Problemen nimmt Mill in seinen Artikeln „Beggar", „Benefit Societies", „Banks for Savings", „Education" und „Prisons and Prison Discipline" ausführlich Stellung.

Der Regierung, von der er eine grundlegende Änderung der Armengesetzgebung verlangt, stellt er die hohe ethische Aufgabe, sich die Erziehung der gesamten Bevölkerung angelegen sein zu lassen. „Another of the remedial operations, importunately demanded, is to make provision immediately for the careful and efficient education of the whole mass of the population, down to the lowest individual[9])." In erster Linie aber sollte die Erziehung der armen Kinder in Angriff genommen werden. „Provide a proper asylum for rearing to virtue the children of beggars; and let no person who begs be allowed, on any terms, to retain power over a single child: that, at any rate, you may prevent any portion of the young from being reared to beggary. This is an easy, obvious, and most important part of a good plan for lessening or extinguishing the evil of beggary[10])." Bei dem Strafvollzug tritt er für eine Verbesserung der Lage der Gefangenen und überhaupt des Gefängniswesens ein und empfiehlt, auch hier das

[9]) Artikel „Beggar" im „Supplement to the Encyclopaedia Britannica", Vol. II, S. 246.
[10]) ebenda.

erzieherische Moment in den Vordergrund zu rücken. Gleichzeitig lehnt er die Einrichtung von Strafkolonien ab.

In diesem Zusammenhang ist es besonders interessant festzustellen, mit welchem Weitblick Mill bereits nach Wegen sucht, um der Armut als einer gefährlichen Quelle für sittlichen Niedergang, Verwahrlosung und Verbrechertum zu steuern. Hier kommt es nach seiner Ansicht vor allem darauf an, vorbeugend zu wirken. Bentham war bereits, wie Mill in seinem Artikel „Banks for Savings" bemerkt, im Jahre 1797 in den „Annuals of Agriculture" hervorgetreten mit einem „peculiar scheme for the management of paupers, or persons deprived of the means of maintaining themselves[11])." Darnach sollten den Sparkassen sogenannte „Frugality Banks" angeschlossen werden, in denen Fonds gesammelt werden sollten zur Unterstützung der Armen und Invaliden. Eine ähnliche Einrichtung bestand bereits in den „Benefit Societies". In diesen Vereinigungen hatten sich Leute zusammen getan, die, solange sie ihr Auskommen hatten, Einzahlungen an eine gemeinsame Kasse leisteten und aus dieser entsprechend ihren Einlagen eine Unterstützung in Fällen von Krankheit, Invalidität, Verarmung oder im Alter bezogen. Bedingung war hierbei, daß die eingezahlten Gelder aus der Kasse nicht zurückgezogen werden konnten, es sei denn, daß einer der erwähnten Fälle eintrat. Der Anregung Benthams folgend, empfiehlt Mill daher, diese „Benefit Societies" weiter auszubauen, da sie gegenüber den „Frugality Banks" bzw. den „Banks for Savings" den Vorteil der Unkündbarkeit der Einlagen besäßen.

Der Idealzustand aber wird nach Mill erst dann erreicht, wenn es gelingt, die gesamte Öffentlichkeit für die Lösung dieser Probleme zu gewinnen, die Aufmerksamkeit aller auf das Wohl des einzelnen — und damit wieder der Gesamtheit — zu lenken und derartige Einrichtungen auf die ganze Bevölkerung auszudehnen. Er macht deshalb in seinem Artikel „Benefit Societies" folgenden Vorschlag: „In a moral point of view, the formation of the people into little combinations and fraternities is of the greatest importance. It concentrates the eyes of all upon each individual; and renders good conduct a thing of infinitely more value to him, as it renders bad conduct for men detrimental[12])." Zwar hat Mills Plan noch

[11]) Artikel „Banks for Savings" im „Supplement to the Encyclopaedia Britannica", Vol. II, S. 95.

[12]) „Supplement to the Encyclopaedia Britannica", Vol. II, S. 266.

nicht ganz die Form einer allumfassenden, zentralisierten Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung, sondern es schwebt ihm lediglich der Gedanke des Zusammenschlusses von kleineren Gruppen vor. Tatsächlich sind diese drei wichtigen sozialen Einrichtungen teils den einen Weg, d. h. Versicherung unter Aufsicht und Leitung des Staates, teils den anderen, d. h. Versicherung in privaten Krankenkassen, Unfall- und Lebensversicherungen, gegangen.

Auch an dem Kampf der großen philanthropischen Bewegung seiner Zeit, die sich die Beseitigung des Sklavenhandels zum Ziele gesetzt hatte, nahm Mill regen Anteil, und er konnte mit Genugtuung Zeuge der Abschaffung der Sklaverei in den englischen Kolonien auf Grund eines unter dem Reform-Parlament im Jahre 1834 erlassenen Gesetzes sein.

Aus der Rechtsauffassung Mills ergibt sich auch seine Einstellung zum Sozialismus und Kommunismus. Bis zum Erlaß der Reform-Bill waren die Ziele der „Bürgerlichen Radikalen" und der Arbeiter nahezu die gleichen gewesen. Mit dem Hinweis auf die vom Grundbesitz beherrschte Regierung, die Wirkung der Kornzölle und die enormen Steuerlasten als Kampfparole erstrebten beide Klassen die Demokratisierung des Parlaments, Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Zustände und Erweiterung des Wahlrechts. Nach 1832 machte sich aber unter den Arbeitern immer mehr und mehr der Einfluß der extrem-radikalen Führer geltend, die sich mit den bis soweit erreichten Zielen nicht zufrieden geben wollten und neben der Forderung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts die in den „Trade Unions" zusammengeschlossenen Massen für ihre sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen zu gewinnen suchten.

Von jenem Zeitpunkt an rückten die „Bürgerlichen Radikalen" von diesen Bewegungen ab. Bentham hatte bereits die Parole für den Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus ausgegeben und die Frage, ob Sicherheit des Besitzes und Gleichheit der Verteilung miteinander vereinbar sind, verneint. — Nach seiner Überzeugung ist die Gleichheit zwar eine ideale Bedingung für die Glückseligkeit aller Menschen. Wird sie aber zur praktischen Regel gemacht, so verliert der Produzent die Sicherheit und somit den Antrieb zum Weiterarbeiten. Wenn man dem Unternehmer jedesmal einen Teil seines erworbenen Besitztums wegnimmt, um ihn einem anderen zu geben und auf diese Weise die Gleichheit oder die

Glückseligkeit aller herzustellen, so erlahmt die Initiative, und er wird nicht viel produzieren wollen und können. Wo also Gleichheit und Sicherheit in Konflikt geraten, muß die Gleichheit geopfert werden.

Mill wirft die Frage der Gleichheit u. a. in seiner Schrift „Commerce defended . . ." auf gelegentlich seiner Stellungnahme zu den von Spence gepredigten agrar-kommunistischen Theorien. „How could mankind ever agree about what is equal? Equal surfaces are very unequal in value; and the value is a circumstance so ambiguous and disputable, that it can never be accurately ascertained. Besides, the value of land is perpetually changing. In the hands of the industrious man it improves; in the hands of the slothful man it becomes barren. What then? In order to preserve our equality, must we take part of his improved land from the industrious man to give to the slothful? This would be giving a premium to sloth, and laying a tax, sufficient to operate as a prohibition, upon industry. We should thus have all our people slothful, and all our land barren. But independent of this, the number of people does not always remain the same. It is perpetually changing. That no one then might be without a share, it would be requisite to be making perpetual changes in the apportionment of the land; and thus no one would ever know what was or was not his land. He could never therefore expend any pains in the culture of it[13])." — Diese Kritik ist in gleicher Weise auch auf alle anderen Gebiete der Produktion und der Konsumtion anwendbar. Die Gleichheit ist also undurchführbar, wenn sich die menschliche Gesellschaft weiter entwickeln will.

Aus dieser Einstellung der „Bürgerlichen Radikalen" ergab es sich von selbst, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die sozialistischen und kommunistischen Bestrebungen ankämpften. In diesem Zusammenhang sind noch einige Äußerungen Mills in einem Briefe an Brougham von Interesse, in denen sich ebenfalls seine scharfe Stellungnahme gegen den „Trade Unionism" und den „Chartism" widerspiegelt. Am 3. September 1832 schreibt er an Brougham: „Nothing can be conceived more mischievous than the doctrines which have been preached to the common people, at Birmingham and elsewhere. At a late meeting of the Union, Attwood (Führer der Birminghamer Union) held forth

[13]) „Commerce defended . . .", S. 58.

for hours, giving an exaggerated description of the misery of the people, from low wages; then telling them that the only cause of low wages is the government, and whenever government does its duty, wages will be high. And the rest of Orators were in the same strain. I was enraged at Black (Herausgeber des „Chronicle", der mit ihm befreundet war) for republishing this atrocious stuff." — „The nonsense to which your Lordship alludes about the rights of the labourer to the whole produce of the country, wages, profits, and rent, all included, is the mad nonsense of our friend Hodgskin[14]), which he has published as a system and propagates with the zeal of perfect fanatism." — „These opinions, if they were to spread, would be the subversion of civilized society, worse than the overwhelming deluge of Huns and Tartars. This makes me astonished at the madness of people of another description who recommend the invasion of one species of property, so thoroughly knavish, and unprincipled, that it can never be executed, without extinguishing respect for the rights of property in the whole body of the nation, and can never be spoken of with approbation, without encouraging the propagation of those other doctrines which directly strike at the root of all property."

Mills Tätigkeit erstreckt sich also nicht nur darauf, volkswirtschaftliche Probleme zu erörtern und zu untersuchen, sondern er greift impulsiv in alle mit dem Wirtschaftsleben zusammenhängenden Gebiete hinein. „While the demands upon his energies for his private needs", sagt Bain[15]), „were at the very utmost, he was an active fellow-worker with the philanthropic band that abolished slavery, ameliorated the horrors of our prisons, and began the general education of the people." — „The emotions that were his solace and his reward were the social and not the anti-social."

Durch seine Lehre hat James Mill nicht nur zur Verbreitung und Popularisierung der Dogmen Ricardos beigetragen, sondern er hat sie auch in erheblichem Maße weiter entwickelt. Dem Freihandel hat Mill den stärksten Auftrieb gegeben und sich damit ein großes Verdienst um den wirtschaftlichen Aufschwung Englands erworben.

Ende.

[14]) Thomas Hodgskin war der geistige Führer des Chartismus. 1825 veröffentlichte er die Schrift „Labour defended against the claims of capital by a labourer".

[15]) A. Bain, James Mill, London, 1882, S. 423.

Quellen und Literatur.

Adler, G.: Hauptwerke des Sozialismus. Leipzig 1904.

Albee: A History of Utilitarianism. London 1902.

Arndt, P.: Lohngesetz und Lohntarif. Frankfurt a. M. 1926.

Ashley, W. J.: Englische Wirtschaftsgeschichte. Leipzig 1896.

Babbage, Ch.: History of English Taxation. London 1851.

Bain, A.: J. St. Mill, a Criticism with personal Recollections. London 1882.

— James Mill. London 1882.

Beer, M.: Geschichte des Sozialismus in England. Stuttgart 1913.

Bentham-Dumont: Traité de législation civile et pénale, précédé des principes généraux par J. Bentham. Paris 1802. (Deutsche Übersetzung: Abhandlung über Zivil- und Strafgesetzgebung. Berlin 1830.)

Bentham, J.: Introduction to the Principles of Morals and Legislation. London 1789.

Bernstein, E.: Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution. Stuttgart 1922.

Birks: Modern Utilitarianism or the System of Paley, Bentham and Mill. London 1874.

Böhm-Bawerk, E. v.: Kapital und Kapitalzins. Leipzig 1921.

Bonar, J.: Malthus and his Work. London 1885.

Bower, G. S.: Hartley and James Mill. London 1881.

Bowring, J.: Life of Bentham. London 1842.

Brentano, L.: Die christlich-soziale Bewegung in England. 2. Auflage. Leipzig 1883.

— Eine Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung Englands. (Bd. 2 u. 3, I. Hälfte.) Jena 1927 und 1928.

Briefs, G.: Untersuchungen zur klassischen Nationalökonomie. Jena 1915.

Brodnitz, G.: Englische Wirtschaftsgeschichte (Bd. I). Jena 1918.

Brougham, H.: Historical Sketches of Statesmen who flourished in the Time of George III. Philadelphia 1885.

— Lives of Men of Letters in Time of George III. London 1856.

Buer, M. C.: Health, Wealth and Population in the Early Days of the Industrial Revolution. London 1926.

Buxton, S.: Finance and Politics. London 1888.

Carlyle, Th.: Sozialpolitische Schriften (herausgeg. von Dr. P. Hensel). Göttingen 1895.

— Einst und Jetzt (herausgeg. von Dr. P. Hensel). Göttingen 1899.

Coquelin & Guilleaume: Dictionnaire de l'économie politique. Paris 1853.

Cunningham, W.: The Growth of English Industry and Commerce in Modern Times (1. Auflage). Cambridge 1882.

Damaschke, A.: Geschichte der Nationalökonomie. Jena 1922.

Dolléans, E.: Evolution du Chartisme. Paris 1912.

Dühring, E.: The Economist. London 1876.

— Kritische Geschichte der Nationalökonomie und des Sozialismus. Leipzig 1900.

Engels, Fr.: Die Lage der arbeitenden Klassen in England. Leipzig 1845.

Fawcett, H.: Freetrade and Protection, Manual of Pol. Economy. London 1878.

Fay, C. R.: Great Britain from Adam Smith to the Present Day. London 1928.

Fuchs, C. J.: Die Handelspolitik Englands und seiner Kolonien. (Schriften des Vereins für Sozialpolitik: 57.) Leipzig 1893.

Glaser, J. C.: Enzyklopaedie der Gesellschafts- und Staatswissenschaften. Berlin 1864.

Glasier, J. B.: William Morris and the Early Days of the Socialist Movement. London 1921.

Gneist: Selbstregierung. 1871.

Goston, J.: General Biographical Dictionary. London 1838.

Grässe, J. G. T.: Lehrbuch einer allgemeinen Literärgeschichte III, 3. Abt. Leipzig 1858.

Halévy, E.: Comment fut votée la loi anglaise des fabriques de 1833 (Revue d'Histoire Economique et Sociale). Paris 1922.

Hasbach, W.: Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der Politischen Ökonomie. Leipzig 1891.

— Die englischen Landarbeiter in den letzten hundert Jahren. Leipzig 1894.

Held, A.: Zwei Bücher zur Sozialen Geschichte Englands. Leipzig 1881.

Herkner, H.: Die Arbeiterfrage (I. und II. Band). Berlin 1916.

Hildebrand & Conrad: Statistik. Jena 1876.

Hill, R.: Toryism and the People 1832—42. London 1929.

Holl, K.: Thomas Chalmers und die Anfänge der kirchlich-sozialen Bewegung in England. (Zeitschrift für Theologie und Kirche.) Tübingen 1913.

Huth, H.: Soziale und individualistische Auffassung im 18. Jahrhundert, vornehml. bei Ad. Smith und Ad. Ferguson. Leipzig 1907.

Huxley, Th.: Social Essays. (Deutsche Ausgabe von Alex. Tille.) Weimar 1897.

Ingram, J. K.: History of Slavery. London 1895.

— History of Political Economy. (Übers. von E. Roschlau.) Tübingen 1905.

Jakob, A. L. von: Elements of Political Economy by James Mill, (deutsche Übers. mit Zusätzen). Halle 1824.

Jones, R. M.: Geistige Reformatoren. (Übers. von E. C. Werthean.) Berlin 1925.

Lange, F. A.: J. St. Mills Ansichten über die soziale Frage und die angebliche Umwälzung der Sozialwissenschaft durch Carey. Duisburg 1866.

Langenbeck, W.: Englands Weltmacht in ihrer Entwicklung bis auf unsere Tage. (Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 174.) Leipzig 1907.

Lecky, W. E. H.: Geschichte Englands. (Übers. von F. Löwe.) Leipzig 1880.

Leonard, E. M.: The Early History of English Poor Relief. Cambridge 1900.

Leslie, Th. E. Cliffe: Land Systems and Industrial Economy. London 1870.

Levy, H.: Der Wirtschaftsliberalismus in England. (2. Aufl.) Jena 1928.

Ludlow, J. und Jones, L.: Die arbeitenden Klassen Englands in sozialer und politischer Beziehung. (Deutsch von Jul. v. Holtzendorff.) Berlin 1868.

Macaulay, Th. B.: Geschichte Englands. New York 1849.

Mac Culloch, J. R.: A Dictionary Practical, Theoretical and Historical of Commerce and Commercial Navigation. London 1832. (Deutsche Übersetzg. von C. F. C. Richter und L. R. Schmidt.) Augsburg und Stuttgart 1834—1842.

— Literature of Political Economy. London 1845.

— Statistical Account of the British Empire. London 1837.

— Geld und Banken. (Deutsche Übersetzung von C. J. Bergius und J. L. Tellkampf.) Leipzig 1859.

Mantoux, A.: La Révolution industrielle en Angleterre. Paris 1906.

Menger, A.: Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Stuttgart 1886.

Mill, J.: Elements of Political Economy. (3. Aufl.) London 1826.

— An Essay of the Impolicy of a Bounty on the Exportation of Grain, and on the Principles which ought to regulate the Commerce of Grain. London 1804.

— Commerce defended. An Answer to the Arguments by which Mr. Spence, Mr. Cobbett and others have attempted to prove that Commerce is not a Source of National Wealth. London 1808.

— The History of British India. London 1817.

Mill, J. St.: Autobiography. (2. Aufl.) London 1873.

— Principles of Political Economy. London 1862.

— Utilitarianism. London 1861.

Mohl, R. v.: Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. Erlangen 1858.

Mombert, P.: Geschichte der Nationalökonomie. (Grundrisse zum Studium der Nationalökonomie.) Jena 1927.

Nebenius, K. Fr.: Betrachtungen über den nationalökonomischen Zustand Großbritanniens. Karlsruhe 1818.

Nicholls, G.: History of English Poor Law. London 1854.

North, Chr.: Mr. Sadler, and the Edinburgh Reviewers. (Blackwood's Magazine, XIX.) Edinburgh and London.

Nostiz, H. v.: Das Aufsteigen des Arbeiterstandes in England. Jena. 1900.

Palgrave, R. H. J.: Dictionary of Political Economy (herausgeg. von H. Higgs). London 1925/1926.

Paul, K.: W. Godwin, his Friends and Contemporaries. London 1876.

Picht, W.: Toynbee-Hall und die englische Settlement-Bewegung. (Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Bewegung in England.) Tübingen 1930.

Raffel, F.: Englische Freihändler. (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft.) Tübingen 1905.

Reybaud, L.: Economistes modernes. Paris 1862.

Ricardo, D.: Principles of Political Economy and Taxation (herausgegeben von K. Gonner). London 1911.

— Ricardos Kleinere Schriften. (Deutsche Übersetzung von H. Waentig.) (2. Aufl.) Jena 1922.

Rogers, Th,: Six Centuries of Works and Wages. London 1884.

Roscher, W.: Zur Geschichte der englischen Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1851.

Seligmann, E. Th.: On some Neglected British Economists. (The Economic Journal, Vol. 13.) London 1903.

Saenger, S.: J. St. Mill: Sein Leben und Lebenswerk. Stuttgart 1901.

Say, L. und Chailley: Nouveau Dictionnaire de l'économie politique. Paris 1892.

Schlüter, H.: Die Chartistenbewegung. Ein Beitrag zur sozialpolitischen Geschichte Englands. Stuttgart 1922.

Schulze-Gävernitz, G. v.: Britischer Imperialismus und englischer Freihandel. Leipzig 1906.

Shaw, W. A.: History of Currency „1252 to 1894". London 1896.

Simon, H.: Robert Owen. Jena 1905.

Skelton, O. D.: Socialism, a Critical Analysis. Constable 1911.

Smith, A.: An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. (8. Aufl.) London 1796.

Stephen, L.: The English Utilitarians. (Bd. 1—3.) London 1900.

— History of English Thought in the 18th Century. London 1902.

Stephen, L. und Lee, S.: Dictionary of National Biography. London 1891.

Stewart, D.: Accounts of the Life and Writings of Ad. Smith. London 1812.

Stuart-Glennie, J. S.: Mill, James and John Stuart: Traditional and personal Memorials. Macmillan's Magazine. London, April 1882.

Sydney, S.: England in the 18th Century. New York 1891.

Taube: Geschichte der engländischen Handelschaft, Manufakturen und Schiffahrt, in den alten, mittleren und neueren Zeiten bis auf das laufende Jahr 1776. Leipzig 1776.

Tildsley, J. L.: Entstehung und ökonomische Grundzüge des Chartismus. Jena 1898.

Toynbee, A.: Lectures on the Industrial Revolution. London 1884.

Trevelyan, G. M.: British History in the 19th Century. London 1924.

Wallas, Gr.: Life of Francis Place. London 1898.

Webb, B.: Die britische Genossenschaftsbewegung (herausgeg. von L. Brentano). Leipzig 1894.

Webb, S. u. B.: The History of Trade Unionism. London 1894. — (Deutsch von R. Bernstein, Stuttgart 1895.)

Weber, A.: Depositenbanken und Spekulationsbanken. München und Leipzig 1922.

Wolf, J.: Sozialismus und kapitalistische Gesellschaftsordnung, Stuttgart 1892.

Wren, H.: Systems of Land Tenure in Various Countries (publ. by the Cobden Club, 2. Aufl.). London 1870.

„Edinburgh Review", Jahrgang 1808—1813.

„Nouvelle biographie générale", Paris 1865.

„Westminster Review", Jahrgang 1824—1826.

„Encyclopaedia Britannica" (11th Ed.).

„Supplement to the 4th, 5th and 6th editions of the Encyclopaedia Britannica" (Edinburgh, 1824), Artikel:

„Government"

„Colony"

„Economists"

„Beggar"

„Caste"

„Banks for Savings"

„Liberty of the Press"

„Education"

„Prisons and Prison Discipline"

„Benefit Societies"

„Jurisprudence"

„Law of Nations".

Lebenslauf.

Als Sohn des Eisenbahnoberingenieurs Emil Seikritt und seiner Ehefrau Pauline, geb. Heinrich, wurde ich, Walter Seikritt, am 5. Mai 1895 zu Frankfurt a. M. als preußischer Staatsangehöriger geboren und im evangelischen Glauben erzogen. Von Ostern 1902 ab besuchte ich die Sachsenhäuser Oberrealschule zu Frankfurt a. M., die ich Ostern 1914 mit dem Zeugnis der Reife verließ, um mich während des Sommersemesters 1914 auf der Universität zu Freiburg i. Br. dem Studium der Neueren Philologie zu widmen. Den Weltkrieg machte ich im deutschen Heere als kriegsfreiwilliger Feldartillerist, zuletzt als Leutnant d. R., mit und nahm im Dezember 1918 nach meinem Austritt aus dem Heere meine Studien, die sich außer auf Neuere Sprachen auch auf Volkswirtschaftslehre erstreckten, an der Universität zu Frankfurt a. M. als Werkstudent wieder auf. In dieser Eigenschaft erlangte ich die Stelle eines Auslandskorrespondenten bei der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M.

Meine akademischen Lehrer waren die Herren Professoren und Dozenten: Arndt, Brie, Curtis, Fischer, Friedwagner, Gerloff, Glunz, Gräfenberg, Jungblut, Lincke, Lommatzsch, Muth, Mutschmann, Paufler, Sander und Vernay.

Allen meinen Lehrern bin ich zu Dank verpflichtet, im besonderen Herrn Professor Dr. Paul Arndt, dem ich das Thema meiner Dissertation verdanke.